Freitag, den 13. März 1931 | Einzelnummer 10 Pfennige | 42. Jahrgang — Nr. 61

Volkswacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Ausgabestellen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße 5 und Friedrich-Wilhelm-Str. 105, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf. Trägerlohn, monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn + 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21738
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5052.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Gegen den Abbau des Reallohnes

Energischer Kampf für die Erhaltung der Lohnhöhe und des Reallohnes im Reichstag durch die Gewerkschaften — 40-Stundenwoche muß für die Dauer die Regel werden — Stegerwald lenkt in sozialpolitischen Fragen ein

Beginnende Einsicht bei der Reichsregierung

Berlin, 12. März. (Eig. Bericht.)

Der Reichsarbeitsminister hat am Donnerstag bei der Beratung des Sozialetats im Reichstag eine Rede gehalten, in der drei Bemerkungen eine besondere Hervorhebung verlangen. Sie betreffen die Haltung der Reichsregierung zum staatlichen Schlichtungswesen, zur Lohnentwicklung und zur Unterbringung der Arbeitslosen durch Arbeitszeitverkürzung.

Das **Schlichtungswesen** hat gegenwärtig seine schärfsten Gegner im **Lager der Unternehmer**, die von einer Lohngestaltung, unbeeinflußt von der Staatsgewalt, aber unter dem Druck von 5 Millionen Erwerbslosen steht, eine Förderung ihrer Absichten auf **weitestgehenden Lohnabbau** erwarten. **Diesen Anforderungen tritt Stegerwald entgegen** mit dem Hinweis, es sei unlogisch, **völlig freie Lohngestaltung zu verlangen** und gleichzeitig die **Aufrechterhaltung von unwirtschaftlichen Preisbindungen in Kartellen** sowie **hohe Zölle gegenüber dem Ausland** zu fordern.

Bei der **Lohnentwicklung** der letzten Zeit hat man oft den Eindruck **gehabt, als ob** die Reichsregierung entgegen ihren bisherigen Erklärungen nicht nur die Nominallöhne den sinkenden Preisen anpassen wolle, sondern auch das Ziel der Senkung der **Reallöhne verfolge**. Jetzt hat Stegerwald erklärt, Sinn der Regierungspolitik sei es nicht, eine Kürzung der Reallöhne herbeizuführen. Ihr Zweck und Bestreben sei vielmehr eine Senkung der Gestehungskosten. Auf längere Sicht gesehen werde er sich, soweit **das auf dem Wege der Schlichtung überhaupt möglich ist, nachdrücklichst einer Senkung der Reallöhne widersetzen.**

Auch zu der **immer noch umstrittenen Arbeitszeitverkürzung**, von der **Arbeiterklasse als ein wirksames Mittel** zur Linderung der Erwerbslosennot **angesehen** wird, nahm der Minister Stellung. Er **betonte**, daß, falls den freiwilligen Bemühungen um eine **wesentliche Verminderung** des Arbeitslosenheeres ein durchgreifender **Erfolg nicht beschieden ist, die Regierung gesetzgeberische Vorschriften über eine Arbeitsstreckung durch Arbeitszeitverkürzung erlassen muß.**

Wir wollen durchaus anerkennen, daß diese Hinweise des Reichsarbeitsministers für seine künftige Politik einen gewissen Fortschritt darstellen. Es sind zwar bisher nur **Worte und Verbindungen, die bei weitem nicht** den Forderungen der Sozialdemokratie und der **Gewerkschaften** aller Richtungen zur Ueberwindung der **Krise** entsprechen. Aber der Unterschied zwischen den jetzigen Erklärungen der Reichsregierung und den früheren ist unverkennbar. Er wird besonders deutlich durch die Hervorhebung, daß es sich in dem **jetzigen Stadium der Krise** darum handeln müsse, unter allen Umständen das **Heer der Arbeitslosen zu vermindern** und die Arbeitslosen auch durch das Mittel der Verkürzung der Arbeitszeit in den Arbeitsprozeß wieder einzureihen.

Dies sind in der Tat die entscheidenden Fragen. Auch die Sozialdemokratie kann sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß angesichts der Finanznot das Wichtigste **die Erhaltung der Sozialleistungen und ihre Behauptung über die Zeit der Wirtschaftskrise hinaus ist.** Um so mehr muß sie auf der Forderung bestehen, daß der Schlichtungsapparat nicht in einer Weise gehandhabt werde, der die **Kaufkraft des Arbeitslohnes noch weiter** vermindert. Und nicht minder **wichtig ist es**, daß von dem Angebot der Arbeiterschaft, zugunsten ihrer arbeitslosen Klassengenossen in die **Verkürzung der Arbeitszeit** einzuwilligen, umfassender Gebrauch gemacht wird.

Von dem Reichsarbeitsminister wird man in erster Linie fordern müssen, daß er es nicht bei seinen Erklärungen belässt, sondern **durch seine Handlungen zeigt, daß er auf dem angekündigten Wege wirksam zur Milderung der schlimmsten Folgen der Krise beitragen will.**

* * *

Auf der Tagesordnung des Reichstags steht die zweite Beratung **des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums**, mit der Beratung ist verbunden der kommunistische Antrag, der sich gegen die Stillegung der Hütte Ruhrort-Meiderich wendet.

Der **Haushaltsausschuß** legt eine lange Reihe von **Entschließungen** vor, in denen **40stündige Arbeitswoche** und verschiedene andere Maßnahmen zur **Entlastung des Arbeitsmarkts** verlangt werden.

Minister Stegerwald:

Das **Schlichtungswesen** hat zum erstenmal seine Probe in einer schweren Krisenzeit zu bestehen. Gegen 2 Millionen Arbeiter, die vor dem Krieg unter Tarifverträgen standen, sind es heute ein Vielfaches davon, Tarifverträge sollen — praktisch gesprochen — Gewerbegesetze sein; viele davon sind nicht organisch gewachsen und haben darum gewisse Mängel. Mit Starrheit ist das amtliche Schlichtungswesen nicht über die Krise hinwegzubringen. In einer Zeit mit 5 000 000 Arbeitslosen und einigen Millionen Kurzarbeitern sind die Stundenlöhne der Arbeitenden nicht maßgebend. Da gilt nur der Jahresarbeitsverdienst. Es **ist unlogisch, von den Unternehmern Lohnfreiheit zu verlangen, selbst aber durch Kartelle und Trusts die Preise zu binden.** (Sehr richtig!) Die verschieden hohe Spanne der Lohnkurve zwischen **Zeitlohn und Akkordlohn haben zu verschieden großen Akkordlohnkürzungen geführt. Das Institut für Konjunkturforschung berechnet gegenüber einer Einkommenskürzung von 10 Prozent eine Preissenkung um 7½ Prozent.** Die Regierung hat die Kohlen- und Eisenpreise vor der Lohnsenkung und stärker als diese war gesenkt; sie will gar keine Verringerung der Reallöhne. Mit den Verbindlichkeitserklärungen ist Zurückhaltung zu üben. Freilich hat man es bei den einzelnen Tariferneuerungen nicht immer in der Hand, zu erreichen, daß der Lohnsenkung in dem gleichen Gewerbe sofort eine Preissenkung folgt oder daß die Preissenkung der Lohnkürzung vorangeht. **Auf längere Sicht gesehen werde ich mich, soweit das auf dem Wege der Schlichtung überhaupt möglich ist, nachdrücklichst einer Senkung der Reallöhne widersetzen.** Zur Lösung der Fragen wegen der Reform des Tarif- und Schlichtungswesens ist es meines Erachtens absolut notwendig, daß in der nächsten Zeit Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften viel umfassender als seither zusammenarbeiten. Was die immer mehr **umstrittene Arbeitszeitverkürzung** anlangt,

so betone ich nochmals, daß die Regierung, falls ein durchgreifender Erfolg den freiwilligen Bemühungen um eine wesentliche Verminderung des Arbeitslosenheeres nicht beschieden ist, gesetzgeberische Vorschriften über Arbeitsstreckung durch Arbeitszeitverkürzung erlassen muß.

Der Arbeitslosenfrage ist nur in Verbindung mit der Gesamtsanierung entscheidend beizukommen.

Wie ist man im letzten Jahre über mich hergefallen, als ich die **Beiträge zur Arbeitslosenversicherung** um 3 v. H. erhöhte! Wäre das nicht erfolgt, dann wären wir nicht heil über diesen Winter hinweggekommen. **Wenn sich die Beschaffung einer Anleihe von 1 bis 1½ Milliarden zu erträglichem Zinssatz ermöglichen ließe, dann könnte ich schon morgen ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vorlegen, durch das 300 000 bis 400 000 Menschen beschäftigt werden könnten** und in dessen Mittelpunkt die Reichsbahn stehen würde. Aber die Beschaffung solcher notwendigen langfristigen Kredite ist in der Hauptsache **eine Vertrauensfrage.** Dieses Vertrauen kann aber nur kommen, wenn Staat und Wirtschaft in Ordnung gebracht werden. Bis dahin müssen wir zunächst mit kleineren Mitteln die Arbeitslosenfrage zu mildern suchen. Auf längere Sicht gesehen bin ich kein Pessimist. Trotzdem täusche ich mich aber nicht darin, daß

1931 noch ein schweres Krisenjahr für uns sein wird.

Daß es bisher gelungen ist, für 5 Millionen arbeitslose Volksgenossen zu sorgen, ist eine **Großtat** des deutschen Volkes und **der Arbeiterschaft. Trotz großer eigener Nöte hat sie so gewaltige Opfer für die Arbeitslosen aufgebracht**, und das ist eine Leistung, die in der Weltgeschichte einzig dasteht.

Die Wohnungspolitik des Jahres 1931 ist hauptsächlich auch **unter dem Gesichtspunkt zu betrachten**, wie wieder privates Kapital für zweitstellige Hypotheken gewonnen werden kann. Das Jahr 1931 wird dem Baugewerbe sehr viel geringere Aufträge als in den Vorjahren bringen. Die **öffentlichen Bauten werden stark zurückgehen** und für gewerbliche Bauten fehlt meist der Bedarf. Der Wohnungsbau ist in vielen Gemeinden bereits weitgehend vorfinanziert. Hinzu kommt, daß auch die **Hauszinssteuermittel** für den Wohnungsbau stark verringert werden mußten. Hätte das Reich frei über die Hauszinssteuermittel verfügen können, so hätte ich mich für deren Verringerung um 80 bis 100 Millionen eingesetzt, um jene Gemeinden, die Realsteuern über dem Reichsdurchschnitt erheben, zu entlasten. Da aber eine Einigung mit den Ländern in der Realsteuerfrage wohl kaum zu erzielen sein wird, kam es zu einer schematischen Senkung der Realsteuern, die für 1931 gegenüber dem Wohnungsbau **nicht ohne Bedenken ist.** Das Reich ist gewillt, für zweitstellige Hypotheken Reichsbürgschaften zu übernehmen und sie mit einem Zinssicherungsfonds zu untermauern. Für den Mieter kann es an sich gleichgültig sein, ob er je Wohnung 3000 bis 4000 Mark Hauszinssteuer zu einem wesentlich verbilligten Zinsfuß erhält, was eine Verbilligung der Jahresmiete um 250 bis 300 Mark bedeutet, oder ob er für die erst- und zweitstelligen Hypotheken den **normalen Zinsfuß bezahlt**, dafür aber je Wohnung 200 bis 300 Mark Mietzuschuß erhält. Die Mietzuschußpolitik hat allerdings den Vorteil, daß für sie weniger öffentliche Mittel benötigt werden, als für die mit der Hauszinssteuer errichteten Wohnungen. Es ist aber zu hoffen, daß in absehbarer Zeit eine wesentliche Senkung des Zinssatzes für langfristige Anleihen eintritt, wodurch sich die Mietzuschüsse aus öffentlichen Mitteln automatisch verringern würden. Es ist in den letzten Jahren vielfach zu groß und zu teuer gebaut worden. Eine Durchschnittswohnung darf heute nicht mehr als 6500 bis 7000 Mark kosten. **In der nächsten Zeit wird vorzugsweise der Bedarf an Kleinstwohnungen zu befriedigen sein.**

Abg. **Graßmann** (Soz):

Wenn die Arbeitslosigkeit auch im Kalibergbau gestiegen ist, weil der Absatz zurückgegangen ist, so muß man daraus den Schluß ziehen, daß die Subventionen, die man der Landwirtschaft zum Ankauf von Kalidünger gegeben hat, für andere Zwecke verwendet worden sind. (Sehr richtig! links). Es werden viele falsche Rezepte zur Verminderung der Arbeitslosigkeit ausgegeben. U. a. wird auch die Steigerung des Exports und die Herabsetzung der Exportwarenpreise als Heilmittel genannt. Aber

entscheidend für den Absatz der deutschen Industrie ist und bleibt der innere Markt. Und dieser kann nie und nimmer durch Lohnsenkung gebessert werden.

(Sehr wahr! links.) Worauf es den **Unternehmern** wirklich ankommt, hat sich soeben in Bayern gezeigt. Dort waren sie mit einem **Schiedsspruch**, der eine **sechsprozentige Lohnsenkung** bestimmte, nicht zufrieden und haben **40 000 Metallarbeiter ausgesperrt.** (Hört! Hört! links.) **Der Lohnabbau wird weit über das sozusagen staatlich festgelegte Maß getrieben, schützt aber auch dann nicht vor Stillegung.** So haben die Arbeiter einer Grube im südlichen Westfalen nicht nur 1927 auf die Lohn-

Wieder ein Erfolg der Sozialdemokratie

Steuerausschuß nimmt die sozialdemokratischen Besitzsteueranträge an — Stimmenthaltung des Zentrums — Das gibt Mittel für die Gemeinden

Im **Steuerausschuß** des Reichstags wurden am Donnerstag mit den **Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten** gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Staatspartei, der Wirtschaftspartei und des Landvolks bei **Stimmenthaltung des Zentrums, der Bayrischen Volkspartei und der Christlich-Sozialen** die sozialdemokratischen Anträge auf **Erhöhung der Aufsichtsratssteuer von 15 auf 20 Prozent und auf Erhöhung des Einkommensteuerzuschlages von 5 auf 10 Prozent bei Einkommen von mehr als 20 000 Mark jährlich angenommen.** Der Ertrag dieser beiden Maßnahmen wird 45 Millionen Mark sein. **Er soll den Gemeinden zur Deckung der Lasten der Wohlfahrtserwerbslosenunterstützung überwiesen werden.**

In der Debatte betonte der Abg. Esser (Ztr.), daß innerhalb des Zentrums der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Aufsichtsratssteuer den geringsten Widerstand gefunden habe. Dagegen sei der sozialdemokratische Antrag, der einen Zuschlag zur Einkommensteuer für die Einkommen über 8000 Mark wollte, für das Zentrum unannehmbar. Auch werde das Zentrum keine Erhöhung der Vermögenssteuer zulassen, da vielfach große Vermögen ohne Ertrag sind. Auch der Abg. **Winschuh** (Staatsp.) und **Dr. Hugo** (D. Vp.) lehnten die sozialdemokratischen Anträge ab.

Die Stellung der Sozialdemokratie zu den kommunistischen Anträgen legte Abg. **Dr. Herz** (Soz.) dar. Er stellte fest, **daß der kommunistische Millionärsteuerantrag** sich nicht nur gegen die Kapitalisten richte, sondern **die Wirtschaftsunternehmungen der Arbeiterklasse und der Unternehmungen, die dem öffentlichen Wohl dienen, erdrosseln werde.** Er sehe vor, daß **Konsumgenossenschaften, Gewerkschaften, Sparkassen, gemeinnützige Unternehmungen, Versorgungsbetriebe der Gemeinden usw., die bisher alle steuerfrei sind, sowohl von der 20prozentigen Abgabe** des Vermögens als auch von der **Erhöhung der Körperschaftssteuer um 20 Prozent und von der Erhöhung der Gewinne bei gewerblichen Unternehmungen um 20 Prozent betroffen würden. Die Folge einer solchen sinnlosen Besteuerung wäre nicht nur die Erdrosselung dieser Unternehmungen, sondern auch die größte Schädigung der Arbeiterschaft, die diese Unternehmungen in jahrzehntelanger mühseliger Arbeit aufgebaut haben. Aus diesem Grunde werde die Sozialdemokratie den kommunistischen Antrag ablehnen.** Er sei aber auch sonst formell wie sachlich undurchführbar, da er einem Millionär, der ein Einkommen von 20 000 Mark habe, eine jährliche Steuer von 352 000 Mark, also fast dem doppelten Einkommen, auferlege. **So sinnlos handle man nicht einmal in Rußland, wo man den Kapitalisten nur 45 Prozent ihres Einkommens wegsteuere.**

Die beiden angenommenen sozialdemokratischen Anträge werden **in der nächsten Woche in der Vollversammlung des Reichstags beraten** werden. Infolge des Widerstandes, der sie insbesondere bei der Deutschen Volkspartei und bei der Staatspartei finden, wird man mit **scharfen Auseinandersetzungen rechnen müssen.** Die Debatten werden zeigen, daß die Sozialdemokratie keinen Wert auf aussichtslose Demonstrationen legt, wie es die Kommunisten tun, sondern bestrebt ist, **etwas zu erreichen**, durch das die verzweifelte Lage vieler Gemeinden und die Notlage der ausgesteuerten Erwerbslosen wirksam gebessert wird.

AUS ALLER WELT

Haus für 650 Familien

Die sozialdemokratische Magistratsfraktion in Amsterdam befürwortet das Projekt der Erbauung eines genossenschaftlichen Großhauses für 650 Familien. Es soll einen Baublock von 200 mal 168 Metern umfassen, und zwei verschiedene Wohnungstypen enthalten von einem bezw. zwei Wohnzimmern, aber mit je drei Schlafzimmern, einer Küche und einem Baderaum. Alle Wohnungen sollen Zentralheizung und Warmwasserversorgung erhalten. Ferner ist Telefonzentrale, eine Rundfunkverteilungszentrale, eine elektrische Staubsaugerzentrale und eine allgemeine Müllschluckeinrichtung geplant. Die Läden in dem Block, der siebenstöckig ausgeführt werden soll, werden lediglich Genossenschaftsläden sein. Alle Bestellungen aus den einzelnen Wohnungen sollen halbstündlich durch eine Laufbahnanlage in die Wohnungen Erledigung finden. Durch den genossenschaftlichen Einkauf wird ein Teil des Mietpreises, der durchschnittlich 10,35 Gulden die Woche betragen soll, wieder eingespart. Der ganze Block kostet vier Millionen Gulden. Als Bauzeit sind zwei Jahre berechnet.

Wieder ein Aufklärungsfilm unterdrückt

Die Filmprüfstelle der Reichsregierung hat den Film „Lied des Lebens" von Alexis Granowski auf Grund eines Gutachtens eines Oberregierungsrats vom Reichsgesundheitsamt nicht zugelassen. In dem Gutachten werden die Bildstreifen von der operativen Geburt eines Kindes mit der Begründung beanstandet, daß schwangere Frauen durch diese Stellen von einer Operation abgehalten werden können. Die Filmprüfstelle hatte sich zwar trotz des Gutachtens für die Zulassung des Films ausgesprochen. Ihr Vorsitzender legte jedoch gegen den Beschluß Beschwerde bei der Filmoberprüfstelle ein, was vorläufig einem Verbot gleichkommt. Dieses Verhalten hat in der Berliner Presse allgemein scharfe Kritik hervorgerufen.

Der zweite Bauer-Prozeß

Am Mittwoch vormittag begann vor dem Wiener Schwurgericht der zweite Prozeß gegen Gustav Bauer, den mutmaßlichen Mörder vom Lainzer Tiergarten. Der erste Prozeß gegen Bauer wurde am 14. Oktober vorigen Jahres abgebrochen. Bauer ist angeklagt, seine frühere Freundin Katharina Fellner ermordet, die Leiche beraubt und verbrannt zu haben. Der Abbruch des ersten Prozesses erfolgte auf Grund mehrerer Anträge des Staatsanwalts, das Untersuchungsverfahren durch Beweisaufnahme in Ungarn und Italien zu ergänzen. Diese kriminalistische Arbeit wurde inzwischen geleistet; die neuen Akten umfassen etwa 700 Protokollseiten.

Bauer hat keinen leichten Stand. Niemand hat ihn zur Zeit der Mordtat gesehen, und nur ein Zufall führte zur Feststellung der Person der Ermordeten: ein Wiener Zahnarzt erkannte in dem auf Plakaten abgebildeten Gebiß der Ermordeten seine Arbeit. Zuerst wurde Andreas Fellner als der frühere Mann der Ermordeten verhaftet. Er konnte jedoch nach längerem Mühen den Nachweis seiner Unschuld erbringen. Fellner wies die Spur auf Bauer, der ein Jahr nach dem Mord in Berlin verhaftet wurde; er bestritt alles, konnte aber Schritt um Schritt der Lüge überführt werden. Schließlich mußte er zugeben, mit Katharina Fellner am fraglichen 17. Juli zusammengewesen zu sein, behauptete aber, sie mittags um 1 Uhr verlassen zu haben. Nun brachte die Staatsanwaltschaft vor, daß Bauer nach dem Mord Bruchgold und Pelzsachen aus dem Besitz der Ermordeten durch eine Freundin hatte verkaufen lassen. Bauer leugnete, wurde aber überführt. Schließlich erregte es große Sensation, als ein Chauffeur erschien, der an Hand seines Tourenbuchs nachwies, daß Bauer am 17. Juli in Begleitung einer Frau von ihm zum Lainzer Tiergarten gefahren worden war. Der Angeklagte leugnete jedoch weiter.

Zu der neuen auf zehn Tage berechneten Verhandlung, zu der achtzig Personen als Zeugen geladen wurden, sind wieder Andreas Fellner, der Gatte der Ermordeten, und ihr Bruder erschienen. Gustav Bauer macht einen gefaßten Eindruck, sieht aber blaß und gesundheitlich angegriffen aus. Wiederum bleibt der Angeklagte bei seiner Behauptung, unschuldig zu sein und von der Ermordung Katharina Fellners erst bei seiner Verhaftung Kenntnis erhalten zu haben. Er habe sich nach der Auffindung des Verbrechens und seiner Bekanntgabe bei der Polizei nicht gemeldet, weil er geglaubt habe, daß der Täter bereits festgenommen sei. Außerdem wäre er um diese Zeit geschäftlich sehr überbürdet gewesen.

Zwischenfall bei der Lotterieziehung

Bei der Ziehung der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie ereignete sich gestern mittag ein unliebsamer Zwischenfall, der möglicherweise Reklamationen nach sich ziehen wird. Mitten in der Ziehung sprang plötzlich ein Röllchen aus der Trommel und fiel auf den Fußboden. Die an der Ziehung beteiligten Beamten bemerkten den Vorfall nicht sofort und wurden erst nach einiger Zeit vom Publikum darauf aufmerksam gemacht. Die Ziehung wurde unterbrochen und das Röllchen in die Trommel zurückgelegt. Inzwischen waren aber 40 Nummern gezogen worden. Die bei diesem Zwischenfall vorübergehend ausgeschaltete Nummer wurde nicht festgestellt, weil ein nichtgezogenes Röllchen während der Ziehung nicht geöffnet werden darf. Die Lotteriedirektion war von dem Vorfall sofort benachrichtigt worden und nahm ein Protokoll auf. Dann erst wurde die Ziehung fortgesetzt.

Munitionslager beschlagnahmt

Beamte der Stettiner Landeskriminalpolizei und der Landjägerei beschlagnahmten auf der Burg Spantekow des pommerschen Rittergutsbesitzers und Kunstforschers von Schwerin ein Lager von 10 000 Schuß Maschinengewehrmunition, die in einem unterirdischen Gewölbe kunstgerecht versteckt waren. Die Ermittlungen sind noch im Gange.

Einbruch bei [illegible] nagel

In Treptow in der Altmark drangen Diebe in das Häuschen des Wanderpredigers [illegible] nagel ein und beraubten den Apostel seiner wenigen Habseligkeiten.

Romanti
Original
Speck & Süring, Breslau 10 Fernruf 45710 u. 45720

Ein Rügendamm?

Großzügige Lösung eines internationalen Verkehrsproblems geplant

So wie vor einigen Jahren die Reiseschwierigkeiten nach der Insel Sylt mit einem Schlag durch — wenn man so sagen darf — einen technischen Schlager, den Bau des Hindenburgdammes, behoben worden sind, so wird vielleicht in nicht allzu ferner Zeit auch das Projekt einer festen Verbindung zwischen Stralsund und der Insel Rügen auf ähnliche Art und Weise Gestalt annehmen. Heute wird die Verbindung zwischen dem Festland und der Insel Rügen durch Dampferverkehr für Personen und durch Fährschiffverkehr für Eisenbahnen aufrecht erhalten — was weder sehr rasch, noch immer reibungslos vonstatten geht. Wer einmal zum Sommeraufenthalt nach Rügen gefahren ist, um in den dortigen Ostseebädern Erholung von der Arbeit zu finden, wird ein Lied davon zu singen wissen. Auch ausländischen Reisenden ist der mangelhafte Fährbetrieb oft ein Gegenstand heftiger Kritik gewesen, die uns in keiner Weise gleichgültig sein darf. Sachlich bleibt indes festzustellen, daß nicht nur der Verkehr zwischen Stralsund und Rügen, sondern auch der zwischen Rügen (Saßnitz) und Schweden (Trelleborg) ständig zunahm — besonders seit der Eröffnung der Schwedenfähre.

Kostenpunkt 30 Millionen.

Die außergewöhnlich günstigen Folgen eines Dammbaues zwischen Rügen und dem Festland sind leicht zu berechnen: die Zeitersparnis würde eine Steigerung des Verkehrs nach Rügen zur Folge haben, desgleichen nach Schweden, zumal heute noch wesentlicher Teil schwedischer Güter über die Fähre Gjedser—Warnemünde, also verteuernder Weise über Dänemark, umgeleitet wird. Zu diesen handelspolitischen Gesichtspunkten treten wirtschaftliche, die speziell für die Insel Rügen wichtig sind, hinzu: kein Zweifel, daß die auf der Insel Rügen gelegenen sehr schönen Ostseebäder noch eine weit höhere Zahl von Besuchern beherbergen werden, wenn sie leichter zu erreichen sind, als es heute möglich ist. Das Ganze ist infolgedessen schon gar keine Frage theoretischer Erwägungen mehr, sondern vielmehr ein Problem der wirtschaftlichen Praxis: die Kosten für den zu erbauenden Damm würden sich auf etwa 30 Millionen Mark belaufen.

Der „Verein" ist schon da!

Geplant ist, daß der Damm, der eine Länge von 2½ [illegible] meter und eine Breite von 18 Metern haben soll, von Stral[sund] aus die Insel Dänholm berühren, den Strelasund kreuzen [und] in der Nähe des heutigen Bahnhofs Altefähr die Insel R[ügen] erreichen soll. Der Damm wäre breit genug für zwei Eisenb[ahn]gleise und würde außerdem noch für andere Fahrzeuge und [Per]sonenverkehr neun Meter zur Verfügung stellen. Zusammen [sind] acht Brückenöffnungen vorgesehen, eine davon für eine Kl[app]brücke.

Schon hat sich, um die Arbeiten tatkräftig zu betreiben, [ein] Verein zur Förderung des Rügendamm-Projektes gebildet. [In] einer Eingabe an den Reichskanzler wird besonders auch auf [die] wesentlichen Vorteile hingewiesen, die der geplante Damm [für] den Automobilverkehr bedeutet; man verweist auf den gepl[anten] Ausbau der Autofernstraße Südwestdeutschland—Ostsee. [Es] heißt es: „... es wird neben den bekannt guten, einig[en] und mittleren Badeorten solche geben, die dank ihrer beso[nderen] gesellschaftlichen Note auf das schwedische Publikum eine größere Zugkraft ausüben als bisher." Zweifellos ist [der] internationale Gesichtspunkt wesentlich.

Bereits Verhandlungen.

Der Motor ist angekurbelt. Im Reichstag wurde über [das] Thema debattiert, der Reichsverkehrsminister nimmt eine [...] Stellung ein, schon laufen Verhandlungen zwischen Preußen [und] der Reichsbahndirektion — es scheint, mit günstigem Erge[bnis]. Wenn nicht alles trügt, wird es nicht mehr lange dauern, [bis] eine Entscheidung über den Bau in nächster Zeit gefällt w[ird]. Seine Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit stehen außer Frage, die einzige Frage bleibt, ob auch das Geld da ist. Zweife[llos] wäre es an sich sehr schön und nicht zuletzt von Vorteil [für] Tausende von Arbeitslosen, wenn baldigst durch den e[rsten] Spatenstich das internationale Verkehrsproblem des Rü[gen]dammes sein praktische Lösung fände.

Die Schweiz unter Schnee wie noch nie

Ueber der gesamten Schweiz sind Schneefälle von einer Stärke niedergegangen, wie sie seit fünfzig Jahren nicht erlebt wurde. Die Eisenbahnstrecken liegen größtenteils unter einer meterhohen Schneedecke, die — wie in unserem Bilde gezeigt wird — von Schneepflügen kaum noch bewältigt werden kann.

Wie der Berliner Kinomord geschah

Das Geständnis des Mörders

Die Berliner Mordkommission nahm am Mittwoch abend den Bruder des Schülers Urban fest, der vor wenigen Wochen den Berliner Kinodirektor Schmoller ermordet hat.

Urbans Bruder bezichtigt sich, an dem Mord beteiligt zu sein. Er sei am Mordabend zusammen mit seinem Bruder zu dem Mercedes-Palast in Neukölln (dem Tatort) gefahren und beide hätten sich in das Büro Schmollers begeben. Hier habe nicht sein Bruder Charlie Urban, sondern er, Herbert Urban, den Schuß auf Schmoller abgegeben. Er habe seinem Bruder Charlie in die Manteltasche gegriffen und den Revolver herausgezogen. Charlie habe dagegen versucht, den Revolver beiseite zu schieben, darauf sei der erste Schuß gefallen, der durch die Tür gedrungen sei. Dann habe er, Herbert, noch einmal geschossen. Diesmal sei Schmoller [illegible] zusammengebrochen.

Die Angaben haben nach den neuesten Ermittlungen der Kriminalpolizei viel Wahrscheinlichkeit für sich.

Elli Beinhorns Rückkehr

In den nächsten Tagen wird die deutsche Weltfliegerin Elli Beinhorn von Bijao (Portugiesisch Guinea) über Timbuktu—Sahara—Italien nach Deutschland zurückfliegen. Die Pilotin hat die Expedition des deutschen Forschers Bernatzik mit ihrem Klemm-Leichtflugzeug erfolgreich unterstützen können.

Glimpflich verlaufene Notlandung eines Verkehrsflugzeuges

Infolge einer Motorstörung mußte gestern nachmittag das zwischen Essen und Frankfurt a. M. verkehrende Flugzeug in der Nähe der Burg Eltz notlanden. Hierbei zerbrachen Fahrgestell und Propeller. Die Insassen kamen mit dem Schrecken davon und konnten ihre Reise mit der Bahn fortsetzen.

Mörder in England wird gehängt

Wie aus London gemeldet wird, ist das Gnadengesuch [des] zum Tode verurteilten Kaufmanns Rouse, der vor wenig[en] Wochen auf der Landstraße einen Menschen in sein Auto [auf]nahm und später seinen Wagen mitsamt die[sem] Menschen verbrennen ließ, abgelehnt worden. [Das] Urteil wurde kürzlich lediglich auf Grund von Indizien gef[ällt], die jedoch in der Oeffentlichkeit nach wie vor großem Zwe[ifel] begegnen.

Inzwischen hat sich auch aus Frankreich eine Frau [ge]meldet, die Rouse als den Vater ihres Kindes an[gibt] und der er ebenfalls die Heirat versprochen [hatte]. Alle seine Freundinnen, insgesamt vier an der Zahl, waren [für] die Begnadigung besonders tätig. Jetzt sind [sie] völlig zusammengebrochen. Der letzte Wunsch [des] Verurteilten ist, daß die betrogenen Frauen gemeinsam für sei[ne] Kinder sorgen.

Fünfzehn Tage im Eis

Bei Domesnäs (lettländische Küste) wurden auf einer [un]geheuren Eisscholle 4 estnische Fischer angetrieben, die zw[ei] Wochen lang im offenen Wasser des Rigaischen Meerbusens a[uf] dieser Scholle gehaust hatten. Die Fischer mußten während [der] ganzen Zeit von rohem Seehundsfleisch und Seehundsblut näh[ren]. Die Männer hatten sich zu weit aufs vereiste Meer hinausgew[agt] und bemerkten zu spät, daß sie abgetrieben worden waren.

Lohnschinder

Eine Tabakfabrik in Madison (Wisconsin USA.) wur[de] behördlicherseits geschlossen, weil eine Untersuchung ergab, [daß] die Besitzer das Mindestlohngesetz umgingen. Während [das] Mindestlohn 22 Cents die Stunde vorsieht, zahlten die Fab[ri]kanten weit unter diesem Satz, so daß die Arbeiterinnen [bei] einer 10 bis 14stündigen Arbeitszeit nur einen Wochenlohn [von] fünf bis acht Dollars erhielten.

Pockenpest in Indien

In Kalkutta brach eine Schwarze Pockenepidemie au[s]. Etwa 60 Personen fielen ihr im Laufe der letzten Tage [zum] Opfer.

Sensation in der Villenkolonie

oder die Jagd nach dem entflogenen Kanarienvogel. (Hamerik?)

eitag, den 13. März 1931 | Einzelnummer 10 Pfennige | 42. Jahrgang – Nr. 61

Volkswacht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau". „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer"

ugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die rträgerinnen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße 5 und Friedrich-r.-Str. 105, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. ugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf. Träger-0.30 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21738
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Gegen den Abbau des Reallohnes

ergischer Kampf für die Erhaltung der Lohnhöhe und des Reallohnes Reichstag durch die Gewerkschaften – 40-Stundenwoche muß für Dauer die Regel werden – Stegerwald lenkt in sozialpolitischen Fragen ein

Beginnende Einsicht bei der Reichsregierung

Berlin, 12. März. (Eig. Bericht.)

Der Reichsarbeitsminister hat am Donnerstag bei der ung des Sozialetats im Reichstag eine Rede gehalten, in rei Bemerkungen eine besondere Hervorhebung verlangen. treffen die Haltung der Reichsregierung zum staatlichen rungswesen, zur Lohnentwicklung und zur Unterbringung beitslosen durch Arbeitszeitverkürzung.

Das **Schlichtungswesen** hat gegenwärtig seine schärfsten r im Lager der Unternehmer, die von einer Lohngestaltung, beeinflußt von der Staatsgewalt, aber unter dem Druck Millionen Erwerbslosen steht, eine Förderung ihrer Ab- auf weitestgehenden Lohnabbau erwarten. **Diesen An-gen trat Stegerwald entgegen** mit dem Hinweis, es sei sich, völlig freie Lohngestaltung zu verlangen und gleich- die **Aufrechterhaltung von unwirtschaftlichen Preis-**gen in Kartellen sowie hohe Zölle gegenüber dem Ausland dern.

Bei der **Lohnentwicklung** der letzten Zeit hat man oft den ck gehabt, als ob die Reichsregierung entgegen ihren en Erklärungen nicht nur die Nominallöhne den sinkenden n anpassen wolle, sondern auch das Ziel der Senkung der ne verfolge. Jetzt hat Stegerwald erklärt, Sinn der rungspolitik sei es nicht, eine Kürzung der Reallöhne führen. Ihr Zweck und Bestreben sei vielmehr eine g der Gestehungskosten. Auf längere Sicht gesehen werde , soweit das auf dem Wege der Schlichtung überhaupt ist, **nachdrücklichst einer Senkung der Reallöhne wider-**

uch zu der immer noch umstrittenen **Arbeitszeitverkürzung**, der Arbeiterklasse als ein wirksames Mittel zur Linderung Erwerbslosennot angesehen wird, nahm der Minister ng. Er betonte, daß, falls den freiwilligen Bemühungen ne wesentliche Verminderung des Arbeitslosenheeres ein reifender Erfolg nicht beschieden ist, **die Regierung gesetz-che Vorschriften über eine Arbeitsstreckung durch Arbeits-kürzung erlassen muß.**

Wir wollen durchaus anerkennen, daß diese Hinweise des rbeitsministers für seine künftige Politik einen gewissen ritt darstellen. Es sind zwar bisher nur **Worte und Ver-ungen**, die bei weitem nicht den Forderungen der Sozial-rte und der Gewerkschaften aller Richtungen zur Ueber-ng der Krise entsprechen. Aber der Unterschied zwischen igen Erklärungen der Reichsregierung und den früheren erkennbar. Er wird besonders deutlich durch die Hervor-, daß es sich in dem jetzigen Stadium der Krise darum n müsse, unter allen Umständen das **Heer der Arbeitslosen mindern** und die Arbeitslosen auch durch das Mittel der ung der Arbeitszeit in den Arbeitsprozeß wieder ein-n.

ies sind in der Tat die entscheidenden Fragen. Auch die emokratie kann sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß hts der Finanznot das Wichtigste **die Erhaltung der eistungen und ihre Behauptung über die Zeit der Wirt-keise hinaus ist.** Um so mehr muß sie auf der Forderung n, daß der Schlichtungsapparat nicht in einer Weise gehand-werde, der die **Kaufkraft des Arbeitslohnes** noch weiter ver-n. Und nicht minder wichtig ist es, daß von dem Angebot rbeiterschaft, zugunsten ihrer arbeitslosen Klassengenossen in **Verkürzung der Arbeitszeit** einzuwilligen, umfassender Ge-gemacht wird.

Von dem Reichsarbeitsminister wird man in erster Linie gen müssen, daß er es nicht bei seinen Erklärungen beläßt, n durch seine Handlungen zeigt, daß er auf dem an-ren Wege wirksam zur Milderung der schlimmsten Folgen ise beitragen will.

* *

Auf der Tagesordnung des Reichstags steht die zweite ung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums. Mit der ung ist verbunden der kommunistische Antrag, der sich gegen die Stillegung der Hütte Ruhrort-Meiderich wendet.

Der **Haushaltsausschuß** legt eine lange Reihe von **Entschließungen** vor, in denen **40stündige Arbeitswoche** und verschiedene andere Maßnahmen zur **Entlastung des Arbeitsmarkts** verlangt werden.

Minister Stegerwald:

Das **Schlichtungswesen** hat zum erstenmal seine Probe in einer schweren Krisenzeit zu bestehen. Gegen 2 Millionen Arbeiter, die vor dem Krieg unter Tarifverträgen standen, sind es heute ein Vielfaches davon, Tarifverträge sollen — praktisch gesprochen — Gewerbegesetze sein; viele davon sind nicht organisch gewachsen und haben darum gewisse Mängel. Mit Starrheit ist das amtliche Schlichtungswesen nicht über die Krise hinwegzubringen. In einer Zeit mit 5 000 000 Arbeitslosen und einigen Millionen Kurzarbeitern sind die Stundenlöhne der Arbeitenden nicht maßgebend. Da gilt nur der Jahresarbeitsverdienst. **Es ist unlogisch, von den Unternehmern Lohnfreiheit zu verlangen, selbst aber durch Kartelle und Trusts die Preise zu binden.** (Sehr richtig!) Die verschieden hohe Spanne der Lohntarife zwischen **Zeitlohn und Akkordlohn haben zu verschieden großen Akkordlohn**kürzungen geführt. **Das Institut für Konjunkturforschung berechnet gegenüber einer Einkommenskürzung von 10 Prozent eine Preissenkung um 7½ Prozent.** Die Regierung hat die Kohlen- und Eisenpreise vor der Lohnsenkung und stärker als diese war gesenkt; sie will gar keine Verringerung der Reallöhne. Mit den Verbindlichkeitserklärungen ist Zurückhaltung zu üben. Freilich hat man es bei den einzelnen Tariferneuerungen nicht immer in der Hand, zu erreichen, daß der Lohnsenkung in dem gleichen Gewerbe sofort eine Preissenkung folgt oder daß die Preissenkung der Lohnkürzung vorangeht. **Auf längere Sicht gesehen werde ich mich, soweit das auf dem Wege der Schlichtung überhaupt möglich ist, nachdrücklichst einer Senkung der Reallöhne widersetzen.** Zur Lösung der Fragen wegen der Reform des Tarif- und Schlichtungswesens ist es meines Erachtens absolut notwendig, daß in der nächsten Zeit Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften viel umfassender als seither zusammenarbeiten. Was die immer mehr **umstrittene Arbeitszeitverkürzung** anlangt,

so betone ich nochmals, daß die Regierung, falls ein durchgreifender Erfolg den freiwilligen Bemühungen um eine wesentliche Verminderung des Arbeitslosenheeres nicht beschieden ist, gesetzgeberische Vorschriften über Arbeitsstreckung durch Arbeitszeitverkürzung erlassen muß.

Der Arbeitslosenfrage ist nur in Verbindung mit der Gesamtsanierung entscheidend beizukommen.

Wie ist man im letzten Jahre über mich hergefallen, als ich die **Beiträge zur Arbeitslosenversicherung** um 3 v. H. erhöhte! Wäre das nicht erfolgt, dann wären wir nicht heil über diesen Winter hinweggekommen. **Wenn sich die Beschaffung einer Anleihe von 1 bis 1½ Milliarden zu erträglichem Zinsfuß ermöglichen ließe, dann könnte ich schon morgen ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vorlegen, durch das 300 000 bis 400 000 Menschen beschäftigt werden könnten** und in dessen Mittelpunkt die Reichsbahn stehen würde. Aber die Beschaffung solcher notwendigen langfristigen Kredite ist in der Hauptsache **eine Vertrauensfrage.** Dieses Vertrauen kann aber nur kommen, wenn Staat und Wirtschaft in Ordnung gebracht werden. Bis dahin müssen wir zunächst mit kleineren Mitteln die Arbeitslosenfrage zu mildern suchen. Auf längere Sicht gesehen bin ich kein Pessimist. Trotzdem täusche ich mich aber nicht darin, daß

1931 noch ein schweres Krisenjahr für uns sein wird.

Daß es bisher gelungen ist, für 5 Millionen arbeitslose Volksgenossen zu sorgen, ist eine **Großtat** des deutschen Volkes und **der Arbeiterschaft. Trotz großer eigener Nöte hat sie so gewaltige Opfer für die Arbeitslosen aufgebracht,** und das ist eine Leistung, die in der Weltgeschichte einzig dasteht.

Die Wohnungspolitik des Jahres 1931 ist hauptsächlich auch **unter dem Gesichtspunkt zu betrachten,** wie wieder privates Kapital für zweitstellige Hypotheken gewonnen werden kann. Das Jahr 1931 wird dem Baugewerbe sehr viel geringere Aufträge als in den Vorjahren bringen. Die öffentlichen **Bauten werden stark zurückgehen** und für gewerbliche Bauten fehlt meist der Bedarf. Der Wohnungsbau ist in vielen Gemeinden bereits **weitgehend** vorfinanziert. Hinzu kommt, daß auch die **Hauszinssteuermittel** für den Wohnungsbau stark verringert werden mußten. Hätte das Reich frei über die Hauszinssteuermittel verfügen können, so hätte ich mich für deren Verringerung um 80 bis 100 Millionen eingesetzt, um jene Gemeinden, die Realsteuern über dem Reichsdurchschnitt erheben, zu entlasten. Da aber eine Einigung mit den Ländern in der Realsteuerfrage wohl kaum zu erzielen sein wird, kam es zu einer schematischen Senkung der Realsteuern, die für 1931 gegenüber dem Wohnungsbau **nicht ohne Bedenken ist.** Das Reich ist gewillt, für zweitstellige Hypotheken Reichsbürgschaften zu übernehmen und sie mit einem Zinssicherungsfonds zu untermauern. Für den Mieter kann es an sich gleichgültig sein, ob er je Wohnung 3000 bis 4000 Mark Hauszinssteuer zu einem wesentlich verbilligten Zinsfuß erhält, was eine Verbilligung der Jahresmiete um 250 bis 300 Mark bedeutet, oder ob er für die erst- und zweitstelligen Hypotheken den **normalen** Zinsfuß bezahlt, dafür aber je Wohnung 200 bis 300 Mark Mietzuschuß erhält. Die Mietzuschußpolitik hat allerdings den Vorteil, daß für sie weniger öffentliche Mittel benötigt werden, als für die mit der Hauszinssteuer errichteten Wohnungen. Es ist aber zu hoffen, daß in absehbarer Zeit eine wesentliche Senkung des Zinssatzes für langfristige Anleihen eintritt, wodurch sich die Mietzuschüsse aus öffentlichen Mitteln automatisch verringern würden. Es ist in den letzten Jahren vielfach zu groß und zu teuer gebaut worden. Eine Durchschnittswohnung darf heute nicht mehr als 6500 bis 7000 Mark kosten. **In der nächsten Zeit wird vorzugsweise der Bedarf an Kleinstwohnungen zu befriedigen sein.**

Abg. **Graßmann** (Soz):

Wenn die Arbeitslosigkeit auch im Kalibergbau gestiegen ist, weil der Absatz zurückgegangen ist, so muß man daraus den Schluß ziehen, daß die Subventionen, die man der Landwirtschaft zum Ankauf von Kalidünger gegeben hat, für andere Zwecke verwendet worden sind. (Sehr richtig! links). Es werden viele falsche Rezepte zur Verminderung der Arbeitslosigkeit ausgegeben. U. a. wird auch die Steigerung des Exports und die Herabsetzung der Exportwarenpreise als Heilmittel genannt. Aber

entscheidend für den Absatz der deutschen Industrie ist und bleibt der innere Markt. Und dieser kann nie und nimmer durch Lohnsenkung gebessert werden.

(Sehr wahr! links.) Worauf es den **Unternehmern** wirklich ankommt, hat sich soeben in Bayern gezeigt. Dort waren sie mit einem **Schiedsspruch,** der eine **sechsprozentige Lohnsenkung** bestimmte, nicht zufrieden und haben **40 000 Metallarbeiter ausgesperrt.** (Hört! Hört! links.) **Der Lohnabbau wird weit über das sozusagen staatlich festgelegte Maß getrieben, schützt aber auch dann nicht vor Stillegung.** So haben die Arbeiter einer Grube im südlichen Westfalen nicht nur 1927 auf die Lohn-

Wieder ein Erfolg der Sozialdemokratie

Steuerausschuß nimmt die sozialdemokratischen Besitzsteueranträge an Stimmenthaltung des Zentrums – Das gibt Mittel für die Gemeinden

Im Steuerausschuß des Reichstags wurden am Donnerstag mit den **Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten** gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Staatspartei, der Wirtschaftspartei und des Landvolks bei **Stimmenthaltung des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Christlich-Sozialen die sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung der Aufsichtsratssteuer von 10 auf 20 Prozent und auf Erhöhung des Einkommensteuerzuschlages von 5 auf 10 Prozent bei Einkommen von mehr als 20 000 Mark jährlich angenommen.** Der Ertrag dieser beiden Maßnahmen wird 43 Millionen Mark sein. **Er soll den Gemeinden zur Deckung der Lasten der Wohlfahrtserwerbslosenunterstützung überwiesen werden.**

In der Debatte betonte der Abg. **Esser** (Ztr.), daß innerhalb des Zentrums der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Aufsichtsratssteuer den geringsten Widerstand gefunden habe. Dagegen sei der sozialdemokratische Antrag, der einen Zuschlag zur Einkommensteuer für die Einkommen über 8000 Mark wollte, für das Zentrum unannehmbar. Auch werde das Zentrum keine Erhöhung der Vermögenssteuer zulassen, da vielfach große Vermögen ohne Ertrag sind. Auch der Abg. **Winschuh** (Staatsp.) und **Dr. Hugo** (D. Vp.) lehnten die sozialdemokratischen Anträge ab.

Die Stellung der Sozialdemokratie zu den kommunistischen Anträgen legte Abg. **Dr. Hertz** (Soz.) dar. Er stellte fest, **daß der kommunistische Millionärsteuerantrag** sich nicht nur gegen die Kapitalisten richte, sondern die **Wirtschaftsunternehmungen der Arbeiterklasse und der Unternehmungen, die dem öffentlichen Wohl dienen, treffen werde. Er sehe vor, daß Konsumgenossenschaften, Gewerkschaften, Sparkassen, gemeinnützige Unternehmungen, Versorgungsbetriebe der Gemeinden usw., die bisher alle steuerfrei sind, sowohl von der 20prozentigen Abgabe des Vermögens als auch von der Erhöhung der Körperschaftssteuer um 20 Prozent und von der Erhöhung der Gewinne bei gewerblichen Unternehmungen um 20 Prozent betroffen würden. Die Folge einer solchen sinnlosen Besteuerung wäre nicht nur die Erdrosselung dieser Unternehmungen, sondern auch die größte Schädigung der Arbeiterschaft, die diese Unternehmungen in jahrzehntelanger mühseliger Arbeit aufgebaut haben. Aus diesem Grunde werde die Sozialdemokratie den kommunistischen Antrag ablehnen.** Er sei aber auch sonst formell wie sachlich undurchführbar, da er einem Millionär, der ein Einkommen von 200 000 Mark habe, eine jährliche Steuer von 352 000 Mark, also fast dem doppelten Einkommen, auferlege. So **sinnlos handle man nicht einmal in Rußland, wo man den Kapitalisten nur 45 Prozent ihres Einkommens wegsteuere.**

Die beiden angenommenen sozialdemokratischen **Anträge werden in der nächsten Woche in der Vollversammlung des Reichstags beraten** werden. Infolge des Widerstandes, den sie insbesondere bei der Deutschen Volkspartei und bei der Staatspartei finden, wird man mit **scharfen Auseinandersetzungen** rechnen müssen. Die Debatten werden zeigen, daß die **Sozialdemokratie** keinen Wert auf aussichtslose Demonstrationen legt, wie es die Kommunisten tun, sondern bestrebt ist, **etwas zu erreichen,** durch das die verzweifelte Lage vieler **Gemeinden** und die Notlage der ausgesteuerten Erwerbslosen wirksam gebessert wird.

erhöhung verzichtet, um die angedrohte Stillegung abzuwenden, sondern seither Lohnherabsetzungen bis 25 Prozent auf sich genommen. Noch vor kurzem haben sie, um der Stillegung zu entgehen, eine freiwillige Lohnherabsetzung angeboten. **Trotzdem ist die Stillegung erfolgt,** obwohl die Arbeiter drei Jahre lang zu außerordentlich niedrigem Lohn gearbeitet haben.

Wie wenig Lohnsenkungen auf die Preisgestaltung einwirken, ist leicht nachzuweisen. In der Schuhindustrie gibt es Arbeiter, die seit **5 Jahren fortdauernd arbeitslos** sind; nur ein Bruchteil der Arbeiterschaft ist voll beschäftigt. **Trotz des Lohnabbaus ist die Zahl der Arbeitslosen fortgesetzt gestiegen,** und zwar gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres von 22,1 auf 32,1 **Prozent** und bei den Kurzarbeitern **von** 47,7 **auf** 55,2 Prozent. Das gilt für den Januar dieses Jahres. **Eine** der ersten deutschen Schuhfabriken zahlt für Schuhe des **Verkaufspreises** von 12,50 **Mark** bis 24 **Mark** einen Lohn von 2,27 Mark. Im Durchschnitt beträgt der Arbeitslohn für ein Paar Schuhe zwischen 1,26 und 2,50 Mark. **Wer aber glaubt, daß infolge der Lohnsenkung auch die Schuhpreise gesenkt werden, und daß eine Preissenkung von 25 oder 30 Pf. den Absatz steigert, noch dazu wo die Kaufkraft so zurückgegangen ist?**

In der Beurteilung der Lage und des als notwendig Erachteten besteht kein Unterschied unter den Arbeitern der verschiedensten politischen und konfessionellen Auffassung.

Alle sind einig darin, daß der Reallohn erhalten bleiben muß und keine Verschlechterung der Bezüge der Arbeitslosen eintreten darf.

Der gewerbliche Mittelstand hat das allergrößte Interesse, die Kaufkraft der Massen zu erhalten, deren Einnahmen nicht auf die hohe Kante gelegt werden, auch nicht ins Ausland gehen, sondern sofort und unmittelbar und vollständig der Wirtschaft zufließen, und zwar in der Hauptsache dem kleinen gewerblichen Mittelstand. (Lebh. Zustimmung links.) **Was für Summen dagegen frieren durch falsche Spekulationen der Industriellen und sogenannten Wirtschaftsführer ein? Kann** man da noch von einer Ratio (Vernunft) in der Wirtschaft sprechen? (Sehr gut! links.) Da hat z. B.

unsere Eisenindustrie mit einem schwedischen Eisenerzkonzern einen langfristigen Vertrag, gemäß dessen Deutschland die gleiche Menge schwedischen Eisenerzes mit einer ganz niedrigen Preisreduktion und etwas hinausgeschobenen Lieferungstermin abnehmen muß, obwohl in absehbarer Zeit keine Absatzmöglichkeit besteht. Der schwedische Konzern aber kann 12 Prozent Dividende weiterzahlen.

(Hört! Hört! links.)

Die **Enquete-Kommission des Reichswirtschaftsrates** hat vor einigen Monaten festgestellt, daß

auch in der stärksten Konjunktur der deutsche industrielle Apparat nur zu 70 Prozent ausgenutzt worden

ist. In der Textil-Industrie wurde vor dem Krieg ein langwieriger Kampf darum geführt, ob der Arbeiter einen oder mehrere Stühle zu bedienen hat. Eine Verordnung im Kriege bestimmte, daß an jedem Webstuhl ein Mann oder eine Frau sitzen muß. **Heute bedient bei einer Weberei in Langenbielau ein Weber 52 Webstühle** (Hört! Hört! links). **Bei derselben Firma leistet eine Kalandermaschine dieselbe Arbeit, die früher 24 Arbeiter in 48 Stunden erledigten, mit zwei Arbeitern in einer Viertelstunde!** Wir haben uns nicht gegen die Rationalisierung gewendet, weil wir ihren Kerngedanken für richtig halten; wir haben die Rationalisierung nur geduldet weil eine Mehrproduktion zur Mehrbeschäftigung und zur Preissenkung führen sollte.

Die gegenwärtige Wirtschaftsform aber macht das gesamte arbeitende Volk zum Opfer der Rationalisierung

— das können wir auf die Dauer nicht dulden und nicht ertragen.

Mit der **Forderung der Arbeitszeitverkürzung von 48 auf 40 Stunden in der Woche** haben die Gewerkschaften ein Beispiel gegeben, dem der Minister sein Lob im Superlativ spenden müßte.

Die 40-Stundenwoche marschiert.

Entsprechende Anträge von uns sind im Haushaltsausschuß angenommen worden. Wenn im vorigen Herbst die 40-Stundenwoche als eine Notmaßnahme gedacht war, so ist sie heute eine unabweisbare Notwendigkeit, und zwar für die Dauer.

Die technische Apparatur ist in der ganzen Welt so leistungsfähig, daß der Weltbedarf heute weit überholt ist.

Unsere Brüder im amerikanischen Gewerkschaftsbund vertreten die gleiche Forderung; der Internationale Gewerkschaftsbund hat alle angeschlossenen Landeszentralen und ihre Mitglieder verpflichtet, dafür einzutreten. Wir sind uns bewußt, welchem Widerstand diese Forderung begegnet. Aber im Gegensatz zur früheren individualistischen Beurteilung muß man sich daran gewöhnen, in Zukunft kollektivistisch zu denken. Der Eigennutz des Einzelnen muß zurückstehen hinter dem Allgemeinwohl. Mag vielleicht auch die Initiative des Unternehmers in normalen Zeiten zur Leitung selbst ganzer Industriegruppen ausgereicht haben — heute und in absehbarer Zukunft, bei der ungeheuren Not der ganzen Welt, ist daran nicht mehr zu denken. **Heute hat der Staat, hat die Allgemeinheit die Pflicht, die Massen der Hungernden vor dem Untergang zu bewahren. Was unsere Fraktion dazu tun kann, wird geschehen. Es ist unsere Aufgabe, eine Wirtschaft herbeizuführen, die das Leben auch für den Arbeiter wieder zur Freude macht.** (Lebh. Beifall der Soz.)

Abg. **Dr. Brauns** (Ztr.) führt aus, die allgemeine Wirtschaftskrise habe auch zu einer **Krise der Sozialpolitik** geführt. Vielfach wird der Abbau sozialpolitischer Einrichtungen als Erfordernis der Krisenzeit verlangt. **Dabei wird oft vergessen, daß die Arbeitslosenversicherung nicht nur eine Versicherung der Arbeitgeber gegen die Schwankungen der Konjunktur ist.** Das Grundproblem für unsere Sozialpolitik bleibt jetzt die Frage, wie der Arbeitslosigkeit gesteuert werden kann. In der jetzigen Notzeit kommt es vor allem darauf an, die vorhandene Arbeitsgelegenheit besser zu verteilen. Der produktiven Erwerbslosenfürsorge müssen größere Mittel zur Verfügung gestellt werden. Angesichts der Entwicklung der Preise und Löhne läßt sich der alte Index von 140—150 nicht aufrecht erhalten. Die Gutachter-Kommission wird auch Vorschläge zu machen haben über die Neugestaltung der Wohlfahrts- und Krisenfürsorge. **Das Reichsarbeitsministerium hat die Aufgabe, sich in dieser Krisenzeit schützend vor die Errungenschaften der Sozialpolitik zu stellen. Wir wehren uns mit aller Entschiedenheit gegen das Bestreben, die Sozialpolitik als die Ursache aller Wirtschaftsnot** hinzustellen. Die Forderung der Zeit ist **die internationale Organisation der Wirtschaft.** Dann kommt die internationale Neuorganisation der Sozialpolitik ganz von selbst.

Die Weiterberatung wird dann unterbrochen durch die in der letzten Woche zurückgestellte **Abstimmung über das Gesetz zur Entschädigung der gewerbsmäßigen Stellenvermittler.** Im Hammelsprung wird mit 166 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 147 Stimmen **der sozialdemokratische Antrag angenommen,** der im Gegensatz zur Ausschußvorlage die sofortige **Aufhebung aller privaten Stellenvermittlungsbetriebe gegen Entschädigung verschreibt.** Nach einem weiter angenommenen sozialdemokratischen Antrag dürfen Stellenvermittler, soweit es sich nicht um Konzert-Agenten oder Vermittler von Artisten, Bühnenangehörigen, Chor-, Tanzpersonal und Musikern handelt, ihren Betrieb bis zum 30. Juni 1931 fortführen. Die dritte Beratung der Vorlage wird zurückgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des **Gesetzes zur Aenderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes.**

Abg. **Brenzel** (Komm.) **bekämpft** die Vorlage. Abg. **Mollath** (Wirtschp.) lehnt die Vorlage **gleichfalls** ab und beantragt statt dessen die Verlängerung der jetzt bestehenden Kraftfahrzeugsteuer um ein Jahr.

Abg. **Reißner** (Soz.):

Die Vorlage bringt nicht die notwendige Reform dieser Steuer, sondern nur ihre Erhöhung. Deshalb haben wi[r] ... fristung des Gesetzes beantragt. Der Vorredner behauptete, ... Kraftwagensteuer werde auf die Massen abgewälzt. Das ... man von jeder Steuer sagen. Immerhin ist eine Steuer, die ... **Autobesitzer trifft, für die Massen doch noch erträglicher, ... manche andere. Die Kommunisten haben im Ausschuß beant[ragt], das Kraftwagensteuergesetz von 1927 insgesamt aufzuheben, ... auch die Luxuswagen von der Steuer befreien würde.** (Hört! ... bei den Soz. — Widerspruch der Komm.) Wenn die Kommun[isten] behaupten, die Kosten der Luxuswagen gingen auf das Gesch[äfts]kostenkonto, so frage ich sie, **auf welches Konto dann die Lu[xus]wagen der Hitler und Goebbels gehören?** (Sehr gut! ...) Wenn die Regierungsvorlage auch die Besteuerung der Last[kraft]wagen erhöht, so ist das bei der starken Abnutzung der Str[aßen] durch diese schweren Wagen gerechtfertigt. Die Finanzlage des Reiches ermöglicht es leider noch nicht, den gesamten St[euer]ertrag für den Straßenbau zu verwenden; immerhin werden durch die Straßenbaukosten der Gemeinden und Kreise ... gedeckt. Die kommunistischen Vertreter in den Gemeinde- ... Kreisparlamenten werden über diese Haltung ihrer Reichs[tags]fraktion kaum entzückt sein. Im Interesse der Gemeinden stim[men] wir der Vorlage zu. (Beifall der Soz.)

Abg. **Lind** (Landvolk) tritt für die Vorlage ein. ... Straßen-Unterhaltung belaste die Landgemeinden heute so ..., daß die Autobesitzer stärker herangezogen werden müßten.

Nach Ablehnung des Antrags Mollath wird die Vorla[ge in] zweiter **und dritter Beratung gegen die Wirtschaftspartei ... die Kommunisten angenommen.** — Angenommen werden ... Entschließungen, die sich gegen eine Verschärfung des Beimischu[ngs]zwanges und für eine Senkung der Kraftfahrzeugsteuer ... sprechen.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarb[eits]ministeriums wird dann wieder aufgenommen.

Abg. **Baltrusch** (Volksnat.) wendet sich gegen übertrie[bene] Lohn- und Gehaltssenkung. Viel zu groß sei der Anteil, der ... Verbraucherpreis auf den Verteilungsapparat entfällt. Die P... müßten wesentlich gesenkt werden, besonders bei den Ma... artikeln, den Arzneimitteln und Drogen, beim Handwerk und den Tarifen der öffentlichen Werke. Der Redner wendet ... gegen eine verfrühte Aufhebung des Mieterschutzes.

Nach 7 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag vertag[t].

Mücke rechnet in Hitlers Hauptstadt mit ihm ab

Hitler hat ihm so und so oft sein Wort verpfändet und es jedesmal gebrochen

München, 13. März. (Eigener Funkbericht.)

In zwei **überfüllten Versammlungen,** die lange vor Beginn polizeilich gesperrt wurden, hielt **Kapitänleutnant v. Mücke** am Donnerstag abend **Abrechnung mit der Hitlerei.** Mit leidenschaftlichem Temperament sprach der vielleicht beste Kenner der inneren Verwahrlosung Hitlers im **historischen Bürgerbräukeller,** der im wesentlichen von Arbeitern gefüllt war. Begeisterung umbrandete den Redner, als er an Hand seiner Erfahrungen als ehemaliger nationalsozialistischer Gauführer und Landtagsabgeordneter in Sachsen **nachwies, daß die heutige Hitler-Partei weder national, noch sozialistisch, noch eine Arbeiterpartei ist.** Stürmische Entrüstung löste es aus, als **Herr v. Mücke auf Grund selbst erlebter Tatsachen schilderte, wie Hitler ihm so und so oft sein Wort verpfändet und es jedesmal gebrochen habe.** Und wie der große Adolf dann nirgends zu finden ist, auch nicht von seinen eigenen Leuten, wenn es gilt, Verantwortung auf sich zu nehmen.

Angesichts der in den Versammlungen herrschenden Stimmung und des vom Reichsbanner gestellten Saalschutzes verzichteten die anwesenden Hitlerjünglinge auf Zwischenrufe. Sie vergnügten sich in der Ecke eines Saales mit Stinkbomben und vor dem Versammlungslokal den Redner mit einem Pfeifkonzert zu empfangen.

Die Roheit der Todesstrafe

212 englische Abgeordnete beantragen Abschaffung der Todesstrafe

London, 12. März. (Eigener Drahtbericht.)

Die Presse meldet zu der am Montag erfolgten Hinrichtung des angeblichen Mörders **Alfred Rouse, daß Rouse vor der Vollstreckung des Urteils von einer Ohnmacht in die andere fiel, wie ein Kind schrie und förmlich zum Hinrichtungsplatz hingetragen werden mußte. Daraufhin haben 212 Abgeordnete aller Parteien die Regierung aufgefordert, die Abschaffung der Todesstrafe sobald als möglich auf die Tagesordnung des Unterhauses zu setzen.**

Hermann Müllers Befinden sehr ernst

Ein ebenso feiger wie geschmackvoller Geselle, dessen Name bisher noch unbekannt ist, teilte dem Büro der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Donnerstag nachmittag gegen 5 Uhr angeblich im Auftrag des leitenden A... des Moabiter Krankenhauses mit, daß Hermann Mül[ler-]Franken soeben gestorben sei. Eine Rückfrage bei dem behandelnden Arzt Dr. Borchardt ergab, daß es sich bei ... Telephonanruf um eine Mystifikation gehandelt hat.

Tatsächlich ist **das Befinden Hermann Müllers** nach wie vor **außerordentlich ernst.** Am Donnerstag abend haben Aerzte nach einer nochmaligen eingehenden Untersuchung ... Patienten beschlossen, **am Freitag vormittag operativ einzugre[ifen].** Es besteht die Hoffnung, daß es gelingt, den Abszeß zu lokalis[ieren].

Sitzung des Parteiausschusses

Tagesordnung für den Leipziger Parteitag festgesetzt

Am Donnerstag vormittag tagte der **Parteiausschuß** ... **Sozialdemokratischen Partei.** Er beauftragte den Parteivorst[and], dem schwererkrankten Vorsitzenden Hermann Müller ... besten Wünsche für seine baldige Genesung zu übermitteln.

Der Parteiausschuß stimmte sodann den Vorschlägen ... Parteivorstandes für die **Tagesordnung des Leipziger Parteita[gs]** zu. Danach soll Tarnow über „Die kapitalistische Wirtsch[afts]anarchie und die Arbeiterklasse", Breitscheid über „Faschismus und seine Ueberwindung", Ollenhauer ... „Die Partei und die Jugend" sprechen.

Diesen Referaten soll der Bericht der Reichsta[gs]fraktion folgen. Der Berichterstatter wird von der Rei[chs]tagsfraktion noch bestimmt werden. Den Kassenbericht und Bericht über die Organisation werden Ludwig und We... erstatten.

Der Parteiausschuß nahm schließlich einen Bericht ... Breitscheid über die politische Lage entgegen, an den sich ... längere Diskussion anknüpfte. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Die Kleinrentner protestieren

Nur die Sozialdemokratie hat Verständnis für sie

Der **Deutsche Rentnerbund** hielt am Donnerstag in B... eine stark besuchte **Protestkundgebung gegen die schlechte ... handlung der Kleinrentner** ab. Wie der Vorsitzende mitte[ilte], **haben nur die Sozialdemokraten und die Radikaldemokraten ... Unterstützung der Kleinrentnerforderungen** zugesagt. Nationalsozialisten und die Deutschnationalen hätten sich d[urch] ihre Flucht aus dem Reichstag selbst von der Mitarbeit an ... Besserstellung der Rentner ausgeschlossen. Der Rentnerb[und] fordert vor allem für den Augenblick eine Zinsenentschädig[ung] ...

Der Mann am Faden

Ein Bayernroman von Horst Hellwig

Copyright by Fackelreiter-Verlag G. m. b. H., Hamburg-Bergedorf

30] (Nachdruck verboten.)

Hurt thronte majestätisch vor seinem Schreibtisch. Kräppli dienerte nochmals, als er sich durch die Türe schob. Diesen ehrfurchtsvollen Gruß erwiderte Hurt nur durch ein flüchtiges Nicken. Er hatte Falten zwischen den Brauen.

„Was heißt das? Ich höre, daß Sie zu Matthes gegangen sind. Ueber meinen Kopf weg, ohne mich zu fragen?" examinierte er.

„Herr Hurt, es war nur so ein schneller Einfall! Eigentlich Zufall!"

„Dafür wissen Sie meine Telephonnummer," wies ihn Hurt unerbittlich zurecht.

„Entschuldigen Sie meine Eigenmächtigkeit!" Kräppli konnte sehr unterwürfig sein, wenn es darauf ankam. „Ich hab doch bei Mart nichts verloren. Sehen Sie, für mich ist Matthes ausgezeichnete Reklame, das wissen Sie ja. Und auch so, ich hab nun mal die Passion. Ohne das Team und Tom kein Sport kann ich nicht leben. Herr Hurt wissen ja, daß ich in keiner Weise irgendwie Ihren Interessen zuwiderhandeln würde!"

Die Jupitermiene entwölkte sich zu Kräpplis Erleichterung.

„Na, wir wollen sehen. Wohin waren Sie denn eigentlich mit Matthes gefahren?"

„N — ja." Kräppli sah den Mächtigen nachher an. Es war eine ganze Reihe Eigenmächtigkeiten, die er da zu verantworten hatte.

„Matthes beklagt sich, daß ihm beim ... Training die Ruh fehlt."

„Matthes bildet sich Nerven ein, lächerlich! Wenn ein Mensch so robust ist wie Tom, dann kann ihm ganz Berlin kein Training pfeifen."

„Sie wissen ja, Herr Hurt, des Menschen Wille ist sein Himmelreich!"

„Mein Wille ist das Himmelreich der Leute, die ich ..." Hurt sah den Masseur durchdringend an. „Ich wünsche nicht, daß sich irgend etwas daran ändert."

Kräppli konnte sogar lieber aussehen, wenn er wollte. Er machte seine ehrlichsten Augen. „Gestatten Sie mir ein aufrichtiges Wort, Herr Hurt. Sie haben Matthes mit Herrn Marder zusammengebracht."

„Es ist notwendig, daß auf den Jungen aufgepaßt wird."

„Natürlich, Herr Hurt, natürlich. Aber er kann doch den Marder nicht riechen. Warum, weiß ich nicht. Ich denke mir, der Matthes ist zu geradeaus. Macht mal sein Späßchen. Und dem Marder fällt immer gleich 'ne Perle aus der Krone."

Hurt lächelte. Kräppli fühlte, daß er Oberwasser bekam. Munter schwatzte er weiter. „Sehen Sie mal, ich weiß ausgezeichnet mit Tom umzugehen. Er hat mir sogar das „Du" angeboten. Ist 'n prächtiger, netter Kerl. Der wäre bei mir in bester Hut, Herr Hurt! Natürlich alles nach Ihren Direktiven, Herr Hurt!" Kräppli machte seinen tiefen Diener.

Hurt dachte einen Augenblick nach. Dann nickte er gnädig.

Das Schwerste ist geschafft, dachte Kräppli.

„Sie haben mir aber immer noch nicht erzählt, wohin Sie mit Tom gefahren sind?"

„Das war wegen dem Training, Herr Hurt. Mir ist da 'ne Sache entwischt. Herr ... hat da draußen so 'ne kleine Kirche. Hab ich erzählt das so beim Masseuren. Da war Tom gleich Feuer und Flamme und — Herr Burkhardt weiß ... — ich mußte dann gleich anrufen und wir sind rausgesaust."

„So—." Eine lange Pause ... Ueberlegung folgte. „Im Prinzip habe ich nichts dagegen einzuwenden. Aber für die Zukunft, lieber Kräppli, wünsche ich, daß ich von jedem Entschluß meines Bayern vorher unterrichtet werde. Wenn wir zusammenarbeiten wollen, dann richten Sie sich danach."

Kräppli war so glücklich, die Klippe so ... umschifft zu haben, daß er ein strahlendes Gesicht zeigte. Er legte die Hände auf seine Brust. „Mein Ehrenwort, Herr Hurt. Herr Hurt können sich ganz auf mich verlassen."

„Wir sind also einig, Kräppli. Sie halten mir den Mann gut. Er ist jung und unausgeglichen. Aber er muß mit seinen Kräften haushalten. Er hat da eine ... Freundin — ich weiß nicht, ob er —."

„Verstehe, Herr Hurt, verstehe. Werde mich danach einstellen." Wenn sie mir paßt, dachte er dabei für sich.

„Ich habe für die nächsten Wochen eine neue Tournee durch einige deutsche Städte festgelegt. So all zwei, drei Tage einen Kampf."

„Alle zwei, drei Tage? Wird er das machen können?" Kräppli machte ein bedenkliches Gesicht.

„Sie werden ihn unterstützen. Der darf gar nicht ... Gedanken haben, wie Sie jetzt. Unter uns, Kräppli, ... Leichenschau!"

„Ah!" Ein Grinsen überzog Kräpplis Gesicht.

„Ausgezeichnete Namen. Alte Herren, die noch schnell ... Geld mitnehmen wollen. In Deutschland ist Konjunktur für aufgewärmte ausländische Leichen. Zwei, drei Runden ma[cht] ... sie, dann haben sie ihr Geld verdient. Und für Tom ist das ... Er muß seinen Rekord stärken. Also unterstützen Sie sein Selbstbewußtsein. Sie sehen, Kräppli, Sie haben mein Vertrauen. Also Mund halten!"

Kräppli dienerte stumm.

„Vielleicht können wir schon Ende dieser Woche losgehen. Viel Training braucht er ja nicht. Ist ja eine Muskelmaschine."

„Ist gut, Herr Hurt, ich werde bereithalten."

„Ich gehe nachher selbst zu Matthes, um mit ihm zu reden. Sie wissen von nichts."

* *

Kräppli verabschiedete sich ehrfurchtsvoll. Innerlich triumphierte er. Das war ein Dienst nach seinem ... Intrigen, Auchdabeisein, Schmarotzen überall. Sein Name wurde wieder genannt. Die alten Rennfahrer, die nun schon längst nicht mehr die Pedale traten, die großen Herrenreiter, die ..., die einen Masseur von Ruf schätzen, sie alle konnten mal wieder feststellen, lesen und hören, daß ohne Kräppli kein Mann ... werden konnte. Es lohnte sich auf alle Fälle, der Masseur eines großen Sportsmannes zu sein.

Er nahm sich ein Auto und fuhr schnell zu Tom.

Schon eine halbe Stunde rumorte er geschäftig um ihn herum und bediente ihn von vorn und hinten, als plötzlich der mißmutige Herr Marder eintrat.

„Tag, Herr Matthes," grüßte er mit seinem ... gezwungenen Lächeln. „Bißchen spät heut geworden, wie?"

„Viel zu früh."

Marder sah mißvergnügt auf den kleinen Kräppli, der ... die Hausschuhe hereinbrachte. „Was machen Sie denn hier?" herrschte er ihn an.

„Das geht Sie den Deibel an," stellte sich Tom vor den Unentbehrlichen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums

Von Kurt Löwenstein

s geht mit gedämpftem Trommelklang. So kann man im einen die Haushaltsberatungen im Reichstag überschreiben. Wirtschaftskrise wirkt lähmend und auch in der Politik ist Passivität im Vordergrunde. Im Haushalt des Reichsministeriums des Innern wird, wie überall, gestrichen, und hier die Streichungen deswegen besonders empfindlich, weil sie einen Abbau des kulturellen Einflusses des Reiches bedeuten. Es ist auch das Interesse der bürgerlichen Parteien stark berührt. Die Kaiser-Wilhelm-Akademie macht industriell verwertbare Erfindungen, ebenso die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Dem Zentrum ist es gelungen, in beiden Instituten seinen Vertretern theologischen und historischen Forschungsbedürfnissen einen Anteil zu geben. Die Sozialdemokratie war niemals wissenschaftsfeindlich. Mit ihrem Willen zur Macht kann sie es nicht sein, aber sie kann auch nicht darauf verzichten, mit stärkster Kraft die vom Reich unterstützten Wissenschaftsbetriebe anzugreifen. Auch in diesen Instituten herrscht noch starke Reaktion in der Personalbesetzung, in der Auswahl und Durchführung der wissenschaftlichen Forschung. Vor allem ist aber wissenschaftliche Forschung auch bedingt durch den wissenschaftlichen Nachwuchs. Hier hat die Arbeiterklasse die allerstärksten Interessen. Wir wollen den Anteil der begabten Arbeiterkinder an dem wissenschaftlichen Nachwuchs nicht als ein Almosen, das von dem reich gedeckten Tisch der Bourgeoisie abfällt, sondern als das Recht, die Arbeiterklasse nach ihrer geschichtlichen, kulturellen und sozialen Bedeutung hat. Wir werden daher dafür zu sorgen haben, daß die Erziehungsbeihilfen, die in diesem Jahre verdoppelt worden sind, ausgebaut werden. Wir haben auch dafür zu sorgen, daß die studentische Wirtschaftshilfe nicht in dem Maße, wie im Etat vorgesehen war, eingeschränkt wird. Es ist uns gelungen, nur eine Erhöhung um 50 000 Mark gegenüber dem Hausansatz gelungen.

Das entscheidende bei den diesmaligen Etatsberatungen sind nicht die Etatsansätze. Sie tragen den Charakter aller Etats der Ausnahme des Mehretats. Das entscheidende ist die immer mehr sich vordrängende kulturelle Reaktion. Leider gibt das Verhalten der Kommunisten den bürgerlichen Parteien den Vorwand zu neuen Zensur- und Polizeiforderungen. Man kann Zensuransprüche und kulturelle Reaktion sachlich scharf bekämpfen, dabei töricht und roh zu werden. Das ist von der Sozialdemokratie mit aller Schärfe zum Ausdruck gebracht worden. Die Weimarer Verfassung gibt zwar den Religionsgesellschaften eine Reihe von unserer Meinung unberechtigten Vorrechten, aber es gibt in der Verfassung weder ein Kirchenmonopol, noch ein Monopol einer Weltanschauung. In dieser Hinsicht sind Freidenkertum und religiöse Anschauungen völlig gleichberechtigt. Beide haben Recht zur freien Meinungsäußerung, zu Veranstaltungen und Organisation. Gewiß entscheidet der Reichstag weder über Legalität des Freidenkertums noch über die kirchliche Aktion, gegenüber den vielen Proklamationen der Kirche war es gut, von der Tribüne des Reichstages auch das Recht und die Würde des Freidenkertums herauszustellen.

Wenn es sich nun um Filmverbote, um Zensurbestrebungen im Religionsschutz handelt, in allem steckt der Wille der gesamten Reaktion des gesamten Bürgertums, dem Sozialismus und dem Freidenkertum die Aufstiegsmöglichkeiten abzuschneiden. Es gilt auch hier das Wort: „Arbeiter, hört die Signale!" Wirth hat wiederholt, trotz mancher freiheitlicher und demokratischer Anwandlung, mit aller Schärfe seinen katholischen Standpunkt unterstrichen. Auch wir tun gut, daß wir den Mut zur Erkenntnis nicht nur unter uns, sondern auch nach außen haben. Die politische Linie der Toleranz der Regierung Brüning ist parlamentarisch die Möglichkeiten, die wir zahlenmäßig haben würden, aber sie darf nicht auch noch die ideologische Entwicklung verhindern. Darum ist es in unserer Zeit doppelt notwendig, das Bewußtsein des marxistisch fundierten Sozialismus bei uns und in den Massen zu stärken.

Die Kommunisten und einige liberale Blätter haben viel Lärm gemacht, weil wir dem unmöglichen Antrag, die Regierung zu fordern, das Verbot des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues" aufzuheben, nicht unsere Zustimmung gegeben haben. Der Antrag hätte praktisch nichts genutzt, und unseren sachlichen Protest hatten wir in einer Interpellation zum Ausdruck gebracht, wir haben ihn ferner in einem Antrage, der angenommen worden ist und in dem gesagt wurde, daß wir das Verbot des Films für unbegründet halten, dokumentiert, und außerdem haben wir ein Gesetz eingebracht, das bereits in zweiter Lesung angenommen ist und das die Möglichkeit gibt, diesen für Friedenspropaganda so wichtigen Film wie auch andere wenigstens in Partei, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen zu zeigen. So haben wir nicht nur protestiert, sondern auch einen bescheidenen praktischen Erfolg erzielt.

Es war ferner für uns wichtig, daß wir einmal einen Anfang damit machten, das Bildungsproblem nicht in der Enge der Schule zu sehen, sondern vor allem in der Volks- und Jugendschule. Unsere Entschließungen über den Ausbau des Schulwesens, seine Gleichstellung mit dem höheren Schulwesen und seinen Ausbau zur Ueberwindung der Klassenschule sind angenommen und wichtige Anfänge einer Schulpolitik, die nicht um die Kirche herumkreist, sondern von den sozialen Bedürfnissen und der gesellschaftlichen Entwicklung ausgeht. Leider haben die Kommunisten die Entschließung, die die Vorbereitung der reichsgesetzlichen Regelung des neunten Schuljahres verlangte, mit abgestimmt, während sie im Haushaltungsausschuß zugestimmt haben. Wahrscheinlich hat eine der törichten zentralen Parolen ihnen ihre Stellungnahme zwangsweise geändert.

Die Beratung des Etats des Innern stand naturgemäß unter dem Kampfgedanken gegen den Nationalsozialismus, doch hier zeigt die Beratung, daß wir auf die Dauer allein mit dieser Aktivität nicht leben können. Wir müssen auch nach der positiven Seite hin aus der Passivität zur Aktivität übergehen. Wir haben nicht nur ein Zukunftsrecht auf Bildungs- und Kulturpolitik, sondern auch eine Gegenwartsverantwortung für die Abwehr sozial- und kulturpolitischer Reaktion und für den Aufbau sozialistisch orientierter Sozialpolitik.

Innenetat für Preußen

Antrag auf Bewilligung von Mitteln für den Osten im Ausschuß angenommen — Schwere Blamage eines schimpfenden Deutschnationalen

Die Beratung des Etats des preußischen Ministeriums des Innern im Hauptausschuß des Landtags erbrachte die üblichen Angriffe der Rechten auf das Ministerium wegen seiner Haltung zu Fragen der Personalpolitik, der Kommunalaufsicht, der allgemeinen Verwaltungsführung und des Statistischen Landesamts, das den Rechtsradikalen seit seiner Reform in personeller und sachlicher Beziehung durch den sozialdemokratischen Regierungsdirektor Dr. Cassau ein Dorn im Auge ist. Für die Grenzgebiete ist bemerkenswert, daß Sozialdemokraten, Zentrum und Staatspartei den Antrag einbrachten, in den Etat wieder einen Betrag von 15 Millionen RM. für die bedrängten Grenzgebiete in Ost und West einzusetzen. Dieser Antrag wurde im Ausschuß mit großer Mehrheit angenommen. Der Minister des Innern, Genosse Severing, wies darauf hin, daß es ihm außerordentlich erwünscht erscheine, wenn ein Fonds für die Grenzgebiete in den Etat wieder eingestellt würde. Der Finanzminister hatte bekanntlich seiner Einsetzung in den Etatsentwurf nicht zugestimmt. Die Parteien werden die größten Anstrengungen zu machen haben, um bei der Endfeststellung des Etats diesen Fonds evtl. durch Streichungen an anderen Stellen zu erhalten. Das ist auch wichtig, weil mit seiner Hilfe die Berücksichtigung auch der Gebietsteile erfolgen soll, die in das Osthilfegebiet des Reiches nicht einbezogen sind. Die Sozialdemokratie wird den größten Wert darauf legen, daß die Mittel dieses Fonds für Arbeitsbeschaffungszwecke Verwendung finden.

Aus der ausgedehnten Debatte, die zum Etat des Ministers des Innern geführt wurde, ist noch ein besonders niedriger und gehässiger Angriff hervorzuheben, den der deutschnationale Demagoge Steuer gegen den Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien, den Genossen Lüdemann richtete. Unter herabsetzenden Bemerkungen gegen ihn glaubte er ihm die Eignung zwar nicht für einen Oberpräsidenten, sondern lediglich für einen Nachtwächterposten zusprechen zu können. Genosse Hamburger, der die Probleme des Innenetats eingehend vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus beleuchtete, wandte sich in einer Schlußbemerkung auch diesen Ausführungen Steuers zu. Er erklärte, er könne dem Ausschuß zwar ein klares Bild von den Leistungen und der sachlichen Tätigkeit entwerfen, die der niederschlesische Oberpräsident zu Gunsten der ihm anvertrauten Provinz mit Eifer und Erfolg ausübe. Er wolle aber darauf verzichten, weil fast allen Mitgliedern des Ausschusses Lüdemann noch aus seiner Arbeit im Landtag bekannt sei und sie daher die Möglichkeit und Gelegenheit hätten, seine Befähigung, seine Leistungen, seine Persönlichkeit und seinen Charakter in Vergleich zu stellen zu den Eigenschaften des Abgeordneten, der den Anwesenden derartig verunglimpft hätte. Jedes weitere Ausmalen dieses Gegensatzes könnte diesen gewaltigen Kontrast, der sich jedem Kenner der beiden Persönlichkeiten aufdränge, nur abschwächen. Die Deutschnationalen hörten die Abfertigung ihres Hauptredners lautlos an, und keiner ihrer späteren Redner hielt es für angebracht, auf diese Sache noch mit einem Wort zurückzukommen.

Gegenüber den Behauptungen eines ungeheuerlichen Terrors Severings gegen rechtsgerichtete Beamte machte Genosse Hamburger darauf aufmerksam, daß unter sechs nachrückenden deutschnationalen Provinziallandtagsabgeordneten in Schlesien zwei aktive mittelschlesische Landräte seien. Dieser und andere Fälle wiesen darauf hin, daß die Leitung der preußischen Verwaltung Beamten, auch wenn sie zur Opposition gehörten, ja selbst politischen Beamten, die doch verpflichtet seien, die Politik der Staatsregierung zu vertreten, ein Wohlwollen entgegenbrächte, das zuweilen Bevölkerungskreise erstaunen müßte, die auf dem Boden der demokratischen Republik ständen. Zum mindesten müsse festgestellt werden, daß deutschnationalsozialistische Regierungen wie die Fricks in Thüringen und Franzens in Braunschweig mit ihrer Opposition ganz anders umspringen.

Die Korruption in der NSDAP.

46 Nazis in Essen gründen eine Oppositionsgruppe, angewidert von dem korrupten Verhalten der Nazi-Führer

In Essen haben sich 46 Nationalsozialisten zu einer Ortsgruppe der Revolutionären NSDAP. (Richtung Otto Strasser) zusammengeschlossen. Mehreren Zeitungen haben sie die Neugründung mit dem Bemerken mitgeteilt, sie „bei eventuellen Pressepolemiken nicht mit der korrumpierten Ortsgruppe Essen der NSDAP. in einen Topf zu werfen".

Die Führer der Gruppe hatten vor einiger Zeit, angewidert durch dauernde Zechgelage und moralische Vergehen des Ortsgruppenführers der NSDAP. Zillens, eine Untersuchung gegen diesen Nationalsozialisten verlangt, die aber von der NSDAP.-Bürokratie brutal unterdrückt wurde. Ein nochmaliges Verlangen nach Reinigung wurde mit dem Ausschluß der Fragesteller beantwortet. Sie warfen dem Nazi-Führer Zillens unter anderem Unterschlagung von Versammlungsgeldern, Zechschulden usw. vor.

Um die Vernehmungen zu § 218

Sozialdemokratie verlangt, daß Frauen die beteiligten Frauen vernehmen — Antrag mit knapper Mehrheit abgelehnt

Der Hauptausschuß des württembergischen Landtages lehnte am Donnerstag den Antrag der Sozialdemokratie, bei polizeilichen Vernehmungen zu § 218 des Strafgesetzbuches weibliche Beamte zu verwenden und, falls solche nicht vorhanden, die notwendige Vorsorge zu treffen, mit acht gegen sieben Stimmen ab. Für den Antrag stimmten Sozialdemokraten, Kommunisten und Staatsparteiler.

Der Antrag war gestellt worden, weil die polizeilichen Vernehmungen der Frauen und Mädchen, die in das Verfahren gegen die Ärzte Wolf und Jakubowitsch verwickelt sind, in zahlreichen Fällen zu Beschwerden darüber geführt haben, daß die Polizeibeamten der Schwere dieser Dienstaufgaben und der auf ihnen ruhenden Verantwortung nicht gewachsen seien. — Staatspräsident Bolz machte zu dem Antrag der Sozialdemokratie geltend, daß die Polizei bisher weibliche Beamte nur in der Fürsorgearbeit, nicht aber im eigentlichen Polizeidienst verwendet habe. Die Angelegenheit würde jedoch weiter geprüft werden. Vorläufig würden bei der Vernehmung jugendlicher weiblicher Personen in der Regel Jugendfürsorgerinnen hinzugezogen.

Hugenbergs Kampf wider den Marxismus

und die angeblich „unter marxistischem Einfluß stehende Regierung Brüning" wirkt neuerdings selbst auf seine Freunde arrogant und lächerlich. So schreiben die „Leipziger Neuesten Nachrichten", ein Blatt, das bisher mit Hugenberg durch dick und dünn gegangen ist, zu dessen neuester Aktion gegen die Reichsregierung:

„Herr Hugenberg ist in all den Fällen, in denen er dem Reichskanzler ein Bein stellen wollte, selbst gründlich ausgerutscht. Mit seinem stürmischen Vorstoß hat er der Reichsregierung keinerlei Verlegenheiten bereitet. Er hat im Gegenteil Veranlassung gegeben, daß die Reichsregierung falsche Darstellungen Hugenbergs in aller Oeffentlichkeit berichtigen konnte. So hat er schließlich gerade das Gegenteil von dem erreicht, was er beabsichtigt hatte. Eine taktische Meisterleistung ist sein hastiger Sturmlauf wahrhaftig nicht gewesen."

Fürwahr ein Parteiführer, von dem man nur wünschen kann, daß er den Deutschnationalen noch recht, recht lange erhalten bleibt!

Er hat sich selbst gestellt

Am Donnerstag abend meldete sich der 27jährige Nationalsozialist Georg Kunze aus Berlin-Schöneberg bei der Staatsanwaltschaft in Berlin-Moabit und gab an, den Lehrling Ernst Nathan am Mittwoch abend in der Hauptstraße in Schöneberg in der Notwehr niedergeschossen zu haben. Kunze wurde daraufhin in Haft genommen.

Das Befinden des im Krankenhaus liegenden Lehrlings Ernst Nathan ist nach wie vor ernst.

Hoesch bei Briand

Paris, 12. März. (Eigener Drahtbericht.)

Der deutsche Botschafter in Paris v. Hoesch hatte am Donnerstag eine eingehende Unterredung mit dem Außenminister Briand. Der Botschafter berichtete ausführlich über die Eindrücke, die er in der vergangenen Woche während seines Aufenthaltes in Berlin gewonnen hat, während Briand ihm einen nicht minder ausführlichen Kommentar über das Flottenabkommen zwischen Frankreich, England und Italien gab.

Englands Industrielle für Schutzzoll

London, 12. März. (Eigener Drahtbericht.)

Der Bund der englischen Industriellen verlangt in einer Denkschrift als Mittel zur Beseitigung der Wirtschaftskrise Schutzzoll-, Steuerermäßigungen, Abbau der Löhne, der Arbeitslosenunterstützung und der sozialen Fürsorge. Bezeichnend ist, daß sich jetzt auch der bekannte liberale Wirtschaftspolitiker Professor Keynes zu einem, wenn auch zeitlich begrenzten Zollsystem bekennt.

Dauersitzung der französischen Kammer

Paris, 13. März. (Eig. Funkbericht.)

Regierung und Kammer haben geschworen, den Haushaltsvoranschlag für 1932 noch heute unter Dach zu bringen. Deshalb tagte die Kammer seit Donnerstag vormittag ununterbrochen und hat die letzten Arbeiten des Budgets in einer Nachtsitzung, die zur Stunde noch andauert, erledigt. Nur noch ein Kapitel ist in Ordnung zu bringen, die Konvention zwischen dem Staat und der bankerotten Luftverkehrsgesellschaft Aero-Postale.

Der französische Finanzminister über das Flottenabkommen

Paris, 12. März. (Eig. Drahtb.)

Ueber das zwischen Frankreich und Italien abgeschlossene Flottenabkommen, das hier im allgemeinen eine günstige Aufnahme gefunden hat, gab Marineminister Dumont am Donnerstag vor der Kammer eine recht optimistische Auskunft.

Dumont erklärte, daß die Flottenstärke Frankreichs nach dem Abkommen 628 600, die Italiens dagegen nur 395 000 Tonnen betrage. Die Ueberlegenheit Frankreichs belaufe sich also auf 240 000 Tonnen. In dieser Ziffer sind jedoch 80 000 Tonnen alter, längst überfälliger französischer Kriegsschiffe in Rechnung gestellt, die nach den Bestimmungen des Abkommens von Washington längst hätten abgewrackt werden müssen. In Wirklichkeit beträgt der Vorsprung der französischen vor der italienischen Flotte 145 200 Tonnen, und zwar 46 600 Tonnen für Linienschiffe, 22 100 Tonnen für Flugzeug-Mutterschiffe, 40 000 Tonnen für Kreuzer und Hochsee-Torpedoboote und 35 500 Tonnen für die U-Boote. Dazu kommt, daß sowohl England wie Amerika und Japan vorläufig zwar auf alle Einsprüche gegen das Abkommen verzichtet haben, aber den ausdrücklichen Vorbehalt machten, daß die Flottentonnage endgültig auf der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes festgesetzt werden müsse. England hat ferner in Paris offiziell erklären lassen, daß es die französische U-Boot-Flotte von 82 000 Tonnen für zu hoch halte.

Steuererhöhungen in Frankreich

Senat kürzt die Arbeitslosenhilfe

Paris, 11. März. (Eigener Funkbericht.)

Die Jahre des Ueberflusses scheinen für den französischen Staatshaushalt endgültig vorbei zu sein. Um das Defizit im Haushalt von 1931 zu decken, dessen Höhe über 1 Milliarde beträgt, hat sich die Regierung genötigt gesehen, trotz ihrer wiederholten feierlichen Versprechungen drei neue Steuererhöhungen vorzuschlagen. Es soll zunächst auf die Einkommensteuer ein Zuschlag von ½ Prozent erhoben werden, wodurch der Staatskasse 350 Millionen zufließen sollen. Die Stempelsteuer soll um ein Fünftel erhöht werden, was eine Mehreinnahme von 385 Millionen Franken ergibt. Eine dritte Steuererhöhung soll 380 Millionen Franken erbringen.

Inzwischen hat sich der Senat eifrig an die Vorprüfung des Budgets-Voranschlages herangemacht und hat ernsthafte Abstriche an den von der Kammer genehmigten Krediten vorgenommen. So wurde vor allem der 100-Millionen-Kredit für die Arbeitslosenhilfe, der auf Drängen der Sozialistischen Partei von der Kammer bewilligt worden war, auf 25 Millionen herabgesetzt.

Die englischen Konservativen für Frieden mit Indien

Im Unterhaus begann am Donnerstag nachmittag die mit großer Spannung erwartete Indiendebatte.

Als erster Redner erhob sich der konservative Führer, der zugleich alle Erwartungen enttäuschte. Der von seinem rechten Flügel zu Beginn der Woche gegen die Indienpolitik der Arbeiterregierung aufgepeitschte Baldwin fiel in seiner Rede wieder einmal um, diesmal aber auf die Seite der Regierung. Er erklärte, die konservative Politik sei unverändert. Die Konservativen stünden in der indischen Frage hinter der Regierung, von der sie wünschten, daß sie das begonnene Werk vollenden möge. Dabei würden sie der Regierung mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Kämpfe unter den Indern

Bombay, 12. März. (Eigener Drahtbericht.)

Anläßlich der Einweihung des der allindischen Bewegung zurückgegebenen Bombayer Vereinshauses kam es zu heftigen Kämpfen zwischen Anhängern Gandhis und der dem Friedensschluß abhalten und den Reden gefühlten Opposition. Die Radikalen hatten das Gebäude besetzt und eine rote Fahne gehißt. Erst nach dreistündigen Verhandlungen waren sie zum Abzug zu bewegen. Später kamen sie jedoch wieder. Es entstanden Kämpfe, bei denen 20 Personen verwundet wurden. Polizei mußte die Streitenden trennen.

Damit ist der Meinungsstreit im allindischen Lager zum erstenmal auf der Straße ausgefochten worden. Hinter Gandhi steht jedoch die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, die ihm überall einen triumphalen Empfang bereitet.

Stadttheater
Freitag, 20.15 — 22.45 Uhr
Der fliegende Holländer
Sonnabd., 20.15 — nach 22.30
Die Bohème
Sonntag, 15.30—18.15 Uhr
Der Zigeunerbaron
20.15— nach 22.30 Uhr
Madame Sans-Gêne

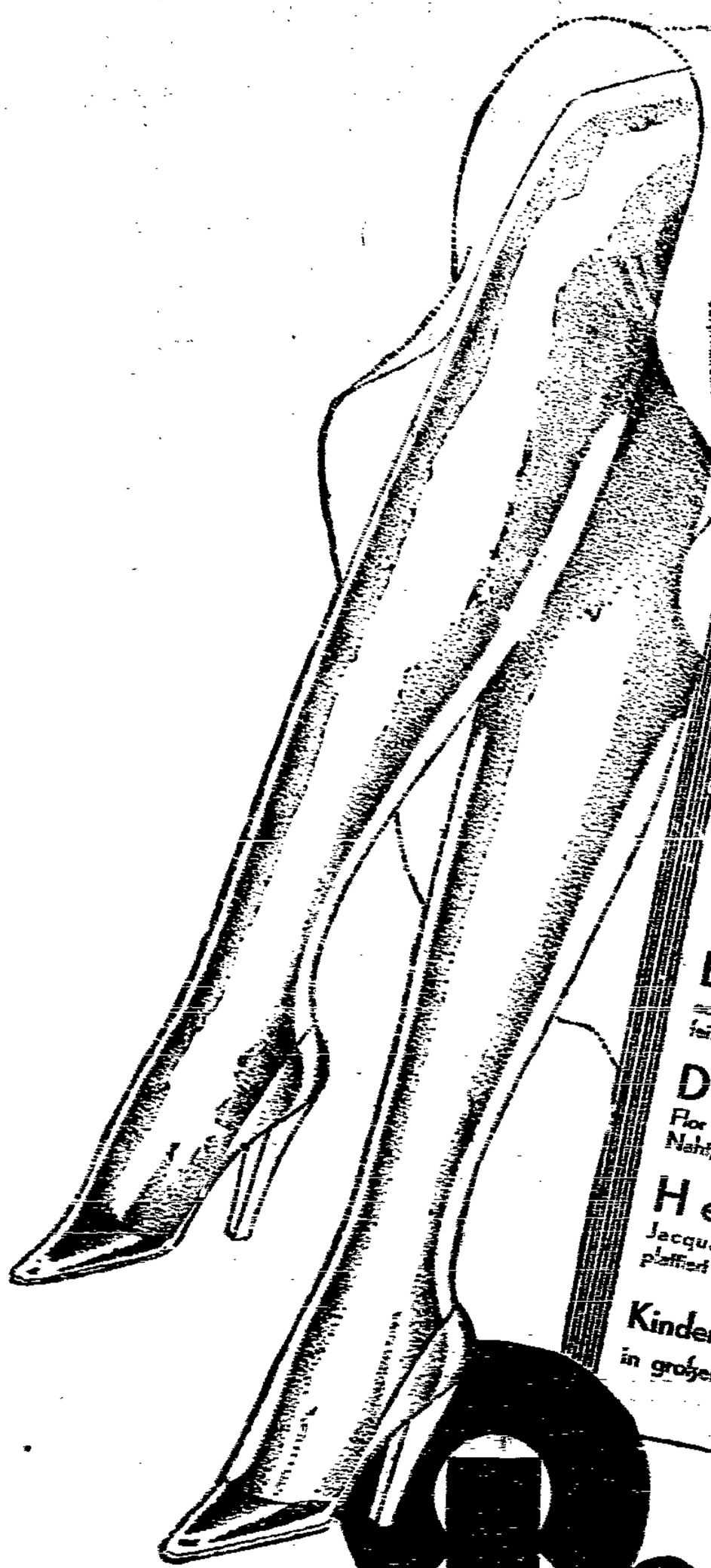
Lobe-Theater
Telefon 56747
Täglich 20.15—22.45 Uhr
Die Räuber
Sonntag, 15.30—17.45
Katharina Knie

Thalia-Theater
Täglich 20.15 — 22.30
Der ulkigste Lacher folgt!
Die spanische Fliege
Sonntag, 15.30—17.30
Roxy

LIEBICH
Tägl. 8½, Sonntag 4½ u. 8½
NONI
Heute Freitag u. morgen Sonnabend 4.30 Uhr
2 Nachmittags-Extra-Vorstellungen
mit **NONI**
und dem neuen Programm
Halbe Abendpreise!

Schauspielhaus
Operettenbühne Ruf: 36306
Heute Freitag, den 13. u. Sonnabend, den 14. März
Letzte 2 Gastspiele
Grete Sedlitz in
Drei Musketiere
(volkstümliche Preise)
Ab Sonntag, den 15. täglich 8 Uhr
Letzte 5 Volks-Vorstellungen
von
Drei Musketiere
zu noch ermäßigten Volkspreisen
II. Rang . . 0.50 M.
Parkett . . . 1.— M.
I. Rang . . . 1.50 M.
Sonntag, nachm. 4 Uhr:
Drei Musketiere

Circus Busch
Schau-Arena
Heute ringen
Alle Kämpfe
bis zur Entscheidung
Stoms — Eckenstein
Marunke — Petrowitz
Stichkampf:
Kamm — Thompson



Sonder-angebot: STRÜMPFE
Qualitäten, die Sie sich schon immer gewünscht haben . . .
Damen-Strümpfe künstl. Waschseide m. regulärer Naht, m. Doppelsohle, feinmaschig, neues Farbensortiment 0.85 **65 Pf.**
Damen-Strümpfe künstl. Waschseide, Goldstempel, mit Florsohle, Spitzferse und Zehenverstärkung, in allen Modefarben 1.75 **1.25**
Damen-Strümpfe echt ägyptisch Mako, farbig, mit regulärer Naht, feinfädig . . . . . 0.95 **50 Pf.**
Damen-Strümpfe Flor mit Seide, Goldstempel, mit regulärer Naht, Doppelsohle und Spitzferse . . 1.90 **1.45**
Herren-Socken Jacquard, moderne Dessins, z. T. mit K'seide plattiert . . . . . 0.75 **50 Pf.**
Kinderstrümpfe, Kniestrümpfe, Söckchen in großer Auswahl zu unerhört niedrigen Preisen!

Petersdorff

Inserate erzielen in dieser Zeitung größten Erfolg!

ATLANTIK
Tonfilmtheater — Gräbschener Straße 74
Anfang 4.30 Uhr — letzte Vorstellung 9 Uhr
Nur bis Donnerstag, den 13. März
bringen wir
Lilian Harvey / Willy Fritsch
in dem schönsten Tonfilm-Lustspiel
Einbrecher
Das Abenteuer einer stürmischen Liebe
Ein Film voll Humor und Witz, den niemand versäumen darf
Ferner:
Ida Jenschke / Micky Maus
Auf der Bühne:
?? Effy ??
der ägyptische Gaukler

WELT-BÜHNE
Friedrich-Wilhelm-Straße 35
W. 4. S. 3. letzte Vorst. 8½

ASTORIA PALAST
Fürstenstraße 31
W. 5. S. 3. letzte Vorst. 8½

Wiederum ein Programm, das nicht zu überbieten ist!
Ihre Lieblinge
Evelyn Holt
Wilh. Dieterle
Harald Paulsen
in
Eine Stunde Glück!
Ein schäumender Tonfilm aus der Welt eines großen Warenhauses
Musik: Jean Gilbert
Außerdem:
Der Satansreiter
Ken Maynards
sensationellstes und lustigstes Wild-West-Abenteuer

Ganz Breslau
spricht von dem Reklame-Verkauf der reinwollenen Kammgarn-Twill-Anzüge mit Ia Innenverarbeitung, die Mode-Farbe
ist blau
Sie erhalten diesen bei
Eugen Hamburger, nur Teichstr. 31
zum Preise von Mk. 34.-

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Zur Beachtung
und Matrizen, die innerhalb 14 Tagen nach Ablauf des Inseratens nicht abgeholt, kann eine Gewähr für Aufbewahrung nicht übernommen werden.
Verlag der Volkswacht

Lebensbilder
erzählt von Willy Cohn
Robert Owen
Preis 70 Pfennige
Buchhandlungen Volkswacht, Breslau

Der Wahre Jacob
Preis 30 Pf — Preis 30 Pf
Sozialdemokratisches Witzblatt
Zu haben in den Volkswacht-Buchhandlungen und bei den Zeitungsträgern

Schenke zu jeder Gelegenheit und Festlichkeit **billige und gute Bücher**
VOLKSWACHT-BUCHHANDLUNGEN
Neue Graupenstr 5 / Friedr Wilh Str 105 / Flurstr 4

Uhren u. Goldwaren
Spezialität
Fugenlose Trauringe
Paul Alter Junkernstraße 11 (vorm. Kirchstraße)

Für die Redaktion verantwortlich: Walter Zahnert; für die Anzeigen: Max Tedner. — Redaktion: Zeitungsplatz 5. — Druckerei: Zeitungsplatz 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Große Schuldebatte im Stadtparlament

Bürgerliche Parteien bewilligen Mittel für Breslauer Privatschulen – Der deutschnationale stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher leistet sich unerhörte Provokationen – Billiger Straßenbahnfahrpreis für Erwerbslose Sozialdemokratischer Dringlichkeitsantrag fordert Zurückziehung der vom Magistrat ausgesprochenen Kündigungen – Verbilligte Gasabgabe für Warmwasserbereitung und Raumheizung

Die gestrige Sitzung begann mit einem ehrenden Nachruf Vorstehers Bandmann für unsere so früh verstorbene Genossin Zils-Eckstein, die sich als Stadtverordnete und als Stadträtin ganz außerordentliche Verdienste um das besonders der ärmeren Bevölkerung der Stadt erworben Im Laufe der Sitzung wurde dann auch das Andenken des Stadtverordneten Cardocus durch den Vorsteher

Die Versammlung hat gestern dem sozialdemokratischen Antrag zugestimmt, wonach den Erwerbslosen in der verkehrsschwachen Zeit die Möglichkeit geboten wird, die Straßenbahn für 10 Pfennige zu benutzen. Auch der kommunistische Zusatzantrag, die Fahrpreisermäßigung auf die Autoomnibusse auszudehnen, wurde angenommen. Stadtrat Przybilla hatte den Antrag scharf bekämpft. Er malte ein großes Defizit an die Wand, während nach unserer Meinung die Einnahmen der Straßenbahn steigen werden, wenn in der Zeit, wo die Wagen leer fahren, den Erwerbslosen die Benützung der Bahn erlaubt wird. Hoffentlich überlegt es sich der Magistrat noch anders, als er es nach den Worten des Herrn Przybilla bisher hat.

Wir haben einen wundervollen Vorsteher-Stellvertreter, der schon Vorsteher gewesen ist. Herr Dr. Friedrich, der ist deutschnational, sollte sich eigentlich berufen fühlen, Anstand in der Versammlung zu achten, vor allem aber bei sich. Statt dessen rutscht er nicht selten sehr arg aus den Schuhen. Gestern handelte es sich wieder einmal um die Privatschulen, die jetzt mit Hilfe von Staat und Stadt erhalten werden, während bisher die Stadt allein dazu beitrug. Unsere Partei hat für diese Standesschulen nichts übrig, sie will, daß die Kinder in den öffentlichen Schulen unterrichtet werden. Genosse Fritz Pietsch legte den Standpunkt unserer Partei in klarer Weise dar, daß selbst der Zentrumsmann Sossinka Sachlichkeit anerkannte. Anders Dr. Friedrich. Er legte dar, daß die Sozialdemokraten in Sachen der Privatschulen immer die gleiche Grammophonplatte auflegen. Ein schlagfertiger Zwischenruf lautete dahin, daß Dr. Friedrich an seinem Grammophon nicht einmal den Stift wechsele. Als er dann mit falschen Zahlen operierte, erging ein neuer Zwischenruf, daß er wohl in der höheren Schule nicht richtig rechnen gelernt habe. Er geriet immer mehr und mehr außer Fassung und erhob den hundsgemeinen Vorwurf, Genosse Pietsch sei nicht durch ein Examen Rektor geworden, sondern durch sein Parteibuch. Die Gemeinheit liegt darin, daß Dr. Friedrich sehr gut wissen muß, daß ein Rektor ein Amt nicht besteht, sondern der geeignetste Lehrer einer Schule Rektorstelle erhält. Auch alle deutschnationalen Rektoren haben kein Examen gemacht. Unsere Genossen erhoben sich gegen diese Gemeinheit sehr energisch. Die Folgen waren Ordnungsrufe des Vorstehers Bandmann, erst gegen Dr. Friedrich, auch gegen einige unserer Genossen. Dem Staatsvertrage mit den Privatschulen stimmte die bürgerliche Mehrheit natürlich, obwohl sich alle Juristen einig waren, daß der Vertrag für die Stadt materiell ungünstig ist.

Einen Erfolg hatten unsere Genossen gestern noch mit einem Dringlichkeitsantrage, wonach die am 31. Dezember zum 31. März ausgesprochene Kündigung der städtischen Angestellten zum Zwecke des Gehaltsabbaues und der Personalverminderung zurückgenommen werden soll. Genosse Otte vertrat den Standpunkt, daß die von der Regierung geforderte Personalverminderung ebenso wie bei den Beamten nur im Rahmen des natürlichen Abganges erfolgen dürfe. Der Antrag wurde angenommen.

* * *

Die Sitzung wurde kurz nach 17 Uhr vom Stadtverordneten-Vorsteher Genossen Bandmann mit einem

Nachruf für die Stadträtin Genossin Zils-Eckstein

stehend den die Versammlung stehend anhörte. Vorsteher Bandmann würdigte das Streben und Sinnen der Verstorbenen für die Leidenden und für die Jugend und schloß seinen Nachruf mit der Feststellung, daß Klara Zils-Eckstein durch ihre Tätigkeit sich einen verdienstvollen Platz in der Geschichte der Stadt Breslau erworben hat.

Die Verhandlungen wurden dann mit der Einführung einer neuer bürgerlicher Stadtverordneter fortgesetzt. Nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen kam es zur Beschlußfassung über den Antrag zur Einführung eines

verbilligten Straßenbahnfahrpreises für Arbeitslose

Anlaß zu einer größeren Debatte, da Stadtrat Przybilla gegen den sozialdemokratischen Antrag sprach und die Versammlung um Ablehnung ersuchte. Zur Begründung führte er aus, daß sich bisher alle Städte gegen eine solche Einführung gewehrt hätten und nur in Dresden eine solche Fahrpreisverbilligung bestehe. Seine Feststellung, daß Dresden durch diesen Straßenbahnfahrpreis ein Defizit erzielt habe, veranlaßte einen sozialdemokratischen Stadtverordneten zu dem Zwischenruf, ob in Breslau ein Verkehrsrückgang nicht bereits eine Vergünstigung für die ärmsten Bürger zu verzeichnen habe. Darauf ging aber Stadtrat Przybilla nicht ein, sondern wies darauf hin, daß der Selbstkostenpreis für jede Straßenbahnfahrt [illegible] Pfennige betrage und jetzt bereits 40 Prozent der Straßenbahnbenutzer weniger als die Selbstkosten bezahlen. Sollte der Antrag der Sozialdemokraten angenommen werden, dann müsse die Verwaltung für den durch die Verbilligung entstehenden Ausfall bei den kommenden Haushaltsberatungen einen Deckungsvorschlag einbringen, der Abschaffung der Sechserkarten und Erhöhung des Umsteigefahrscheines um [illegible] Pfennige vorsehen würde. (Zuruf: „Preisabbau!")

Stadtv. Nitschke (Soz.) wies darauf hin, daß die Einwendungen nicht anzuerkennen seien und daß es auch nicht vorkommen sei, daß die Straßenbahnschaffner nun etwa den Andrang nicht werden bewältigen können. So wie sich der Dezernent die Sache vorstellt, daß nun etwa die Arbeitslosen den ganzen Tag auf der Straßenbahn herumfahren würden, ist es ja nicht.

Auch Stadtv. Fritz Pietsch (Soz.) wandte sich gegen die Argumente des Dezernenten und bezeichnete seine Politik als

eine Schildbürgerei.

Der Stadtrat komme nicht ins Zuchthaus, wenn er einen solchen Versuch durchführe, der keinerlei neue Ausgaben bedingt, aber immerhin Einnahmen schafft.

Der sozialdemokratische Antrag wurde anschließend mit der Einschränkung angenommen, daß die Vergünstigung für die verkehrsarme Zeit eingeführt werden soll.

Den kommunistischen Zusatzantrag, die Vergünstigung auch auf die Autobusse auszudehnen, lehnte die Versammlung mit 41 Stimmen gegen Sozialdemokraten und Kommunisten ab.

Die Kündigungen des Magistrats

Im Laufe der Sitzung kam auch folgender

sozialdemokratischer Dringlichkeitsantrag

zur Verhandlung:

Der Magistrat wird ersucht, die am 31. Dezember 1930 für den 31. März 1931 ausgesprochenen Kündigungen wieder zurückzuziehen und bei den etwa durch die Aufsichtsbehörden erzwungenen Kündigungen den Familienstand der zur Entlassung kommenden Personen zu berücksichtigen.

Stadtverordneter Otte begründete den Antrag mit dem Hinweis, daß es doch notwendig sein wird, nochmals zu prüfen und daß eine zehnprozentige Einsparung des Personalstandes nur in der Form des natürlichen Abganges, nicht aber durch Entlassungen denkbar sein kann.

Verwaltungsdirektor Hauschild erklärte, daß ein Teil der vorsorglich ausgesprochenen 100 Kündigungen werde zurückgenommen werden können.

Stadtverordneter Riedel (Deutschnat.) verlangte eine Vertagung des sozialdemokratischen Antrages, sein entsprechender Antrag wurde aber abgelehnt und der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Doppelverdiener in städtischen Diensten

Drei Redner der Zentrumspartei sprachen zu einem Zentrumsantrag über Erhebungen, wieweit in städtischen Diensten stehende Personen noch Nebeneinkommen haben.

Stadtverordneter Adelt (Komm.) meinte, daß sich dieser Antrag hauptsächlich gegen die Arbeiter richte, denn gegen die hohen Beamten könne die Stadt ja kaum viel unternehmen. Auch Verwaltungsdirektor Hauschild ging in längeren Ausführungen auf die Frage ein und Stadv. Behringer (Volkspt.) sprach ebenfalls dazu. Für die Sozialdemokratie gab Stadtverordneter Karl Pietsch die Erklärung ab, daß sie den Antrag billige. Wenn sich der Geschäftsvereinfachungsausschuß die Arbeit so einfach macht, daß er auf Anfragen überhaupt nicht reagiert, dann sei eine Beratung eben einmal im Ausschuß 8 anzuregen. Der Antrag wurde angenommen.

Um die teuren Privatschulen

Zu einer großen Debatte, die mit einer unerhörten Provokation durch den deutschnationalen Redner und stellvertretenden Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Friedrich endete, kam es bei der Beratung der Vorlage eines Vertrages, den die Stadt mit dem preußischen Staat zur Sicherung der Privatschulen abschließen soll. Stadtv. Fritz Pietsch (Soz.) kennzeichnete den Zweck dieses Vertrages und gab für die Sozialdemokratische Fraktion die Erklärung ab, daß sie

dieser Unterstützung der Privatschulen ihre Zustimmung versagen muß.

Aus grundsätzlichen Erwägungen heraus, sowohl als auch aus der Tatsache, daß der Vertrag dazu führen wird, die Stadt zu Zuschüssen zu zwingen, deren Höhe noch gar nicht abzusehen ist.

Zu einer Zeit, in der bei den Volksschulen die Klassenfrequenz und die Pflichtstundenzahl der Lehrer erhöht werden soll, zu einer Zeit, in der der Kämmerer noch über die Sparmaßnahmen hinauszugehen gedenkt, die die Staatskommissare für die öffentlichen Schulen angeregt haben, können unmöglich noch höhere Ausgaben für die privaten Schulen beschlossen werden.

Nachdem erst die „Schles[illegible] Zeitung" in diesen Tagen vom Sparen geschrieben hat, weil ihre Parteigänger an einige Futtertrippen nicht so herangekommen sind, wie sie sich das dachten, kommen nun die Leute mit der Sparrtrompete wieder, und wollen den Privatschulen neue Zuschüsse zuschanzen.

Nachdem Herr Thum (Dnat.) gesprochen und Stadtv. Sossinka (Ztr.) erklärt hatte, daß die Stadt eigentlich noch ein gutes Geschäft mit diesem Vertrage mache, ging Stadtv. Karl Pietsch (Soz.) noch etwas näher auf den Vertrag ein, der dazu führen soll, daß die Stadt die Verhältnisse der Vorkriegszeit in Form der Ruhegelder für die Unterrichtenden der Privatschulen übernehmen soll. Bei jeder Gelegenheit wird seitens der Bürgerlichen der Schrei laut, daß nichts so billig wäre, wie die Privatwirtschaft, auf kulturellem Gebiete aber ist man wieder einmal dabei,

der Kommune alle Lasten solcher Privatwirtschaft aufzuladen.

Hier scheint der Zentrumsgeist des Herrn Stadtrat Przybilla nicht mitgewirkt zu haben, der es eben für undurchführbar hielt, daß der Straßenbahnpreis für die Arbeitslosen gesenkt wird. Wenn der geplante Abbau bei den öffentlichen Schulen Wirklichkeit werden soll, dann wird das neunte Schuljahr benötigt werden, um die Schüler auf den Bildungsstand zu bringen, zu dem bisher acht Jahre erforderlich waren. Unter solchen Verhältnissen ist es eine für die Sozialdemokraten unannehmbare Zumutung, nun den Privatschulen neue Zuschüsse zu geben.

Nunmehr verlangte Dr. Friedrich das Wort und bezeichnete die Ausführungen der Sozialdemokratie als eine alte Grammophonplatte. Seine demagogischen Ausführungen gipfelten schließlich in der selbstüberheblichen Feststellung, daß er durch Examen das geworden sei, was er ist, während Pietsch dem er auf einen Zwischenruf antwortete, seine heutige Stellung durch sein Parteibuch erhalten habe.

Auf der Linken erhob sich darauf ein

Proteststurm,

und als es Rufe wie „Frechheit" hagelte, rief Stadtverordneten-Vorsteher Bandmann den Stadtv. Karl Pietsch wegen eines solchen Zurufes zur Ordnung. Als der Stadtverordneten-Vorsteher den deutschnationalen Redner zur nochmaligen Darstellung seiner Ausführungen aufforderte, versuchte dieser anfänglich zu kneifen und neue Protestrufe wurden auf der Linken laut. Auch Herr Friedrich erhielt aber schließlich einen Ordnungsruf.

Nachdem Stadtv. Heilberg (Staatspartei) die juristische Seite des Vertrages als nichts weniger als glücklich bezeichnet hatte, gab Stadtverordneter Fritz Pietsch (Soz.) die Erklärung ab, daß sich die Rechte des Hauses in gemeinsten persönlichen Angriffen ergeht, weil die Sozialdemokratie es für ihre Pflicht erachtet, die Oeffentlichkeit auf die rücksichtslose Verschleuderung der Steuern der Bürgerschaft aufmerksam zu machen. Die Verdächtigungen des deutschnationalen Redners kennzeichnen den

Selbstdünkel des Akademikers,

für den alles, was nicht Akademiker ist, als Plebs gilt. Der Angriff auf die einzelne Persönlichkeit hat wieder einmal gezeigt, wie wenig angenehm es diesen Kreisen ist daß heute auch ein tüchtiger Mensch der Sozialdemokrat ist, etwas werden kann, im Gegensatz zu der Zeit, wo ein Sozialdemokrat nicht einmal Nachtwächter werden konnte. Die andern wurden damals angeblich immer nur auf Grund ihrer Tüchtigkeit etwas. Zu dem persönlichen Angriff erklärte Genosse Pietsch, daß er zwar Rektor ohne Examina geworden sei, daß aber seine Wahl in der Schuldeputation und im Magistratskollegium einstimmig, also auch mit Zustimmung der deutschnationalen Vertreter im Magistrat erfolgt ist.

Stadtverordneter Karl Pietsch frug schließlich den Vorsteher noch, ob ein Stadtverordneter die Ausführungen eines Redners nicht als frech bezeichnen darf, selbst wenn dies zutreffend ist. Besonders kennzeichnete er nochmals die Zumutung, daß die verarmte Stadt auch für die von außerhalb in die Privatschulen kommenden Schüler die Unkosten tragen soll.

Nach weiteren Debatten wurde die Vorlage gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Akademischer Ehrenkodex

Her Doktor Friedrich, den jeder kennt,
Empfahl sich gestern im Stadtparlament
Allen anwesenden Herren und Damen
Als ein Mann mit zwei richtigen Staatsexamen.
Wie immer als überheblicher Lektor
Behauptete er, Fritz Pietsch, der Rektor,
Hätte kein richtiges Examen gemacht,
Er hätte alles mit dem Parteibuch gemacht.

Herr Friedrich ist sicher Korpsstudent,
Und da gibt es einen ganz besonderen Comment.
(Comment sprich Kommang, so recht durch die Nase,
Das ist der Ton der feinen Blase.)
Und dieser Comment nun, wie gesagt,
Erfordert stets viel Mut und Takt.

Da fragt Herr Bandmann den redenden Wüterich,
„Haben Sie das wirklich gesagt, Herr Friederich.
Da wich der tapfere Doktor aus,
Er redet herum und redet sich aus.
Er setzt vor Verlegenheit sich fast auf den Podex.

Wo bleibt, Herr Friedrich, Ihr Ehrenkodex?
Der von Ihnen fordert, wie bereits gesagt,
In allen Fällen Mut und Takt?

Ich glaube, meine Herren und Damen!
Trotz der betonten zwei Staatsexamen,
Den Codex hat er doch nicht begriffen,
Er hat gekniffen.

Hofy.

Billigeres Gas

für Warmwasserbereitung und Raumheizung

Ein Magistratsantrag, Gas für Warmwasserbereitung und Raumheizung zu 13 und 11 Pfennigen abgeben zu dürfen, wurde vom Ausschuß zur Annahme empfohlen. Stadtv. Otte (Soz.) begründete einen Zusatzantrag, in diese Vergünstigung auch die Wohnungsinhaber einzubeziehen, die keinerlei Kohlenkocheinrichtung haben und lediglich auf Gas angewiesen sind. Der Antrag wurde mit dem Zusatz angenommen.

In diesem Zusammenhang rechnete Stadtv. Fritz Pietsch nochmals mit den Sensationsmethoden der Volkspartei und ihres Herrn Zemma ab, der in der letzten Versammlung die Behauptung aufgestellt habe, daß die städtischen Werke 5000 Warmwasserbereiter gekauft hätten, die überhaupt nicht abzusetzen seien. Pietsch bemängelte daß dieser ganz unbegründete Angriff vom Magistrat nicht mit der genügenden Schärfe zurückgewiesen worden sei, obgleich er dazu angetan war, die Kreditfähigkeit der Stadt zu schädigen. Da Stadtv. Zemma seine damaligen Ausführungen abzuschwächen versuchte, verlas Stadtv. Pietsch noch das Protokoll und stellte fest, daß seiner Auffassung nach ein Unterschied zwischen einem gewählten Vertreter der Bürgerschaft und einer Wochenzeitung bestehe.

Weiter wurde noch ein Dringlichkeitsantrag des Magistrats angenommen, wonach alle Zahlungen zur Fortführung der städtischen Einrichtungen vom Beginn des Rechnungsjahres 1931 geleistet werden dürfen, trotz der späteren Feststellung des neuen Haushaltsplanes.

Die Versammlung erledigte dann noch

eine Reihe kleiner Vorlagen

und beschloß unter anderem die Beschaffung von 2000 Laternen

drudreglern, die Verbesserung der Grünanlagen in der Siedlung Zimpel, den Neubau einer massiven Brücke über die Weistritz bei Goldschmieden und die Einführung eines zweiten Pferdemarkttages.

Die vom Magistrat beantragte Festsetzung der Mieten und Eintrittsgelder für die städtischen Spiel- und Sportanlagen und die Sommerbäder wurde trotz des Widerspruchs der Sozialdemokraten von den Bürgerlichen nochmals in den Ausschuß verwiesen.

Bierpreis im Schweidnitzer Keller

Auch der Bierpreis im Schweidnitzer Keller gab wieder zu einer kleinen Debatte Anlaß. Da die letzte Stadtverordnetenversammlung die Preiserhöhung abgelehnt hatte, ersuchte nun der Magistrat einen Ausschuß zu wählen, der in Zukunft für die Versammlung diese Frage erledigen soll.

Stadtv. Darf (Soz.) wies darauf hin, daß sich diese Vorlage gegen die Stadtverordnetenversammlung richte. Stadtrat Przybilla gab eine Erklärung ab, daß in dieser Frage endlich Ordnung geschaffen werden müßte, weil durch die Einführung kleinerer Gläser ein Umsatzrückgang zu verzeichnen sei, der sich auch in der Pacht auswirken würde. Diese Ausführungen gaben dem Stadtv. Stepe (Soz.) Veranlassung, die Frage aufzuwerfen, ob eine Nichtgenehmigung der Preiserhöhung auf dem Umwege über die Mengenbeschränkung dennoch durchgeführt werden dürfe und bezeichnete dieses Vorgehen als eine Unverfrorenheit. Auch Stadtv. Darf wies den Stadtrat auf seine Neareßpflicht hin, die sich aus seiner Zustimmung zu einer solchen Maßnahme ergeben kann. Die Vorlage wurde von der Mehrheit angenommen.

Im Laufe der Sitzung widmete Stadtverordneten-Vorsteher Sandmann auch dem verstorbenen ehemaligen Stadtverordneten Cardocus einen Nachruf.

Schluß der öffentlichen Sitzung 21½ Uhr.

Es folgte noch eine längere Geheimsitzung.

Achtung, rechts um!

Maschinengewehrfeuer als akustische Funkkulisse

War das schön am Mittwoch abend im Rundfunk. Eine geschlagene Stunde: Maschinengewehrtacken, Knochenzusammenreißen, Bauch rein! — Brust raus! und zum Schluß ein richtiger Zapfenstreich. Sie meinen, das sei nicht aktuell und der Exerzierfeldwebel nicht funkgerecht? Bitte sehr: Der Reichswehretat steht im Reichstag zur Debatte und darum — frisch auf Kameraden! — hat auch der emsige Funkreporter ein altverbrieftes Recht, eine militärische Abendfeier auf dem Karlowitzer Kasernenhof zu inszenieren. Und was auf ihm herumsockte, vom Gefreiten aufwärts bis zum Herrn Major persönlich, war sich der Bedeutung dieses Augenblicks voll bewußt und ließ manches markige Wort zwischen die völkerverbindenden Aetherwellen fließen. Es ist ein unter Rundfunkhörern beliebtes Gesellschaftsspiel „blind“ zu hören, d. h. ohne Kenntnis des Vortragenden aus seinem Vortragston seinen Beruf zu erraten. Hier hörte man das Monokel in der Kehle und in dem metallischen: Eins — zwei — drei — vier ... schwang das Schanzzeug, die Gasmaskenbüchse, der ganze schöne Kriegsbehang buchstäblich mit. Also ein funkisch durchaus geglückte Reportage im Takt des schönen Wiegenliedes: „Kein schön'rer Tod gibt's auf der Welt, als vor dem Feind zu sterben!“

Haben wir das nötig? Hat der Rundfunk so was nötig, um sich neue Freunde zu werben? Wer einmal bei den Preußen war, dem stehen die schönen Stunden auf dem Kasernenhof auch ohne solches Funkpalaver unvergeßlich in Erinnerung. Und wer nicht dabei war, muß dem der Rundfunk Stoff für schlechte Träume geben? Doch im Ernst. Diese Uebertragung war nicht nur überflüssig, sie war verletzend — ein paar Tage nach dem Volkstrauertag für die Gefallenen des Weltkrieges. Manche Mutter wird bei diesem, als interessante Finesse durch den Sender gestreuten Maschinengewehrfeuer an ihren Sohn gedacht haben, der irgendwo im Massengrabe liegt.

Immerhin hat eine solche Veranstaltung auch ihr Gutes. Der Militarismus in Reinkultur, den die Menschen in ihrer Erinnerung so gern ein bißchen verniedlichen, hat sich präsentiert mit Maschinengewehrgeknatter und entwürdigenden Anschnauzern. Der Geist, der heute in Kasernen weht, hat sich dokumentiert in den fröhlich-läppischen Bemerkungen des Leutnants auf die kritische Frage, welche Zeitungen wohl heute einer Reichswehrkaserne würdig sind, es sind die, „die über den Soldaten mal was Nettes schreiben!“ Wir haben eben im Reichstag gehört, wie der volksparteiliche Abgeordnete Cremer darüber Klage führte, daß in den Mannschaftsstuben nur die rechtsradikale Presse ausliegt. Da schreibt man mal „was Nettes“ über die Soldaten, da entwickelt man mit Kriegshetze ein „Arbeitsprogramm für die Reichswehr! Hat man übrigens jemals bei der Uebertragung aus einer Fabrik den Arbeiter nach seiner politischen Lieblingslektüre gefragt? Man hütet sich peinlich, denn die Rechtsopposition könnte ja an den Antworten Anstoß nehmen. Aber der Soldat ist ja der erste Stand im Staate. Also kann man hoffen, daß in einigen Jahren die Freiheit, seine parteipolitischen Sympathien ungeschminkt im Rundfunk zu äußern, vielleicht doch noch bis zu unserem vierten Stand durchdringt. Wenn nur aber der Arbeiterschaft inzwischen die Geduld reißen sollte?

Das erste Arbeitslosenkonzert

Der große Konzerthaussaal sah gestern zum ersten Male auf Grund eines dankenswerten Entgegenkommens der Schlesischen Funkstunde und der Schlesischen Philharmonie die Arbeitslosen zu einem unentgeltlichen Konzert zusammen. Die Stabführung hatte der in den weitesten Kreisen der Breslauer Bevölkerung beliebte und geschätzte Hermann Behr. Kapellmeister und Orchester gaben die einzelnen Konzertstücke mit derselben Liebe und Hingabe, die auch sonst von ihnen vor zahlungsfähigem Publikum bekannt sind.

Aus dem Programm nennen wir: „Die Meeresstille und glückliche Fahrt“ von Mendelssohn, Violin-Solo mit Orchesterbegleitung von Saint Saëns (die Solis gab Konzertmeister Schitzer), „Die Unvollendete“, Sinfonie von Schubert in H-moll, Ouvertüre zu den „Lustigen Weibern von Windsor“, Peer Gynt Suite II, Zwei ungarische Tänze. Aus der Walküre „Wotans Abschied und Feuerzauber“.

Beklagt zu werden verdient nur, daß einige Plätze frei blieben, daß also Karteninhaber nicht erschienen waren, obwohl die Nachfrage von Hunderten anderer, die gern das Konzert besucht hätten, nicht befriedigt werden konnten.

Den Veranstaltern ist jedenfalls für ihr [illegible] Vorgehen auf diesem Gebiete, den Arbeitslosen in ihrer Trostlosigkeit auch gute Konzertgenüsse zu verschaffen, bestens zu danken, und es wäre nur zu wünschen, daß auf diesem Wege weiter fortgeschritten würde und andere dem guten Beispiel folgen würden.

Den wöchentlichen Kinobesuchern im
Arbeiter-Kino
Margaretenstr. 17
gute Filme
[illegible]
niedrige Preise

Nur noch heute, 5 und 8 Uhr
Irrwege der Leidenschaft
Auf der Bühne: [illegible]
Das Schiff der verlorenen Menschen

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat
Gewerkschaftshaus, Zimmer 167—170
Telefon Nummern 59060 — 59061.
Geöffnet außer Sonnabend von 9—1 und 4—7 Uhr

Distrikt 22. Montag, den 16. März, im Schultheißstübel, Weißenburger Straße 17, Frauenversammlung. Genosse Exner ist mit den Kinderfreunden anwesend, die uns durch Vorträge usw. unterhalten werden. Nachbardistrikte sind eingeladen.

Distrikt 46. Sonnabend, den 14. März, 20 Uhr, bei Mebler, Hubenstr. 95, Funktionär- und Vertreterversammlung.

Distrikt 48. Sonnabend, den 14. März, 20 Uhr, bei Jakubik, Mariahöfchen, Distriktsversammlung. Redner Lehrer Schirdewan. Eltern schulpflichtiger Kinder sind besonders eingeladen.

Distrikt 47. Freitag, den 13. März, Frauenversammlung bei Engwicht, Schmiedefeld. Referent Genosse Schiffer. Gäste willkommen.

Sozialistischer Kampfbund

5. Stiftungsfest. Am Sonnabend, den 14. März, findet im „Bergkeller“ das 5. Stiftungsfest statt. Zur Verschönerung des Festes haben sich die Jungsozialisten, Freie Arbeiter-Mandolinenvereinigung usw. bereiterklärt, mitzuwirken. Freunde und Gäste des SKB. sind freundlichst eingeladen. Einlaß 19 Uhr. Anfang 20 Uhr.

Jiu-Jitsu-Kämpfer und Sportler. Freitag abend ½8 Uhr Generalprobe der Genossen, die Sonnabend mitwirken. Turnhosen sind mitzubringen.

Abteilung Ost. Genossen, die Karten für unser Stiftungsfest sind heute abend in der Zeit von ½6 bis 7 Uhr bei dem Genossen Menge, Königgrätzer Straße 3, abzurechnen.

Sozialistische Studentenschaft

Wir weisen auf das SKB.-Fest hin, das am Sonnabend, den 14. März, im „Bergkeller“ stattfindet.

Sozialistische Arbeiterjugend

Für alle. Heute im Thaliatheater. Heimabende fallen aus.
Sangkreis. Sonnabend 20 Uhr in der Magazinschule.
Ohlaute. Bringt die Anmeldungen zu den Autofahrten.
Heim 1. Sonntag von 7 Uhr ab in der Matthiaskunst.
Heim 3 und Rote Falken 3. Sonntag 18½ Uhr im Gewerkschaftshaus: Wir fabrizieren Gas. Theaterspieler: Nachmittags 15 Uhr ist alles im Heim.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell

FGJ. Sonntag sind wir im Theatersaal des städtischen Jugendheims an der Matthiaskunst. Es gestaltet der Baugewerksbund. Beginn 20 Uhr. Eintritt 10 Pf.

Buchbinderjugend. Sonnabend 19 Uhr im Heim Gewerkschaftshaus: Technischer Abend.

Sattler- und Tapeziererjugend. Sonnabend 20 Uhr im Heim Gewerkschaftshaus: Wie lese ich eine Wanderkarte.

Metallarbeiterjugend. Spielgruppe: Sonntag proben wir ab 16 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Spielgruppe „Junge Gewerkschaft“. Sonntag ab 17 Uhr im Gewerkschaftshaus Probe.

Fabrikarbeiterjugend. Montag 20 Uhr im Heim Gewerkschaftshaus: Gefahren der Arbeit (Unfälle).

Graphische Jugend. Montag 20 Uhr im Heim Gewerkschaftshaus: Eine Reise durch Bulgarien (Lichtbilder).

Nahrungsmittelarbeiterjugend. Sonntag bei günstigem Wetter Radtour. Treffen 7 Uhr früh Trebnitzer Platz. Ab 16 Uhr Sprechchorprobe.

Freidenkerjugend

Heute 20 Uhr Christophoriplatz an der Ausstellungshalle. Wir besichtigen die Ausstellung des Malers Otto Nagel.

Gruppe Süd. ½20 Uhr an der Tonstelle. Wir gehen gemeinsam zur Nagel-Ausstellung.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter-Kinderfreunde

Bezirkskonferenzdelegierte sind heute 21 Uhr im Heim Büttnerstraße. Alle Abteilungen sind gebeten, zur Konferenz die Fahnen mitzubringen.

Abteilung 8 (Strehlener Tor). Rote-Falken-Helfer heute 18 Uhr zu wichtiger Besprechung in der Baracke.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Dienstag, den 17. März, Severingkundgebung. Eintrittskarten zum Preise von 20 Pf. für Mitglieder und für 10 Pf. für erwerbslose Mitglieder sind im Büro zu holen. Es erfolgt geschlossener Anmarsch. Antrittszeiten werden noch bekanntgegeben. Ueberall muß auf die Kundgebung hingewiesen werden. Der Kampf in Preußen hat begonnen.

Abteilung Süd (Schufo). Unser Antreten Sonnabend, den 14. März, in der Turnhalle fällt aus.

Abteilung Tschansch (Banner Brockau, Treschen, Tschansch). Sonnabend, den 14. März, 19.30 Uhr, treten nur die Schufokameraden bei Keppler in Uniform an.

Jungbanner Süd (Frank). Sonnabend, den 14. März, 20 Uhr, Antreten in der Yorckschule.

Banner Brockau. Heute Freitag 20 Uhr im Lokal von Tietz, Volksgarten, Zug- und Gruppenführersitzung.

Banner Carlowitz. Morgen Sonnabend 20 Uhr wichtige Mitgliederversammlung bei Mantel. Alles muß erscheinen.

Banner Rosenthal. Wir nehmen morgen geschlossen an der 20 Uhr bei Mantel in Carlowitz stattfindenden Mitgliederversammlung teil.

Vereinskalender

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen. Freitag, den 13. März, 19.30 Uhr, Zimmer 10.

Heizungsmonteure und Helfer. Sonnabend, den 14. März 19.30 Uhr, Zimmer 9. Vortrag des Genossen Dr. Oppler über: „Der Laie in der Gerichtsbarkeit“. Jeder Kollege besuche diese interessante Versammlung.

Schmiede und Kesselschmiede, die bei LHWB. beschäftigt waren. Sonntag, den 15. März, vormittags 11 Uhr, bei Hilbig, Fischergasse 24, wichtige Versammlung. Tagesordnung: 1. Auflösung der Sterbekasse und Beschlußfassung über die Verwendung der vorhandenen Gelder. 2. Verschiedenes.

Dreher und Revolverdreher. Mittwoch, den 18. März, 19.30 Uhr, Zimmer 10. Vortrag des Genossen Redermann über „Freidenkertum und Arbeiterschaft“.

Autoschlosser. Mittwoch, den 18. März, 19.30 Uhr, Zimmer 5.

Former und Berufsgenossen. Donnerstag, den 19. März, 19.30 Uhr, Zimmer 3.

Maschinen- und Konstruktionsschlosser. Donnerstag, den 19. März, 19.30 Uhr, Zimmer 6.

Installateur-Lehrlinge. Donnerstag, den 19. März, 19.30 Uhr, Gewerkschaftshaus, Gartenhaus Zimmer 143 (Keller).

Elektriker. Sonnabend, den 21. März, 19.30 Uhr, Zimmer 3, wichtige Versammlung. Vortrag des Genossen Tschirner über „Freidenkertum und Arbeiterschaft“. Die Frauen sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

Schiffbauer. Sonnabend, den 21. März, 19.30 Uhr, Zimmer 10.

Schweißer und Brenner. Die Branchenversammlung muß diesen Monat wegen Raummangel ausfallen. Wir machen auf die am 29. März stattfindende Besichtigung der Funkstunde aufmerksam und bitten, schon jetzt dafür zu werben. Nähere Bekanntmachung erfolgt noch. Die Ortsverwaltung.

Abteilungs-Mitglieder-Versammlungen

Freitag, den 13. März, 20 Uhr:

Südwest bei Barner, Gabitzstraße 22. Referent: Genosse Kreist. Funktionäre bereits ½7 Uhr.

Ohlauer Tor in der [illegible] Gemeinde, Grünstraße. Referent: Genosse Ranisch.

Gräbschen-Kleinburg in Seiboth-Gaststätte, Rhedigerstraße. Referent: M. E. [illegible].

Die Funktionäre treffen sich zu einer Besprechung eine Stunde vor der Abteilungsversammlung.

Thema: Stellungnahme zum Bezirksparteitag
Wahl der Delegierten

Heute 20 Uhr:

SPD.-Beamtenversammlung

Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses. Referent Genosse Fritz Pietsch.

Thema: Der Kampf um die Selbstverwaltung.

Köpfe im Reichstag

Reichstagsabgeordneter Genosse Pohle vor der Arbeiterjugend

Mittwoch abend fand im großen Saale der Matthiaskunst eine zentrale Veranstaltung der Sozialistischen Arbeiter-Jugend Groß-Breslau, in welcher Reichstagsabgeordneter Genosse Kurt Pohle-Striegau über obiges Thema referierte, statt. Nach dem Liede „Hebt unsere Fahnen in den Wind“ eröffnete Genosse Kitzmann die Veranstaltung. Dann nahm der Referent das Wort. Wenn jeder Abgeordnete, der nur in den Reichstag kommt, doch 60 000 Stimmen der Wähler hat, so müßte man doch annehmen, daß jeder sein Können zum Besten des Volkes in die Wagschale zu werfen hat. Daß es nicht so ist, bewiesen die Ausführungen des Redners, der in launiger und doch sachlicher Weise die markantesten Köpfe in unserem Reichstag charakterisierte. Daß dabei die Galerie der Nazi-Abgeordneten nicht zum besten abschnitt, sei nur am Rande vermerkt.

Der Redner ging dann noch zum Schluß auf einige Dinge in Italien ein, wo er den Eindruck gewonnen hatte, daß er sich in einem Zuchthausstaat befand, wo durch Verfügung von Polizeien jedem Menschen, der nicht ganz dem faschistischen Regime sich beugt, die Lebensmöglichkeiten genommen sind. Wir dürfen also unsere Demokratie auf keinen Fall freiwillig hergeben, denn wo der Kapitalismus keinen Mussolini vorfindet, da schafft er sich einen. Daher gibt es nur eines: Solidarität unter dem arbeitenden Volk.

Nach einigen geschäftlichen Bekanntmachungen wurde die Versammlung mit dem Liede „Dem Morgenrot entgegen“ geschlossen.

Von der Straßenbahn umgerissen

An der Ecke [illegible] / [illegible] riß gestern Abend ein Straßenbahnzug den Referendar K. aus der [illegible]straße um, der auf der Straße entlang ging und trotz andauernden Läutens des Straßenbahnführers nicht die Fahrbahn freigab. Er stürzte so unglücklich, daß er bewußtlos liegen blieb und in das [illegible]-Hospital gebracht werden mußte, wo neben einer Kopfverletzung auch eine Gehirnerschütterung festgestellt wurde.

Folgen der Glätte

Am Mittwoch vormittag stürzte der [illegible] H. aus der [illegible]straße infolge der Glätte so unglücklich, als er an dem Grundstück [illegible] 19 vorbeiging, daß er einen [illegible] erlitt und mit einer Tragbahre, die aus dem Arbeitsamt herbeigeholt wurde, in das Augusta-Hospital gebracht werden mußte. Hier stellte der Arzt einen [illegible] fest.

Der Mann mit der Maske

Wild-West in der [illegible]straße

Ein recht eigentümliches Abenteuer spielte sich gestern abend kurz vor 19 Uhr im Hause [illegible] 43 ab. Im zweiten Stockwerk wurde um diese Zeit an der Wohnungstür des Ingenieurs Sch. geklingelt und als der Wohnungsinhaber persönlich öffnete, sah er sich einem Mann gegenüber, der eine schwarze Maske vor dem Gesicht hatte, eine Schußwaffe in den Händen hielt und „Hände hoch!“ rief. Der überraschte Wohnungsinhaber schlug sofort gegen die Waffe, um eine ihm drohende Gefahr abzuwenden und kam dabei mit dem Maskierten in ein Handgemenge, bei dem die Scheibe der Wohnungstür zerschlagen wurde. Da sich Sch. dabei an der Hand verletzte, gelang es dem Unbekannten zu entkommen. Der Maskierte trug einen grauen Mantel und eine flache Sportmütze.

Falsche Zehnmarkscheine in Breslau

Seit ein paar Tagen sind in Breslau falsche Zehnmarkscheine aufgetaucht, die bei einiger Aufmerksamkeit sehr leicht als Falschstücke zu erkennen sind.

Der Druck auf der Vorderseite ist glänzend, als wäre er mit Wachs überstrichen und die grüne Farbe tritt mehr hervor, als bei echten Scheinen. Die Umrandung des Kopfbildes ist bläulich und völlig verschwommen, während die Mütze bräunlich ist und das Gewand auf der rechten Schulter hellere Flecke aufweist. Auf dem rechten Teil des Scheines, wo sich die größere Zahl Zehn befindet, fehlen die von oben nach dem Kontrollstempel hin parallel verlaufenden Schlangenlinien. Der Kontrollstempel selbst ist sehr undeutlich, in seiner unteren Hälfte fast gar nicht zu sehen. Der Druck auf der Rückseite ist gänzlich verschwommen und die Farbe der Ornamente rechts und links neben dem Aufdruck „Reichsmarknote Zehn Reichsmark“ ist ganz blaß und verwischt. Sämtliche Scheine tragen die Nummer W 12 765 474. Es empfiehlt sich, beim Auftauchen derartiger Scheine den Eigentümer sofort dem nächsten Polizeibeamten zu übergeben.

Ringkämpfe im Zirkus Busch

Regstes Interesse bezeugte man auch am Donnerstag, wo sich im ersten Stichkampf der Neger Thompson und der Lette Leskinowitsch gegenüberstanden. Der letztere war diesmal sehr vorsichtig mit dem vorzeitigen Verausgaben seiner Kraftreserven, ließ Thompson durch dauerndes Angreifen sehr mürbe werden, ehe ihm nach 38,05 Minuten die Revanche glückte. Ein Kopfzug mit anschließendem Hüftschwung brachte Leskinowitsch einen vielumjubelten Sieg. Erbittert kämpften die beiden Russen Tziruchin und Petrowitsch um den Vorrang in diesem Wettbewerb. Es war vorauszusehen, daß der schwergewichtete Petrowitsch langsam die Oberhand behalten würde, die Art und Weise aber, wie sich Tziruchin verteidigte und erst nach 31,40 Minuten durch Armzug unterlag, forderte zu stärkstem Beifall heraus. Der Franzose Saint Mars hatte diesmal den Belgier Steurs zum Gegner erhalten, den er nach 51,05 Minuten durch Armfallgriff auf die Schultern brachte. Man wird sich die letzten Tage des Wettbewerbes im Zirkus Busch kaum entgehen lassen.

Arbeiterwohlfahrt

Breslau, Flurstraße 4, Hof, 2 Treppen

Abteilung Hauspflege
Telephon 57 766

Uebernahme von Familienpflege durch Hauspflegerinnen mit und ohne krankenpflegerische Vorbildung täglich von 10 bis 15 Uhr.

Abteilung Allgemeine Wohlfahrt
Telephon 57 766

Auskünfte in allen Wohlfahrtsangelegenheiten jeden Montag, Dienstag und Donnerstag von 10 bis 12 Uhr.

Abteilung Erziehungsberatung
Telephon 54 620

Auskünfte in Erziehungsfragen jeden Donnerstag von 17 bis 19 Uhr.

Kundgebung
gegen § 218
mit Dr. Apfel und Adele Schreiber-Krieger
Montag, den 16. März, 20 Uhr
nicht im Lunapark sondern
im Gewerkschaftshaus

Vorbereitungslehrgang für die Berufsschul-lehrerlaufbahn

Letzter Anmeldetermin 25. März

In allernächster Zeit wird ein neuer dreijähriger Lehrgang für Angehörige der arbeitnehmenden Schichten eröffnet, in dem sie auf den Gebieten des Allgemein- und Fachwissens so weit vorbereitet werden, daß sie die Reife zur Aufnahmeprüfung in die berufsschulpädagogischen Institute erreichen können. Damit bietet sich für junge Menschen männlichen und weiblichen Geschlechts im Alter von mindestens 19 bis höchstens 28 Jahren die Möglichkeit, eine andere Laufbahn einzuschlagen.

Die Voraussetzungen für die Teilnahme sind:

1. der Nachweis einer guten Volksschulbildung,
2. abgeschlossener Besuch einer Gewerbeschule oder gleichwertigen Anstalt,
3. Nachweis über eine mindestens vierjährige praktische Tätigkeit als Metall-, Bau-, Bekleidungs-, Nahrungsmittel-, Leder- oder Kunstgewerbler, oder diesen eng verwandte Berufe.

Die Lehrgänge finden drei Mal wöchentlich in den Abendstunden statt, so daß auch Arbeitnehmer im Arbeitsverhältnis daran teilnehmen können.

Das Schulgeld beträgt 18 Mark für das Halbjahr.

Gewerkschaftsmitglieder, die die obigen Voraussetzungen erfüllen, erfahren Näheres durch die Gewerkschaften.

Den Anmeldungen müssen neben einem Gesuch um Zulassung ein selbstgeschriebener Lebenslauf, polizeiliches Führungsattest und gegebenenfalls Zeugnisse über den Besuch weiterer Fortbildungsinstitute beigefügt werden.

Letzter Meldetermin: 25. März 1931.

Frauen im Ohlauer Tor und Siedlung Tschansch

Die 9. Frauen-Abteilung der Freien Turnerschaft Breslau hat nunmehr auch ihrer Turnerinnen-Abteilung eine Gruppe für ältere Frauen und Mädchen angegliedert. Jeden Donnerstag in der Zeit von ½8 bis ½9 Uhr findet dieser Gymnastikabend statt. Immer und immer mehr wird die Notwendigkeit erkannt, daß auch die verheiratete und ältere Frau Köperkultur treiben muß, um sich ihren Körper elastisch und widerstandsfähig zu erhalten. Sie wird wieder froh und jung unter Gleichgesinnten, wenn sie sagen kann, eine Stunde in der Woche gehört nur mir allein, in dieser einen Stunde tue ich etwas für meinen Körper. Frauen und Mädchen! Kommt deshalb diesen Donnerstag zahlreich um ½8 Uhr nach der unteren Turnhalle Ofener Straße zur Frauengymnastik.

Karl Kraus

Im Rahmen einer Volksbühnen-Veranstaltung liest Karl Kraus am 14., 15., 16. und 18. März 1. Offenbach: Pariser Leben; 2. Offenbach: Perichole; 3. Aus eigenen Dichtungen: Traumstück, Worte in Versen; 4. Shakespeare: König Lear.

Karten sind zum Preise für 1 Mark in der „Volkswacht"-Buchhandlung", Neue Graupenstraße 5, zu haben.

* **Silberhochzeit** feiert heute der Parteigenosse Adolf Roska und seine Ehefrau Anna, geb. Grollich, Steinauer Straße 17. Genosse Roska ist langjähriges Partei- und Gewerkschaftsmitglied und langjähriger Leser der „Volkswacht". Wir gratulieren!

* **Humboldtverein für Volksbildung e. V.** Unsere nächsten Veranstaltungen sind: Sonnabend, 14. März Filmvorführung der Ufa „Die Wiege Europas"; Sonntag, 15. März, Dr. Friedrich [illegible]stelle: „Wilhelm Busch-Abend"; Dienstag, 17. März Vortrag Dr. Fritz Klatten-Prerow: „Erotische Verantwortung". Mittwoch, [illegible] März Vortragsabend Karin Michaelis: „Aus der Werkstatt der Dichterin". Freitag, 20. und Sonnabend 21. März Operettenabende unter Leitung von Marga Reisch: „Der Mikado"; Sonntag, [illegible] März 3. Kammermusikabend Prof Dr. Dahrn, Konzertmeister Franz Schätzer. Eintrittskarten zu allen Veranstaltungen bei [illegible]rasch, Hainauer und Geschäftsstelle Sadowastraße 60.

* **Volksbund für Mutterschutz und Sexualhygiene.** Die am Sonntag im Lunapark stattfindende Versammlung gegen den § 218 muß von allen unseren Mitgliedern besucht werden. Es ist Pflicht aller, für regen Besuch der Versammlung zu sorgen, indem recht viele Bekannte zum Besuch dieser Versammlung aufgefordert werden.

* **Autobusfahrt ins Eulengebirge.** Der Schlesische Verkehrsverband veranstaltet in Gemeinschaft mit der Kraftverkehr Nordmark am kommenden Sonntag, den 15. März 1931, eine Autobusfahrt ins Eulengebirge — Dorfbach. Abfahrt [illegible] Uhr ab Tauentzienplatz, Südwestecke. Rückfahrt 18 Uhr, Ankunft in Breslau gegen 20 Uhr. Preis für Hin- und Rückfahrt 5,50 Mark. Sportgeräte werden mitgenommen. Numerierte Fahrkarten sind in der Geschäftsstelle des Schlesischen Verkehrsverbandes, Gartenstraße 96, I., Telephon 52 421, werktäglich 8 bis [illegible] Uhr zu haben.

* **Breslauer Schwerhörigenverein e. V.** Am 17. März um [illegible] Uhr Vereinsabend im Gartenhaus der Taubstummenanstalt, [illegible]ernstraße.

Im Monat Februar ist die Feuerwehr 68 mal ausgerückt und zwar zu 4 Mittelfeuern, 22 Kleinfeuern, 2 Landfeuern, 10 mal zu blindem Alarm, 3 mal zu böswilligem Alarm, zu 8 Wasserschäden und 19 anderweitigen Hilfeleistungen. Die Krankenwagen sind in der Stadt zu Unfällen 132 mal, zur Krankenbeförderung [illegible] mal und nach außerhalb 5 mal ausgerückt. Zu diesen [illegible] Fahrten sind zusammen 6544 Kilometer zurückgelegt worden. Die Unfallwachen sind 180 mal in Anspruch genommen worden.

Konzerte · Theater · Veranstaltungen

Schlesische Philharmonie. Unter Leitung von Richard Lert (Staatsoper [illegible]) e. G. findet am kommenden Montag 20 Uhr das 12. Abonnementskonzert statt. Es folgt die Devise „Heitere Musik". Der Vorverkauf hat begonnen.

Breslauer Volksbühne. Am Montag, den 16. März, dem dritten Abend des Vortragszyklus, liest Karl Kraus um 20 Uhr im Kammermusiksaal [illegible] Offenbachs „Perichole" in eigener Bearbeitung, nachdem er am Sonnabend, den 14. März, Offenbachs „Pariser Leben" und Sonntag, den 15. März, aus eigenen Werken, und zwar aus „Traumstück" und den „Worten in Versen", lesen wird. Die Musikbegleitung liegt in den Händen Franz Mittlers. Eintrittskarten für Mitglieder zum Einheitspreis von einer Mark pro Abend in der Geschäftsstelle der Volksbühne, [illegible]straße 32, für Nichtmitglieder zum Preise von 2, 3 und 4 Mark auch [illegible] Hainauer.

Stadttheater. Freitag 20.15 Uhr: „Der fliegende Holländer" [illegible] Walter Marth in der Titelpartie. Übrige Hauptpartien die Damen [illegible] u. G. und die Herren [illegible]. Sonnabend 20.15 Uhr: „Die [illegible]". Sonntag 15.30 Uhr zu den ermäßigten Preisen der Gruppe I in [illegible] Erhöhung von Frl. Runge und Herrn Damel's [illegible] „Das Spielzeug [illegible] Majestät". „Der Zigeunerbaron". 20.15 Uhr: „Madame [illegible]".

Lobetheater. Täglich 20.15 Uhr [illegible] „Die Räuber" in der Inszenierung von Paul Barney und der Premierenbesetzung. Sonntag 15.30 Uhr [illegible] Aufführung von „Katharina Knie" zu ermäßigten Preisen.

Thaliatheater. „Die spanische Fliege", Schwank von Arnold und [illegible], wird täglich 20.15 Uhr in der Inszenierung von Martin Lindemann [illegible]. Sonntag 15.30 Uhr: „Kerl" von Harry Connery. Hauptrollen: [illegible]. (Kleine Preise.)

Schauspielhaus. Freitag und Sonnabend letzte Gastspiele von Grete [illegible] „Drei Musketiere". [illegible] Sonntag [illegible] 20 Uhr, [illegible] „Schön ist die Welt".

[illegible]

Der Kampf um Preußen hat begonnen!

Der **preußische Innenminister**

Karl Severing

spricht **Dienstag, den 17. März** in einer

Öffentlichen Kundgebung

des **„Reichsbanners".**

Alle Parteigenossen, Gewerkschafter u. Reichsbannerkameraden halten sich den Tag frei!

Eintrittskarten: 50 Pf. und 1 Mk., für Mitglieder 20 Pf. sind in den Volkswacht-Buchhandlungen und im Büro des Reichsbanners, Ohlauer Straße 68, zu haben.

Arbeiter-Sport

Freie Turnerschaft Breslau E. V.

2. Männerabteilung. Karten zur Jugendvolksbühne heut in der Turnhalle oder morgen in der Jugendversammlung abholen.

8. Abteilung — Handballspieler. Heut 19¾ (7¾) Uhr in der Steinschule.

4. Frauenabteilung. Freitag, den 13. März, 21 Uhr, Vorstandssitzung bei Kiske.

7. Männerabteilung. Freitag Abteilungsversammlung. Sitzung in der Halle.

Wassersport

Kreisleitung der Wassersport-Sparte. Sonnabend 19 Uhr, Sitzung im Gewerkschaftshaus.

Freie Kanuvereinigung Breslau. Brockaufahrer Sonntag pünktlich 9 Uhr Siedlung Tschansch. Gemeinsame Abfahrt.

Fußball

Fußball-Schiedsrichter-Vereinigung. Die Schiedsrichter werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, bei der Kontrolle und Ausfüllung der Formulare sorgfältig zu verfahren. Der gesamte Ausschuß erscheint Sonntag früh 9 Uhr im Bezirkslokal zur Funktionärsitzung. Das Spiel Pfeil I — Askania I steigt am Sonntag zur selben Zeit auf der Zankholzwiese und nicht auf der Brückenaue. Schiedsrichter Nr. 5.

Touristenverein „Die Naturfreunde"

15. März Oderwälder-Streife. 7 Uhr Endstation der Linie 1. Grüneiche. Führer Schmidt. 16. März Führersitzung Gewerkschaftshaus. Programmberatung.

Jugendgruppe. Heut ¾20 Uhr Am Wäldchen, Ecke Kohlenstraße. Treffpunkt zum Arbeitsausschuß bei Freundin Kunze. Morgen, Sonnabend, Tanzkreis Luisenschule. Sonntag ½11 Uhr Besichtigung im Zoologischen Museum. Treffpunkt um ½10 Uhr Sternstraße.

Kindergruppe Heim 1. Sonntag wie oben. Pöpelwitzer Kinder 9 Uhr am Striegauer Platz.

Kindergruppe 2. Heut nachmittag 4 Uhr Liegnitzer Schule.

Athletik

Kraftsport-Vereinigung West 21. Am letzten Mittwoch fand in der Turnhalle Wildeistraße der Freundschaftskampf im Ringen mit dem Arbeiter-Athleten-Verein 1911 statt. Da der Arbeiter-Athleten-Verein 1911 keinen Fliegengewichtler stellte, so wurde der Freundschaftskampf in sechs Gewichtsklassen ausgetragen. Im Einleitungskampf kämpfte der Fliegengewichtler Jorde (West 21) gegen den Bantamgewichtler Lauvitz (Arbeiter-Athleten-Verein 1911), wobei ersterer in beiden Kämpfen nach sechs Minuten unterlag. Das Resultat des Mannschaftskampfes: Vorrunde 7 : 5 für Arbeiter-Athleten-Verein 1911; Rückrunde 6 : 6. Endresultat: 13 : 11 für Arbeiter-Athleten-Verein 1911.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer Breslau

15. März Vereinstour nach Weidenhof. Start 14 Uhr am Odertorbahnhof. Die Jugendabteilung ist dabei.

Abteilung Odertor. 15. März Besichtigung des Elektrizitätswerkes am Scheibenweg. Treffpunkt 9,45 Uhr am Werk; nachmittags Vereinstour.

Ortsgruppe Brockau-Tschansch. 13. März, 19,30 Uhr, Versammlung bei Taube. Jugend: 15. März, früh 8 Uhr, Ausfahrt nach Treschen. Treffpunkt Vereinslokal. Den 21. März, 19,30 Uhr, öffentliche Motorradfahrerversammlung bei Taube.

Arbeiter-Kulturvereine

Arbeiter-Esperanto-Gruppe. 13. März, 20 Uhr, bei Bittner, Uferstraße 26. Monatsversammlung mit Lichtbildern.

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie. Wie uns die Lotteriebank Arndt, Eckhaus Tauentzienplatz 1, mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen:

26. Ziehungstag 12. März 1931

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

4 Gewinne zu 10000 M. 246561 300994
8 Gewinne zu 5000 M. 55226 116856 117860 384714
20 Gewinne zu 3000 M. 9608 18807 43742 108396 169950 236375 286688 368163 370754 392247
68 Gewinne zu 2000 M. 18731 26844 28928 35499 41461 71954 74195 82818 87483 99730 126547 164335 191359 191915 193458 198816 206451 220329 225084 232867 254843 255736 257531 262886 273080 280306 292507 316222 320381 328821 338752 366287 376864 377309
126 Gewinne zu 1000 M. 7763 11892 29539 30011 31351 44511 76549 78452 82455 86695 87021 95358 98599 104258 108603 107096 113900 120571 124933 126939 137564 139321 140453 144942 146834 153086 164141 173193 173654 183631 187114 194799 194851 217249 224971 228437 240511 257283 258929 268765 278869 293046 296708 298035 300345 305016 307267 319006 333224 336428 340691 342955 351201 353296 359119 360339 365279 374728 378578 385143 385470 390465 392511

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

6 Gewinne zu 10000 M. 196240 281474 354197
10 Gewinne zu 5000 M. 24349 218877 238128 329569 349994
12 Gewinne zu 3000 M. 27868 52560 220756 228975 265894 392109
40 Gewinne zu 2000 M. 2327 11350 19020 21206 55523 110515 160563 220335 231111 252928 245835 278114 279455 285031 288807 300824 313074 313583 333474 357227
88 Gewinne zu 1000 M. 1822 5760 11812 18627 26838 31424 42899 92135 101726 107855 117390 136456 140996 147104 161712 162268 164131 186992 205937 207055 212933 222107 222294 223075 225358 239472 245583 258135 259997 266790 272458 296828 299396 309415 320355 324829 337908 343732 348904 362330 372337 375418 380626 385653

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu je 500000, 8 Gewinne zu je 10000, 14 zu je 5000, 36 zu je 3000, 90 zu je 2000, 142 zu je 1000, 230 zu je 500, 686 zu je 400 Mark.

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern

(Nachdruck, auch mit Quellenangabe verboten)

Die Sturmböung 13 Z befindet sich auch heute morgen noch über der mittleren Ostsee. Bei anhaltender Zufuhr von Kaltluftmassen kommt es in den Sudetenländern bei wechselnder Bewölkung zu weiteren Schneeschauern. Besonders im Gebirge sind auch in den vergangenen 24 Stunden ergiebige Schneefälle niedergegangen. Beim Durchgang einer Störungsfront traten in den gestrigen Abendstunden unter kräftigen Sturmböen starke Schneeschauer in Gewitterbegleitung auf.

Aussichten für das schlesische Flachland:

Böiger West, wechselnde Bewölkung, Schneeschauer, Frost.

Aussichten für die schlesischen Mittel- und Hochgebirge:

Stürmischer, jedoch abflauender West, vorwiegend neblig-trübe, Schneeschauer, anhaltender Frost.

Sonnenaufgang: 6,22 Uhr — Sonnenuntergang: 17,53 Uhr.

Das Wetter im Gebirge:

Von den nachfolgenden Stationen werden der Reihe nach Angaben gemacht über Temperatur (7 Uhr früh), Wetter, Windrichtung, Schneehöhe (Zentimeter), Neuschnee (Zentimeter), Schneebeschaffenheit, Sportmöglichkeit.

Iserberg: —4, bewölkt, W 3, 88, 3—5, Pulverschnee, Ski und Rodel gut. Schreiberhau: —5, heiter, SW 2, 53, 11—15, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. Neue Schlesische Baude: —6, heiter, SW 3, 195, 16—30, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. Reifträgerbaude: —10, heiter, SW 4, 180, 16—30, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. Schneegrubenbaude: —12, heiter, S 3, 120, 6—10, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. Krummhübel: —4, heiter, SW 2, 44, 11—15, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. Brückenberg: —8, heiter, O 2, 55, 3—5, verweht, Ski und Rodel sehr gut. Teichmannbaude: —4, heiter, O 3, 35, 21—30, verweht, Ski und Rodel sehr gut. Schlingelbaude: —8, heiter, NW, 70, 6—10, verweht, Ski und Rodel sehr gut. Hampelbaude: —10, heiter, W 6, 95, verweht, Ski und Rodel gut. Prinz-Heinrich-Baude: —11, heiter, SW 2, 110, 1—2, verweht, Ski und Rodel gut. Schlesierhaus: —11, heiter, SO 5, 120, 16—30, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. Wiesenbaude: —10, heiter, N 1, 210, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. Peterbaude: —8, heiter, SW 3, 180, 16—20, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. Spindlerbaude: —8, heiter, SW 3, 100, 16—20, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. Spindlermühle: —7, heiter, O 1, 105, 21—30, verweht, Ski gut, Rodel mäßig. Glatzer Schneeberg: —10, heiter, W 1, 45, 16—20, Ski und Rodel gut. Charlottenbrunn: —4, heiter, W 1, 15, 6—10, Pulverschnee, Ski und Rodel gut. Eulenberg: —4, bewölkt, SW 1, 35, 3—5, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. Siebenkurfürstenbaude: —8, heiter, W 2, 55, 3—5, verweht, Ski und Rodel gut. Hohe Eule: —7, heiter, NW, 70, 6—10, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. Zobten: —4, heiter, SO 3, 10, 1—2, verweht, Ski mäßig, Rodel gut. Bad Altheide: —4, heiter, W 2, Schneefälle.

Wasserstand

	12. 3.	13. 3.		12. 3.	13. 3.
Ratibor	1.40	1.39	Kanthern (Unter-Pegel) ..	2.96	3.04
Neiße (Stadt)	—1.40	—0.42	Dyhernfurth	2.18	2.[illegible]8
Neißemündung (Unt.-Pegel)	1.84	1.8[illegible]	[illegible]	1.4[illegible]	1.56
Brieg (Mühlenbau)	2.75	2.76	[illegible] vom 12. 3. ..	1.97	—
[illegible]	1.23	1.06	Wassertemperatur + 0.52		

Geschäftliches

[illegible]

[illegible]

Sonder-Preise!

Damen-Strümpfe
Makoart und Seidenflor, gute strapazierfähige Qualität . . **48** Pfg.

Damen-Strümpfe
Seidenflor, regulär, dreifache Sohle, oder Waschkunstseide, fein gewirkt, Spitzhochferse . . . . . **88** Pfg.

Damen-Strümpfe
Waschkunstseide, besonders fein und elastisch, oder plattiert, elegant und doch haltbar **1.45**

Damen-Strümpfe
Waschkunstseide, zweifädig mit sechsfacher Sohle, in allen Modefarben **1.95**

Damen-Hemdhosen
fein gestrickt, alle Größen, weiß und zartfarbig . . . . **95** Pfg

Damen-Schlüpfer
Mako, besonders haltbar, Größe 42-48 . . . . . 1.45, **95** Pfg

Damen-Nachthemd
solider Wäschestoff, mit viereckigem Halsausschnitt, Klöppeleinsatz und Klöppelspitze **1.95**

Damen-Schlafanzug
aus farbigem Wäschebatist, zum Durchknöpfen mit langem Arm, hübsche Modefarben **3.90**

TIETZ

Auktion
Verlängerung
929 bis 14. März
Leihhaus Hickmann
Matthiasstr. 113

Ihr Geld,
Darlehn, Hypotheken nur von **Luppa,**
Schillerstr. 12, b. Rauch.
Auskunft kostenlos werktags 9—18 Uhr. 6196

Frack-Kohaupt = jetzt Blücherplatz 20. I.
Ecke Ring, früher Karlstr. 1
Leihweise
Smoking u. Gehrockanzüge
Klapphüte • Tel. 57082

Mehr Licht
5 bis 6 mal hellere Tischbeleuchtung, oder ¼ Strom erspart. Paßt auf jede Glühlampe. RM. 2.— u. 1.50
H. Jesina, Steinstr. 11
Sichtbar im Schaufenster.

Sommer-Sprossen
werden unter Garantie durch
VENUS (Stärke B)
beseitigt. Preis Mk. 2.75
Karlsmarkt-Apotheke, Ring 44

Urania
12 Monatshefte und 4 Bücher
Der Proletarische Kosmos
[illegible]

Unsere große
Konfektions-Etage ist gerüstet!

Die neuen
Mäntel
und
Kleider
sind eingetroffen!

Kommen Sie zu uns!
Hören u. Sehen kostet nichts!

MESSOW WALDSCHMIDT G.m.b.H.

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsgenossen, Ortsgruppe Breslau
Sonntag, 15. März, vormittags 9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße
Mitglieder-Versammlung 928
Werte Kollegen! Da die Tagesordnung hier wichtig und reichhaltig ist, bitten wir um zahlreiches und pünktliches Erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Goldene Trauringe
[illegible] — Gravierung gratis
Stadtbekannt billigste Preise
Größtes Lager auch in
Uhren und anderen Geschenk-Artikeln
[illegible]
Albert Möwius
Schmiedebrücke 56 Gegr. 1898
Achtung! Mein Geschäft befindet sich nur in der Schmiedebrücke

---

Neuheiten Jungfer Kniestrümpfe (m. gestreiftem Gelb). Imprägnierung für [illegible] mit feiner Stopfe, auch für [illegible]. Zeder. Sendung [illegible] unentbehrlich. Keine Vorkosten. Off. u. Nr. 141 an Ges.-Exp. Berlin-Schöneberg, Sedan, Nachfolger 31a.

Adamynin
bei Schlaflosigkeit, Schwindel etc.
In allen Apotheken erhältlich.
[illegible] 3
(Pommern-Apotheke)
5265

Achtung! Hausfrauen!
Durch erhöhten Fabrikpreise verkaufe ich auch diese Woche in meinen Geschäften zu den bekannt niedrigen Preisen

Schweinefleisch		Rindfleisch	
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]

[illegible]
Bitte die Schaufenster zu beachten!
Felix Jacob Fleischermeister Tel. 431 18
Gellhornstr. 33, Breitestr. 40, Hirschstr. 2, Gr.

Stiebler Massen-Verkauf
von mehr als 10 Waggon
Qualitäts-Konserven
zu nie gehörten billigen Preisen

Gemischtes Gemüse . . .	Dose 1 kg	**0.66**	**0.76**	
Schnittbohnen	„ 1 „	**0.38**	**0.54**	0.6[illegible]
Junge Erbsen	„ 1 „		**0.60**	
Junge Erbsen, mittelfein .	„ 1 „		**0.72**	
Junge Erbsen, fein	„ 1 „		**0.95**	
Junge Erbsen, sehr fein . .	„ 1 „		**1.10**	
Kaiserschoten	„ 1 „		**1.25**	
Karotten, geschn. 4 Dos. **1.–**	„ 1 „		**0.26**	
Brechspargel ohne Köpfe .	„ 1 „		**1.50**	
Jung. Spinat, dick eingekocht	„ 1 „		**0.45**	
Junger Kohlrabi mit Grün	„ 1 „		**0.48**	

und viele andere Sorten laut unserer Spezial-Liste, die wir Ihnen auf Wunsch übersenden.

Apfelsinen! Jetzt auf der Höhe der Reife, nur vollsaftige, süße Früchte, fein dünnschalig
Ovale Murcia Blutapfelsinen
10 Stück **0.75,** 1 Kiste 180 Stück **12.50**

Neuer Preisabschlag!
Zäbler Fondant-Schokolade, leicht schmelzend, vorzügliche Eßschokolade
Paket 5 Tafeln = 250 g jetzt **0.75** (früher 0.85), 3 Pakete **2.1[illegible]**
Reizende Oster-Geschenkartikel!
Wiener Kringel — Etwas Neues zum Knabbern — ¼ Pfd **0.3[illegible]**

Wurstwaren prima Qualität

Marschländer Salami	Pfd.	**1.55**	¼ Pfd.	0.4[illegible]
Marschländer Zervelat	„	**1.55**	¼ „	0.4[illegible]
Holsteiner Knobl. Plockw. . . .	„	**1.20**	¼ „	0.3[illegible]
Westfälische Plockwurst	„	**1.55**	¼ „	0.4[illegible]
Westfälische Salami	„	**1.90**	¼ „	0.5[illegible]
Pommersche Teewurst	„	**1.50**	¼ „	0.4[illegible]

Delikate Matjesheringe . . . . . Stück 0.2[illegible]
Malta-Kartoffeln . . . . . 5 Pfund **1.–** Pfund 0.2[illegible]

Höchste Leistungsfähigkeit
bewersen wir mit unserem nachstehenden
Sonder-Angebot:
Weinbrand-Rotgelb, Hausmarke Stiebler
Echter Qualitäts-Weinbrand . . . die ½-Flasche **3.95**
Nach auswärts liefern wir bei 6 Flaschen franko einschl. Verpackung. Wir liefern mit diesem Qualitäts-Weinbrand etwas Außergewöhnliches. Sein Bekömmlichkeit ist ebenso groß wie sein Genuß. Machen Sie bitte einen Versuch.

BRESLAUER KAFFEE-ROSTEREI
Otto Stiebler
Zwingerplatz 5 und 30 Filialen

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Buchdruckerei Volkswacht Breslau 2, Blücherplatz 16

„Im Dienst des Vaterlandes"

Der Prozeß der Spandauer Waffenschieber auf unbestimmte Zeit vertagt

Am Mittwoch morgen begann vor dem Schöffengericht Charlottenburg unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Hellhoff der Waffenschiebungsprozeß Hoppe und Genossen. Nach sechsstündiger Verhandlung wurde der Prozeß auf unbestimmte Zeit vertagt.

„Im Dienst des Vaterlandes" — das war das wiederholt von den Angeklagten genannte Motiv der Taten, deren sie beschuldigt waren: Waffendiebstahl, Hehlerei, Amtsunterschlagung usw. Im Dienst des Vaterlandes sind Maschinengewehrschlösser und Maschinengewehrersatzteile aus Heeresbesitz an einen nationalsozialistischen Gastwirt verhandelt worden. Im Dienst des Vaterlandes beteiligen sich bei diesen seltsamen Geschäften vier deutsche Staatsbeamte. Schließlich landete der Teil der Waffen, der nicht der Beschlagnahme verfiel, in der Türkei. Auch das im Dienst des Vaterlandes?

Die Verhandlung kam zu keinem Ende: ein Kriminalkommissar, über dessen Vernehmungsmethoden sich verschiedene der Angeklagten beschwerten, konnte seine Zeugenaussage deshalb nicht machen, weil er zurzeit in der Schweiz weilt und so rasch nicht herbeigerufen werden kann; auf seine Aussage will das Gericht nicht verzichten. Aber selbst wenn der Prozeß mit einem Urteilsspruch abgeschlossen worden wäre, hätten die Dinge, an denen die Oeffentlichkeit in erster Linie ein Interesse hat, wohl keine Klärung erfahren. Der Vorsitzende war außergewöhnlich vorsichtig, bog überall ab, wo Peinliches zu befürchten war und zeigte sichtlich Verlegenheit, als der richterliche Berichterstatter etwas unvorsichtig die Frage nach der Weiterverwendung der Waffen stellte. Der Angeklagte Hochhaus, aus Galizien beheimatet, nannte den türkischen Botschafter in Berlin, mit dem er persönlich verhandelt hat. Eines Nachts sind aus der türkischen Botschaft in Berlin mehrere Kisten mit Maschinengewehrbestandteilen abgeliefert worden.

„Wenn hinten weit in der Türkei die Völker aufeinander schlagen" — so geschieht dies gewöhnlich nicht mit Waffen aus deutschem Reichswehrbesitz. Nun, der Waffenmeister Heinrich behauptet, daß er von den Türken im Hintergrund auch gar keine Ahnung gehabt habe. Möglich. Was hat er sich aber gedacht, als er sie dem technischen Polizeisekretär Hermann Wilke auslieferte? Er erklärt: „Ich wollte meinem Kollegen aushelfen. Er sagte, er wolle die Waffen für eine Behörde haben". Für welche Behörde? Danach fragt ein braver Soldat nicht. Und unterrichtet auch nicht seine Vorgesetzten . . .

Der Laie erfährt bei dieser Gelegenheit durch die um ihre Position nicht zu beneidenden Verteidiger der Angeklagten, daß Tauschgeschäfte mit Waffen in der Armee gang und gäbe sind, warum also nicht auch hier, wo es sich um Maschinengewehrteile handelt, die für moderne Reichswehrzwecke nicht mehr brauchbar sein sollen? Man nimmt das willig zur Kenntnis. Weiter soll man aber auch glauben, daß von einem „Tausch" jedenfalls dann die Rede sein kann, wenn der (an Heinrich) für die Waffen abgelieferte Gegenwert nicht in anderen Waffen, sondern in Geld besteht. Heinrich ließ sich nämlich die aus Heeresbesitz stammenden Waffen bezahlen, hatte dann allerdings wohl Gewissensbisse und verwandte das Geld, wie er sich ausdrückte, „zum Wohle des Regiments": er ließ damit eine Stube anstreichen.

Im übrigen stammten die Waffen, die der Nazi-Gastwirt Hoppe einsammelte und weiterverschob, aus verschiedenen Quellen. Der angeklagte technische Polizeisekretär Friedrich Reimers hatte sie beispielsweise nicht von Heinrich, sondern von den Angeklagten Paetel, Mazanke und Wilke bezogen, die beim Zeugamt Spandau tätig waren. Paetel will einige der Maschinengewehrschlösser im Spandauer Stadtwald gefunden haben; er ging im Wald; so für sich hin. — Reimers meint zudem noch geltend, daß er der Meinung gewesen sei, daß die Waffen gar keinen rechtmäßigen Besitzer gehabt hätten, vielleicht aus aufgelösten schwarzen Lägern herrührten — nun habe er sie dem Staat, den er in der Firma Koch & Co. sah, zuführen wollen. Aber auf jede Aussage kommt Widerspruch: die Aussagen der Angeklagten klingen recht verschieden; außerdem bestehen erhebliche Differenzen zwischen den weitgehenden Geständnissen vor den untersuchenden Kriminalkommissaren und den sehr eingeschränkten Aussagen jetzt vor Gericht.

Die Widersprüche zwischen den Polizeiprotokollen und den jetzigen Behauptungen der Angeklagten sind es denn schließlich auch, die die Vertagung mit herbeiführen. Nicht den zahlreichen Kriminalbeamten, die als Zeugen aufmarschieren, machen die Angeklagten Vorwürfe, zu schroff vorgegangen zu sein und falsche Geständnisse erpreßt zu haben, sondern ausgerechnet demjenigen Beamten, der zurzeit für längere Zeit auf einer Erholungsreise im Ausland weilt. Obwohl die Angeklagten sehr viel lügen, haben ihr gutes Recht, aber gewiß nicht immer sehr geschickt ist, gelingen sie hier, daß man ihre Behauptungen als wahr unterstellt. Sie präzisieren sie so, daß dem Staatsanwalt nichts anderes übrig bleibt, als die Vernehmung des betreffenden beurlaubten Beamten zu beantragen. Auf diese Weise flieht vorläufig der Prozeß auf . . . während Herr Hochhaus, der sich wie alle anderen Angeklagten, auf freiem Fuß befindet, vielleicht noch weitere Waffen verschiebt „im Dienst des Vaterlandes" . . .

Schneeverwehung im Reichsbahnbezirk Augsburg

Infolge starker Schneeverwehungen blieben nachts auf der Strecke Donauwörth—Augsburg zwei Personenzüge im Schnee stecken. Trotz Einsetzens von Vorzügen und Schiebelokomotiven konnten die Züge nicht weitergebracht werden. Aus demselben Grunde blieb auf der Strecke Augsburg—Buchloe ein Güterzug auf freier Strecke liegen. Da die von der Reichsbahnverwaltung entsandten Schneeräumungsmaschinen die Strecke nicht frei bekamen, mußten gegen 4 Uhr morgens 130 Mann Schutzpolizei und Reichswehr zur Hilfe gerufen werden. Nach mehrstündigen Arbeiten gelang es, beide Strecken wieder fahrbar zu machen. Die Schneeverwehungen hatten auch sonst erhebliche Betriebsstörungen und Verspätungen zur Folge. Der beschleunigte Personenzug Dortmund—München erlitt sechs Stunden Verspätung. Die Reisenden mußten mit einem Ersatzzuge von Augsburg nach München gebracht werden. Der Personenzug von Nördlingen kam erst mit neunstündiger Verspätung in Augsburg an. Ein Personenzug und ein D-Zug, beide von Berlin, mußten über Ingolstadt umgeleitet werden. Weiterhin wurden auf der Münchener Strecke bei Pasing beide Gleise gesperrt, da infolge der Schneeverwehungen ein Zug entgleist war. Schließlich stieß auf der Nebenbahnstrecke Mertingen—Wertingen beim Einholen eines im Schnee stecken gebliebenen Personenzuges die entsandte Hilfsmaschine infolge Versagens der Bremse auf diesen Zug auf. Dabei wurden drei Reisende leicht verletzt.

Die Frenzel-Tragödie

Der Vormundschaftsrichter beim Amtsgericht Potsdam hat dem Antrag der Frau Frenzel, ihre Tochter besuchen zu dürfen, nicht stattgegeben. Der Vormund Gertrud Frenzels Dr. Stappenbeck aus Bornim bei Potsdam, wurde angewiesen, Frau Frenzel den Aufenthalt ihrer Tochter nicht bekanntzugeben. In der Begründung der seltsamen Anordnung heißt es, daß Gertrud Frenzel selbst wünsche, ihren jetzigen Aufenthalt vor jedem, auch vor ihren Eltern geheim zu halten. In diesem Falle habe das Recht der Mutter hinter dem Wunsch des Kindes zurückzustehen. Der Rechtsvertreter von Frau Frenzel, Rechtsanwalt Dr. Blumenhain, — einer der beiden Verteidiger im Frenzel-Prozeß — wird gegen diesen Bescheid des Vormundschaftsgerichts Beschwerde einlegen.

Verhaftung wegen § 218

Wegen Verstoßes gegen den berüchtigten Paragraphen 218 wurden in Diez an der Lahn der praktische Arzt Dr. Arnold wegen angeblich gewerbsmäßiger Abtreibung in 20 Fällen verhaftet. Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft in Diez ähnelt dem der Stuttgarter Behörden. Die Sache ging aus von einer Denunziation, die Festnahme erfolgte durch Polizeibeamte während der Sprechstunde. Kartotheken und Tagebücher wurden beschlagnahmt, und schon sind Kriminalbeamte dabei, die in die Affäre verwickelten Frauen und Mädchen zu vernehmen.

250 Kürten-Zeugen

Zu dem am 13. April in Düsseldorf beginnenden Prozeß gegen den Massenmörder Peter Kürten sind 15 Sachverständige und 250 Zeugen geladen.

Neue Zeppelin-Ozeanfahrt?

Die Verhandlungen Dr. Eckeners in Akron (Ohio, USA.) mit den Vertretern der Goodyear Zeppelin-Company über eine Zusammenarbeit im Luftschiffbau sind zu einem positiven Abschluß gelangt. Innerhalb der drei nächsten Monate sollen die Versuchsfahrten eines neuen Goodyear Zeppelin-Luftschiffes beginnen. Im übrigen erwägt Dr. Eckener eine neue Zeppelinfahrt von Friedrichshafen nach Lakehurst.

Tödlicher Unfall des Filmregisseurs Murnau

Aus Santa Barbara (Kalifornien) wird gemeldet, daß der deutsche Filmregisseur E. W. Murnau an den Folgen eines Schädelbruches gestorben ist, den er bei einem Automobilunfall erlitten hatte.

Bauer im Kreuzverhör

Im Wiener Mordprozeß Bauer begann am Donnerstag das Kreuzverhör des Angeklagten durch den Staatsanwalt. Das Verteidigungssystem des der Ermordung der Katharina Fellner beschuldigten Angeklagten ist dicht und lückenlos; es wird nicht einfach sein, ihn zu überführen. Der Staatsanwalt gibt sich alle Mühe, Bauer aus der Fassung zu bringen, es gelingt ihm nicht. Staatsanwalt: „Warum leugneten Sie bei Ihrer Verhaftung, daß Sie am 17. Juli mit Katharina Fellner zusammen waren? Sie befürchteten eine Haussuchung und ersuchten deshalb Ihren Schwager, Briefe aus der Wohnung zu holen." Bauer: Ich habe diese Unwahrheiten unter der Cholwirkung der Verhaftung ausgesagt". Den Browning, der bei Bauer gefunden wurde, will der Angeklagte gekauft haben, weil er sich mit Selbstmordabsichten trug.

Die Witwe von Jean Jaurès gestorben

Wie aus Paris gemeldet wird, ist dort die Witwe unseres unvergeßlichen französischen Genossen Jean Jaurès, der am Vorabend des Krieges ermordet wurde, verstorben. Das Begräbnis wird in ihrer Heimat im Tarn-Departement erfolgen.

Amerika wie es ist

Ein Auszug aus seiner Verbrechenschronik

Mit herzerfrischender Unbekümmertheit und einer Seelenruhe, die einer besseren Sache würdig wäre, wird in Amerika weitergeknallt. Maschinengewehr und Revolver sind zu Einrichtungen geworden, ohne die das amerikanische Leben nicht mehr denkbar erscheint. Zwar ist Chikago nicht halb so schlimm, wie europäische Zeitungen mit ihrer Expertenkenntnis des amerikanischen Gangstertums es wahr haben wollen, aber immerhin sind 46 Morde in den ersten sieben Wochen des Jahres 1931 eine ganz beachtenswerte Leistung, wenn auch von einem neuen Rekord keine Rede sein kann. Da sind Raubüberfälle und Einbrüche etwas ganz anderes. Raubüberfälle ereigneten sich in den ersten sieben Wochen dieses Jahres 1590 gegen 1143 in der entsprechenden Periode des Vorjahres, und die Zahl der Chikagoer Einbrüche belief sich auf 814 gegen 611 im Beginn des Jahres 1930.

Tote an der Bandenfront

Auch Detroit, Pittsburgh und Philadelphia machen ihrer Verbrecherreputation alle Ehre. Der Bandenkrieg tobt auf allen Fronten und hat jetzt auch Newyork erfaßt, das von den schwerbewaffneten Stoßtruppen der Alkoholschmuggler, der Narkotikahändler und der Hunderte kleinerer „Rackets", einer Art beruflichen Faustrittertums, bisher ziemlich verschont geblieben war. Der Schlachtbericht der letzten Woche meldete allein 8 Tote, ungerechnet die spurlos verschwundenen Opfer von Bandenmassakers, die gelegentlich in verstümmeltem Zustande auf einem Schutthaufen auftauchen werden.

Blankovollmacht auf Blutvergießen

Den Newyorker Polizeibehörden ist diese tobende Vernichtungswelle des amerikanischen Verbrechertums anscheinend überraschend gekommen. Unvorbereitete Beamte haben unter dem Kugelregen verzweifelter Banditen ihr Leben lassen müssen. Als Antwort haben die städtischen Behörden den Banditen den Vernichtungskrieg angesagt und durch den Mund des Oberbürgermeisters und des Polizeichefs rücksichtslosen Waffengebrauch gegenüber allen verdächtigen Verbrechern und Banditen gepredigt. Was mit dieser Blankovollmacht an eine polizeiliche Beamtenschaft, deren Brutalität gerichtsnotorisch ist, eigentlich bezweckt werden soll, ist nicht recht klar. Sie kann nur den einen Erfolg haben, gegenseitige Verzweiflung und gegenseitiges Blutvergießen auf eine bisher ungeahnte Spitze zu treiben.

400 000 Dollar Nebenverdienst

Wenn aber einmal die Rede von rücksichtslosen Polizeiaktionen ist, tut man gut, sich der noch in vollster Blüte stehenden Untersuchung der Newyorker Polizei- und Justizskandale zu erinnern. Nach monatelangen Vernehmungen hat man endlich das festgestellt, was seit Jahren alle Spatzen von den Dächern pfeifen, nämlich die Existenz von tausenden Geheimkneipen, und den Geldstrom, der aus ihnen in die Taschen der Newyorker Polizei fließt. Allein zwei Polizeibeamte haben aus 125 Geheimkneipen 400 000 Dollar an Bestechungsgeldern herausgeholt und wenn berücksichtigt wird, daß die Zahl der Geheimkneipen über 30 000 beträgt, erscheinen die Bestechungssummen geradezu märchenhaft.

Reinigung

Jeglicher Versuch der Behörden, die Verbrechensflut einzudämmen, muß von vornherein zur Unfruchtbarkeit verdammt bleiben solange es nicht gelingt, der schamlosen Verherrlichung des amerikanischen Verbrechers vor der Oeffentlichkeit Einhalt zu gebieten. Tagtäglich bringt die Skandalpresse die unerhörten Einzelheiten aus der Tätigkeit der Unterwelt und Spitzel und tischt sie ihrer Millionen-Leserschaft im Zusammenhang mit den Zeugenaussagen aus der Polizeiuntersuchung auf. So erhält ein bekannter Polizeispitzel, der sich jetzt als Ankläger gegen die Polizei betätigt, von einem Newyorker Skandalblatt 50 Dollar für jeden Bericht, der natürlich von Prostitution und Schlafzimmer-Einzelheiten nur so überfließt. Dabei mußte er sich vor aller Oeffentlichkeit noch verpflichten, die Redaktion rechtzeitig von allen geplanten Verbrechen zu verständigen. Das ist die Methode, mit der sich das amerikanische Publikum abspeisen läßt, und das ist die Methode, mit der die Newyorker Behörden an die angeblich von ihnen angestrebte Reinigung des öffentlichen Lebens gehen.

Schiffskatastrophe auf dem Yangtse

Auf dem Yangtse ist etwa 100 Kilometer von Schanghai entfernt ein Dampfer, auf dem sich 300 Personen befanden, infolge einer Explosion gesunken. Man nimmt an, daß 200 Personen ertrunken sind. An Bord befanden sich etwa 100 Soldaten und 200 chinesische Passagiere. Die Explosion soll durch eine Zigarette hervorgerufen worden sein, die die Baumwollladung des Dampfers in Brand steckte. Ein Fahrzeug der Zollbehörde soll etwa 100 Passagiere gerettet haben. Alle übrigen sind vermutlich ertrunken.

Zur Reichshandwerkswoche vom 15.—22. März 1931

Ein Blütenzweig, der einst aus goldenem Boden sproß

Die Zierlaterne am Handwerkshause in Halberstadt mit den Wappenschildern aller dortigen Handwerksinnungen.

Schmerzloses Rasieren
durch vorheriges Einreiben mit
NIVEA CREME
Preise: RM. 0.20-1.20

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Noch ein reaktionärer Gegner bei den Betriebsratswahlen

Stahlhelm will rote Bastionen stürmen

Nur die Truppen werden ihm fehlen

Der Faschismus kann in Deutschland nicht zu seinem Ziel kommen, wenn es ihm nicht gelingt, die Gewerkschaften zu zerbrechen. Mit aller Macht versucht er daher, dieses Jahr mit Hilfe der Betriebsratswahlen den Gewerkschaften Abbruch zu tun. Nicht nur die Hitler-Leute, auch die Stahlhelmer sind zum Wahlkampf angetreten. So hat das offizielle Organ des sogenannten überparteilichen Bundes „Der Stahlhelm" vor kurzem folgende Ankündigung losgelassen:

„Viele Jahre hindurch hat die nationale Bewegung sich weder um die Wahlen zur Sozialversicherung noch um die Betriebsratswahlen gekümmert, den Marxisten und anderen mit ihnen geistesverwandten Gruppen das Feld nahezu völlig überlassen. Der „Erfolg" war, daß die Marxisten die Sozialversicherung und das Betriebsrätegesetz, die Instrumente des sozialen Friedens sein sollten, zu Instrumenten des Klassenkampfes umgefälscht haben. Sie (die roten Betriebsräte) sollen wissen, daß wir auch zum Sturm auf die roten Bastionen der sozialen Einrichtungen ansetzen. Die Betriebsratswahlen müssen den „Stahlhelm" in der vordersten Front finden!"

* * *

Die Stahlhelmleute gestehen also ein, daß sie sich viele Jahre um die sozialen Wahlen überhaupt nicht gekümmert haben. Erst jetzt, wo sie infolge des Vormarsches der Hitler-Faschisten Morgenluft wittern, erinnern sie sich plötzlich, daß es Betriebsräte gibt. Erst jetzt sind sie auf den Gedanken gekommen, die Betriebsratswahlen in einen parteipolitischen Machtkampf zu verwandeln. Die Interessen der Arbeiter sind den Herrschaften, die den Stahlhelm kommandieren, gleichgültig. Sie kennen nur eins: ihren Willen zur Macht, und die Betriebsräte wären ihnen als Sprungbrett in die von den Gewerkschaften verteidigten sozialen Positionen der Arbeiter gerade gut genug.

Die Stahlhelmer jammern, die Gewerkschaften hätten die Sozialversicherung und das Betriebsrätegesetz nicht zu einem Instrument des sozialen Friedens, sondern zu einem Werkzeug des Klassenkampfes umgefälscht. Das ist genau der gleiche Ton, wie ihn „Der Arbeitgeber", das Organ der Deutschen Arbeitgeberverbände, anläßlich des zehnjährigen Bestehens des Betriebsrätegesetzes anschlug. „Der Arbeitgeber" erklärte damals, die Betriebsräte hätten sich bis jetzt immer nur als Vertreter der sozialen Interessen der Arbeitnehmer betrachtet. Die Stahlhelmer wollen Betriebsräte schaffen, die angeblich zwei Herren dienen sollen, was bekanntlich nur ein charakterloses Subjekt kann.

Für die Holzindustrie des Tarifbezirks Hessen-Nassau und Freistaat Hessen wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach für alle über 22 Jahre alten Facharbeiter eine Lohnkürzung von 6 Pfennigen pro Stunde und eine Kürzung der Akkordsätze um 6 Prozent festgelegt wird. Alle nach dem 1. Januar erfolgten Kürzungen der Stundenlöhne und Akkordsätze werden angerechnet. Die Neuregelung gilt bis zum 14. August. Der Mantelvertrag läuft unverändert weiter bis zum 15. Februar 1932.

Vor dem Generalstreik der französischen Bergarbeiter

Paris, 13. März. (Eigener Funkbericht.)

Die Delegiertenversammlung des französischen Grubenarbeiter-Verbandes hat am Donnerstag eine Entschließung angenommen, in der der am 13. Februar gefaßt Streikbeschluß bestätigt wird. Falls bis zum 30. März hinsichtlich der Löhne eine Einigung mit den Grubengesellschaften nicht erzielt werden sollte, wird der Generalstreik durchgeführt werden.

Skandalöser Schiedsspruch für die bayrische Landwirtschaft

Löhne der Dienstboten werden um 10 Prozent gekürzt

Für die bayrische Landwirtschaft wurde ein neuer Schiedsspruch gefällt. Danach bleibt es, soweit die Landarbeiter in Frage kommen, im Lohn und in der Arbeitszeit bei der alten Regelung. Die Löhne der Dienstboten werden um 10 Prozent gekürzt. Diese neue Entscheidung des Schlichters ist endgültig, da die Parteien sich verpflichtet hatten, einem neuen Schiedsspruch sich zu unterwerfen.

Der alte Schiedsspruch sah sowohl für die Landarbeiter wie für die Dienstboten Lohnkürzung und Verlängerung der Arbeitszeit vor. Infolgedessen war er vom Deutschen Landarbeiter-Verband abgelehnt, während die Arbeitgeber Verbindlichkeit beantragt hatten.

Opel hat viel Arbeit

Täglich Neueinstellung von 130 Arbeitern

Die Opel-A.-G. will, wie in den Besprechungen ihrer Vertreter mit dem hessischen Arbeitsministerium zwecks Abstellung ihrer Ueberstundenwirtschaft mitgeteilt wurde, in Kürze zur dreimaligen 7½-Stundenschicht übergehen. Die Mängel in der Organisation des Bandbetriebes hätten für die nächste Zeit Ueberstunden und Sonntagsarbeit notwendig gemacht. Die Firma lege jedoch größten Wert darauf, die Arbeitsschutzbestimmungen einzuhalten. Infolge der großen Aufträge würden jetzt im Durchschnitt 130 Mann pro Tag neu eingestellt.

Studienrat als Streikbrecheragent

Außerdem ist er Stahlhelmvorsitzender

Wie sehr sich die Stahlhelmer als Unternehmerknechte fühlen, zeigt das Treiben eines Studienrates am städtischen Oberlyzeum in Minden. Dieser Jugenderzieher namens Schulz hat anscheinend nichts zu tun und er betätigt sich daher als Streikbrecheragent. Für eine bestreikte Holzfirma wirbt er Arbeitswillige. Er versucht den Arbeitern klarzumachen, daß sie mit 10 Prozent Lohnabbau sich abfinden müßten, 6 Prozent seien für die Firma zu wenig. Herr Schulze ist Stahlhelmvorsitzender. Als solcher fühlt er sich verpflichtet, den Arbeiterfamilien den Brotkorb höher zu hängen und kämpfenden Arbeitern in den Rücken zu fallen.

Der Deutsche Holzarbeiterverband wird sich beim preußischen Kultusminister beschweren und anfragen, ob die Streikbrechertätigkeit dieses Studienrates mit der Wahrnehmung eines öffentlichen Lehramtes an einer höheren Schule zu vereinbaren ist.

Franzen der Arbeiterfreund

Er streicht sämtliche übertariflichen Zuschläge für das Personal des Landestheaters

Die Nationalsozialisten nennen ihre Partei „Arbeiter-Partei". In Braunschweig hat ihr Minister Franzen, bald nachdem er zu regieren angefangen hatte, verfügt, die übertariflichen Zuschläge von 7 Prozent für das Personal des Landestheaters abzubauen. Diese Zuschläge wurden für außerordentliche Leistungen gezahlt. Ein Antrag des Gesamtverbandes, für Braunschweig die Richtlinien des Mitteldeutschen Arbeitgeber-Verbandes über die zusätzliche Rentenzuschußkasse für die Arbeiter bei eintretender Invalidität durchzuführen, wurde von Franzen abgelehnt. Infolgedessen werden in Braunschweig über 65 Jahre alte Staatsarbeiter weiter beschäftigt.

Das Sparen auf Kosten der Arbeiter verstehen die Nazi-Minister ausgezeichnet. Im Haushaltsplan für 1931 werden für das kleine Land Braunschweig insgesamt hundert Arbeiter und 51 Angestellte eingespart, das heißt abgebaut.

NSO. bei den Berliner Holzarbeitern durchgefallen

Am Dienstag sind durch Urwahl die Delegierten zur Generalversammlung der Berliner Holzarbeiter gewählt worden. Trotz der größten Kraftanstrengung gelang es der KPD. nicht, von ihrem katastrophalen Verlust im vorigen Jahre wieder etwas aufzuholen. Die Urwahl hat vielmehr gezeigt, daß der Einfluß der KPD. bzw. der RGO. bei den Berliner Holzarbeitern weiter im Schwinden ist.

Die Wahlbeteiligung war allerdings geringer als im vorigen Jahre, was auf die große Arbeitslosigkeit in der Berliner Holzindustrie zurückzuführen ist. Die bisherigen Mehrheiten der Amsterdamer Richtung haben sich in allen Bezirken noch bedeutend vergrößert. Stellenweise ist sogar ein Niederbruch der Kommunisten zu verzeichnen. So verfügen die „Reformisten" jetzt z. B. im Bezirk Südosten über eine Dreiviertelmehrheit, im Bezirk Südwesten über eine Fünfsechstelmehrheit, in sämtlichen Ostbezirken und im Bezirk Neukölln über Zweidrittelmehrheit. Selbst in den Bezirken, wo die Kommunisten im vorigen Jahre beinahe die Mehrheit erreichten, sind jetzt starke Amsterdamer Mehrheiten erzielt worden.

Von den 302 insgesamt zu wählenden Delegierten sind 280 Sozialdemokraten und 22 Kommunisten, während im vorigen Jahre [illegible] Sozialdemokraten und 51 Kommunisten gewählt wurden.

Die Aussperrung in Bayern

In München beträgt die Zahl der ausgesperrten Metallarbeiter rund 7000, in Augsburg 5000, in Nürnberg, dem Hauptsitz der bayerischen Metallindustrie, sind 24 000 Arbeiter und Arbeiterinnen von der Aussperrung betroffen, in Fürth 2000.

Die Nürnberger Spielwarenindustrie hat sich an den Aussperrungsmaßnahmen nicht beteiligt.

Die Lohnabbauwalze

Für die rheinischen Gemeindebetriebe — 48 Städte und Gemeinden — wurde von der Bezirksschlichtungsstelle in Köln ein Schiedsspruch gefällt, der ab 1. April eine Senkung der Grundlöhne um 5 Prozent vorsieht. Die Regelung soll bis zum 31. Juli gelten.

Der ZdA. Breslau im Jahre 1930

Jahresbericht vor der Vertreterversammlung

In der sehr stark besuchten Vertreterversammlung, die Mittwoch, den 11. März, im Gewerkschaftshaus stattfand, gab Geschäftsführer Wachsner den Geschäftsbericht für das verflossene Jahr. Das Jahr stand im Zeichen der Wirtschaftskrise. Die Arbeitsgelegenheit nahm ab und die Zahl der Stellungslosen zu. Sie stieg in Breslau von 7400 im Vorjahr auf über 10 000 Ende 1930. Von den Breslauer Mitgliedern sind fast 1200 ohne Beschäftigung. Die Wirtschaftskrise machte sich naturgemäß auch in der Mitgliederbewegung bemerkbar. Es gelang zwar, die Zahl der Mitglieder noch zu steigern, die Zunahme blieb jedoch in mäßigen Grenzen. Im Berichtsjahr fanden 293 Versammlungen statt, zu denen noch 489 Sitzungen kommen. Weitere 141 Sitzungen und Verhandlungen erforderte die Tarifarbeit. Insgesamt waren 986 Veranstaltungen zu buchen. Zahlreiche Versammlungen beschäftigten sich mit wirtschaftlichen Themen. Einen breiten Raum nahm auch die Tarifarbeit ein, da fast allenthalben die Tarifverträge gekündigt waren. Durchweg stellten die Arbeitgeber erhebliche Abbauforderungen. Im allgemeinen beträgt die Kürzung der Gehaltssätze etwa 6 Prozent.

So wie in den Fachgruppen wurde auch in der Jugendgruppe eine gründliche Schulungsarbeit betrieben. Insgesamt 469 Veranstaltungen der Jugendgruppe bezeugen, daß in dieser Hinsicht nichts versäumt wurde. Die Gesamtzahl der Besucher der Heimveranstaltungen betrug über 29 000. Besonderes Augenmerk wurde der berufskundlichen Bildungsarbeit gewidmet, von dem Gedanken ausgehend, daß nur der gut durchgebildete Angestellte die Möglichkeit hat, sich im Kampf um die Stellung zu behaupten. Im Stadtteil Odering wurde ein viertes Heim eröffnet, das lebhaften Zuspruch gefunden hat.

Ueber die Bildungsarbeit des Verbandes ist zu sagen, daß neben vier Einheitskurzschriftkursen vier Kurse für Schreibmaschine und ein Buchführungskursus durchgeführt wurden. Zwei Arbeitsgemeinschaften und ein Kursus waren der Fortbildung der Krankenkassenangestellten gewidmet. Ebenso wurde ein Fortbildungskursus für Anwaltsangestellte abgehalten. Wir beteiligten uns außerdem an der Schulungsarbeit des ADGB. für Arbeitsrichter und Betriebsräte und hielten noch einen Rednerkursus ab, der die rednerische Ausbildung von Funktionären bezweckte.

In der Rechtsschutzabteilung wurden 580 Streitfälle durchgeführt, die 852 Termine vor dem Arbeitsgericht und den Schiedsstellen notwendig machten. Außerdem fanden 108 Verhandlungen mit Arbeitgebern und ihren Verbänden statt. Nur sechzig Fälle konnten durch außergerichtliche Einigung erledigt werden, 251 wurden durch gerichtlichen Vergleich, 225 durch obsiegendes Urteil beendet, während wir in 44 Fällen unterlagen. 45 Klagen gingen vor das Landesarbeitsgericht und vier vor das Reichsarbeitsgericht. Die Summe der erstrittenen Barbeträge stieg auf 108 000 Mark. Neben dieser Tätigkeit wurden von den verschiedenen Stellen im Büro über 11 000 Auskünfte erteilt. In Wirklichkeit ist die Zahl der Auskünfte höher, da ein erheblicher Teil immer noch nicht registriert wird. Allein die Rechtsschutzziffern zeigen, welche ungeheuerliche Arbeit in der gegenwärtigen Zeit von den Gewerkschaften zu erledigen ist.

Sieht man von allgemeinen Fragen der Sozialpolitik ab, dann ist auf diesem Gebiete nur noch in der Arbeitszeitfrage für die örtliche Tätigkeit Raum. Häufig werden von den Unternehmern die Arbeitszeitbestimmungen mißachtet. Wiederholt mußten gegen hartnäckige Sünder Strafanzeigen erstattet werden. Manche Unternehmergruppen glauben, sich durch Ausdehnung der Sonntagsarbeit aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten befreien zu können. Erfreulicherweise gelang es, Versuche auf Ausdehnung der Sonntagsarbeit abzuwehren. In der gegenwärtigen Zeit der großen Arbeitslosigkeit müßte die Ueberschreitung der normalen Arbeitszeit weit schärfer geahndet werden. Im letzten Jahr sind die auf unserer Liste gewählten Vertrauensleute und Ersatzleute der Angestelltenversicherung stärker in Anspruch genommen worden. Im Büro wurden 226 Auskünfte erteilt und 136 Heilverfahrensanträge vermittelt. Daneben wurden 48 Rentenanträge und 4 Ermittlungen erledigt. In fünf Fällen wurde Rückzahlung des Beitragsanteiles wegen Heirat beantragt.

Auch in der Wohnungsfrage wurde die Organisation stark beansprucht. Sowohl in dem Bauvorhaben der „Gagfah" als auch der „Neuland" konnte eine Anzahl Mitglieder Wohnungen erhalten. Zusammen mit unserem eigenen Bauvorhaben der „Demog", in der Hubenstraße, wurden insgesamt weit über 100 Wohnungen an Mitglieder vermittelt. Die Zahl der Bewerber war erheblich größer; leider scheiterte die Vermittlung oft am hohen Mietpreis der Neubauwohnungen.

In der Stellenvermittlung kam zu den 431 Arbeitsuchenden des Vorjahres eine große Zahl im Berichtsjahr. Es konnten 228 feste Stellen und über 100 Aushilfsstellen vermittelt werden. Der Berichterstatter weist darauf hin, daß in Stellung befindliche Mitglieder noch stärker als bisher offene Stellen melden sollen. Infolge Fehlens von Mitteln mußten leider die Schulungskurse für Stellungslose stark eingeschränkt werden. Besonders erfreulich ist, daß es gelang, eine größere Anzahl langfristig erwerbsloser Mitglieder unterzubringen. Den Stellenlosen wurde wie bisher eine Weihnachtsunterstützung gewährt, für die aus Sammlungen und dem Beitrag der Ortsgruppe 4463 Mark zur Verfügung standen.

Eine gute Entwicklung zeigt auch die Sportabteilung des Verbandes, deren Mitgliederzahl bis auf über 180 anstieg. Die Sportabteilung ist dem Sportkartell angeschlossen. Vorhanden sind zwei Fußballmannschaften, zwei Handballmannschaften, 4 Männer-Faustballabteilungen und eine Frauen-Faustballabteilung, ebenso eine Frauen- und eine Männergymnastikabteilung sowie eine Tennisabteilung.

Die Berufskrankenkasse konnte ihre Mitgliederzahl um etwa 290 steigern. Abgänge entstanden dadurch, daß ein Teil der Mitglieder in der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert war und der Wohlfahrtsunterstützung anheimfiel.

Der Berichterstatter spricht den ehrenamtlichen Funktionären für die gute Mitarbeit den Dank aus und bittet um weitere tatkräftige Unterstützung durch Werbearbeit.

Der Kassenbericht wird vom Kassierer Köple erstattet. Der Beitragsmarkenverkauf hat eine Steigerung erfahren. Die Anzahl der gezahlten Beiträge liegt über dem [illegible] des Reiches. In der Aussprache werden einige Anfragen gestellt und Wünsche vorgebracht. Besonders wird eine stärkere Werbearbeit gefordert. Die Bildung von Werbeausschüssen soll durchgeführt werden. Der Geschäftsleitung wird einstimmig Entlastung erteilt. Die Wahlen ergeben im wesentlichen Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Der Vorsitzende schließt nach einigen geschäftlichen Mitteilungen die von einem erfreulichen Geist getragene Versammlung.

Patentpatrioten

Rheinreederei fährt unter holländischer Flagge, um Löhne und Sozialbeiträge zu sparen

Die Rheinschiffahrtsfirma Hansen, Neuerburg & Co. hat ihrem Personal nachstehende Erklärung zur Unterschrift vorgelegt: Die Fahrzeuge der Firma werden ab 1. April 1931 der N.V. Industrie in Amsterdam zur Beschäftigung übertragen. Dieser Gesellschaft wird unter anderem auch die Regelung der Arbeitsbedingungen obliegen; die Firma Hansen, Neuerburg & Co. übt bis auf weiteres nur eine Vermittlungstätigkeit aus, die ihr von der N.V. Industrie in Amsterdam für die Dauer des Abkommens übertragen wird. Die unterzeichneten Arbeitnehmer haben hiervon Kenntnis genommen und erklären sich durch Unterschrift freiwillig damit einverstanden, ab 1. April 1931 für Rechnung der N.V.-Industrie Amsterdam zu den Löhnen und Bedingungen des holländischen Lohn- und Arbeitstarifes vom 1. Januar 1929 weiterzuarbeiten und die sich daraus ergebende geänderte Regelung der sozialen Beiträge anzuerkennen. Das Arbeitsverhältnis bei der Firma Hansen, Neuerburg & Co. gilt mit dem 31. März 1931 als beendet.

Guter Abschluß der Leipziger Messe

Leipzig, 11. März.

Die große Leipziger Messe und Baumesse in Leipzig ist am Mittwoch zu Ende gegangen, [illegible] ihren Abschluß gefunden hat. Ueber den wirtschaftlichen Erfolg der Leipziger Messe und Baumesse für die Aussteller und Besucher ist zu sagen, daß in erheblich höherem Maße gekauft und [illegible] worden ist, und daß im Durchschnitt die Messe über alle Erwartungen gut, im Verhältnis zur Wirtschaftslage sogar ausgezeichnet war.

Kaffee Hag morgens, Kaffee Hag spät abends Mokka Hag nach Tisch — Hag bekommt immer

Jetzt nur noch RM 1.62 das große Paket, 81 Pfg. das kleine Paket, RM 1.71 die Vakuumdose

Hohenbirken vor Gericht

Der polnische Wahlterror

Unter außerordentlich starkem Andrang von Publikum und [Pressever]tretern begann der Prozeß wegen der Exzesse am 19. No[vem]ber v. J. in Hohenbirken gegen Deutsche. An jenem Tage [dran]gen spät abends Aufständische in die Wohnungen deutscher [Ein]wohner ein. Die Wohnungen wurden vollständig demoliert, [die] Wohnungsinhaber und ihre Angehörigen teilweise sehr [schw]er mißhandelt. Unter den Angeklagten ist auch der Polizei[komm]andant von Hohenbirken, Koncza, sowie der polnische Schul[leit]er Szymanski. — Den Vorsitz führt Richter Stobollak. [Die] Angeklagten bestreiten jede Schuld und versuchen ihr Alibi [nach]zuweisen. Polizeikommandant Koncza erklärt, daß ihm [vo]n von Gewaltaktten der Hohenbirkener Aufständischen bekannt [sei;] diese hätten seinerzeit einen Umzug in Hohenbirken ver[anst]altet, der sehr ruhig verlaufen sei. Danach haben Umzugs[teiln]ehmer, darunter auch er (Koncza) eine Gastwirtschaft auf[gesuc]ht und dort bis 12 Uhr nachts gesessen, während die Gewalt[taten] angeblich zwischen ½11 und ½12 Uhr verübt worden seien. [Koncz]a behauptet, die deutsche Minderheit in Hohenbirken habe [staatsfeindlich]e Propaganda betrieben, die die polnische Bevölkerung in [Er]regung bringen mußte. Außerdem sei

die polnische Bevölkerung von Hohenbirken auch durch [reich]sdeutsche Hitlerleute an der Grenze wiederholt provoziert

[word]en. Der Angeklagte Szymanski äußert sich in gleichem Sinne. [Die] anderen Angeklagten geben an, mit den Minderheits[angeh]örigen im schönsten Einvernehmen gelebt zu haben.

Als erster Zeuge wurde der Schlosser Sollich vernommen, [der] seinerzeit den Mißhandlungen nur dadurch entronnen ist, [daß] er sich in einem unbewachten Augenblick durch das Fenster in [den] Stall flüchtete, wo er sich stundenlang, nur mit dem Hemd [bekle]idet, verbergen mußte. Die Namen der Täter hat dieser [Zeug]e aus einem Gespräch mit Dorfkindern erfahren.

Dem Zeugen Scholitys sind in seinem Wohnhause 77 Fenster[schei]ben zertrümmert worden. In die Küche wurden fünf [Schü]sse abgegeben; ein weiterer Schuß drang in das Schlaf[zimm]er.

Zu Mißverständnissen kommt es, als der Vorsitzende die [Frag]e nach der Höhe der Entschädigungsansprüche anschneidet. [Die B]etroffenen hatten vom Deutschen Volksbund nach dem [Überf]all Darlehen erhalten, die sie nach Regelung der Ent[schädig]ungsfragen zurückzuzahlen haben.

Mit der Aufrollung dieser Dinge wollte die Verteidigung [der A]ngeklagten dem Gericht die Meinung aufdrängen, daß die [Opfe]r der Gewalttätigkeiten bezahlte Agenten des Deutschen [Volks]bundes gewesen wären.

Der Anwalt der Nebenkläger, Dr. Zechenter, erhob da[gegen] Einspruch mit der Begründung, daß die Entschädigungs[frage] in einem Zivilprozeß, nicht aber in diesen Strafprozeß [hin]gehöre. Das Gericht ließ jedoch die Erörterung der Ent[schädi]gungsfrage zu. Der Gerichtsvorsitzende griff immer sofort ein, sobald die Angeklagten auf die Vorfälle am Wahltag zurückkommen wollten, um darzutun, daß der Schulleiter [Szym]anski die treibende Kraft der Deutschenhetze gewesen sei. [Dag]egen konnte sich Szymanski selbst recht ungeniert über alle Dinge aussprechen und das Verhalten der deutschen Minder[heit] als provozierend erklären.

[D]en geschädigten Deutschen erklärte der Richter, daß man [n]icht über die Sauberkeit der Wahlen zu reden habe, sondern lediglich über die angeklagten Straftaten.

[K]einer der bisher vernommenen sechs Zeugen konnte die [Ange]klagten bestimmt als Täter bezeichnen, der Zeuge Neugebauer [,] dessen Schilderungen seiner Mißhandlung und der Zer[störun]g seiner Wohnung den denkbar stärksten Eindruck machte, [konnt]e den Angeklagten Popella wiedererkennen. Der erste Polizei[komma]ndant von Hohenbirken, der am folgenden Tage bei Neu[gebaue]r eine Besichtigung vornahm, äußerte sich zu ihm, die[jenige]n, die das gemacht hätten, seien keine Menschen mehr, [sonder]n Schweine.

Die Zeugen bekundeten, daß fast in allen Fällen die Auf[ständis]chen sich den Zugang zu den Wohnungen verschafften, indem [sie sich] als Polizisten ausgaben, ferner, daß die Täter durchweg [maskiert] waren, die schon eine gewisse Uebung in Ueberfällen hatten. [Besond]ers anmaßend benahm sich der Polizeikommandant Koncza; [er tra]t im Kreuzverhör so auf, als wenn er am liebsten als [Zeuge] gegen die Nebenkläger aufgetreten wäre.

[D]a die Zeugenvernehmung sehr langsam vor sich geht und [der V]orsitzende sehr gründlich dabei verfährt, wiederholt auf [die v]ernommene Zeugen zurückgreift und deren Aussagen mit [denen] der nachfolgenden vergleicht, dürfte der Prozeß mehrere [Tage] dauern.

[W]o sich die geringsten Belastungsmomente ergaben, be[gann] sofort ein Kreuzverhör des Gerichts und des Verteidigers. [Vor Ge]richt wurden die Angaben vor der Polizei nicht aufrecht[erhalt]en, offenbar aus Furcht vor neuem Terror.

[I]n der gestrigen Verhandlung wurden die Angeklagten [Po]ppela und Zambor zu je vier Monaten Gefängnis [ve]rurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

[I]n der Begründung des Urteils führte der Vorsitzende aus, [die] Strafen für Poppela und Zambor deshalb so niedrig ausgefallen seien, weil ihnen lediglich eine mittelbare Beteiligung an den Vorgängen nachgewiesen werden konnte, während bei den übrigen Angeklagten der Freispruch hätte eintreten müssen, weil die Beweisaufnahme ihre Schuld nicht einwandfrei erwiesen habe.

Furchtbare Bluttat

Gestern vormittag gegen 9 Uhr hat die Ehefrau des Landwirts Riedel in Beerberg bei Marklissa eine furchtbare Bluttat verübt. Sie nahm ihren 4½ Jahre alten Sohn mit in den Stall und verletzte ihn mit einem Messer an der Schlagader schwer. Darauf tötete sie sich selbst durch Durchschneiden der Schlagader. Der Ehemann war zufällig in der Stadt. Als er zurückkehrte, fand er Frau und Kind in einer Blutlache liegend auf. Die Frau gab noch schwache Lebenszeichen von sich, verschied aber bald darauf. Durch ärztliche Hilfe konnte das Kind vom Tode gerettet werden. Die Frau dürfte die Tat in einem Anfall geistiger Umnachtung begangen haben.

Starke Schneefälle in den schlesischen Bergen

Nachdem bereits am Mittwoch verbreitete Schneefälle niedergegangen waren, die im niederschlesischen Flachlande eine zusammenhängende, 10 bis 20 Zentimeter hohe Schneedecke gebildet haben, sind in der vergangenen Nacht in den schlesischen Bergen starke Schneefälle aufgetreten. Durchschnittlich fielen 11 bis 15 Zentimeter, im Riesengebirge 16 bis 20 Zentimeter. Die größten Neuschneemengen werden von der Hohen Mense und aus Oberschreiberhau mit 21 bis 30 Zentimeter gemeldet. Die Schneehöhe beträgt in den Wintersportplätzen der Mittellagen 20 bis 50 Zentimeter und überschreitet im Hochgebirge meist 150 Zentimeter. Bei Pulverschnee sind gute Sportmöglichkeiten für Ski vorhanden. Die Schneefälle halten zurzeit noch an.

Bezirkskonferenz der Kinderfreunde Mittelschlesien

findet am Sonnabend, den 14. März, 20 Uhr im Heim 12/14 des Gewerkschaftshauses statt, in der Genosse Willi Geburt-Gräben über „Die gesellschaftlich notwendig gewordenen Aufgaben der sozialistischen Erziehungsbewegung und ihre Kritik durch den Gegner“ sprechen wird. Alle Funktionäre der Kinderfreundebewegung, die sozialdemokratischen Lehrer, sowie alle in der sozialistischen Erziehungsbewegung tätigen Funktionäre sind eingeladen.

Sonntag früh 9 Uhr Bezirkskonferenz, Heim 7/8.

Tagesordnung

Referat des Genossen Müller-Striegau über „Die Bedeutung der Kinderfreundebewegung für die Arbeiterklasse, insbesondere für Partei und Gewerkschaft“, Aussprache. 2. Geschäfts- und Kassenbericht. 3. Aussprache. 4. Anträge. 5. Wahlen.

Befreundete Organisationen entsenden Vertreter. Organisationsausweis und Parteibuch für beide Tage mitzubringen.

Der Bezirksvorstand.

Schweidnitz. Kraftwagen verbrannt. Zwischen Floriansdorf und Wernersdorf geriet der Kraftwagen eines Versicherungsbeamten aus Rogau-Rosenau ins Schleudern und geriet in den Straßengraben. Kaum hatten die Insassen den Wagen verlassen, als sich dieser aus noch nicht geklärter Ursache entzündete. Der Wagen brannte vollkommen aus. Die Insassen hatten bei dem raschen Aussteigen zum Teil Verletzungen erlitten.

Glogau. Vier Kinder vom Tode des Ertrinkens gerettet. Auf dem Dorfteich in Skeyden brachen vier Mädchen von 10 bis 12 Jahren beim Spielen ein. Auf ihre Hilferufe eilten zahlreiche Einwohner herbei. Den aufopfernden Rettungsarbeiten des Arbeiters Chluba und des Schmiedemeisters Großmann war der Erfolg beschieden, daß alle vier Kinder gerettet werden konnten.

Bunzlau. Durch die Wünschelrute ein artesischer Brunnen erbohrt. Dem Forellenzüchter Thiel in Modelsdorf war beim letzten Hochwasser das Wehr weggerissen worden. Nachdem eine Wünschelrutengängerin einen Platz zur Erbohrung eines Brunnen bestimmt hatte, wurde dieser an der angegebenen Stelle gegraben. Schon bei der ersten Bohrung auf 40 Meter Tiefe schoß eine mächtige Fontäne empor, schwere Steine umherschleudernd. Nach Fertigstellung des Brunnens ist der rationelle Betrieb der Fischzucht sichergestellt.

Goldberg. Unfall an der Strohpresse. Auf dem Dominium Gröditzberg setzte sich eine Strohpresse, an der eine Störung beseitigt werden sollte und die nicht ausgeschaltet worden war, plötzlich in Bewegung. Der Vogt Hoffmann geriet mit dem linken Arm, den er in das Getriebe gesteckt hatte, in die in Bewegung kommende Presse. Der Arm wurde ihm zweimal gebrochen.

Sorau. Explosion in einer Tankstelle. Gestern morgen gegen 7 Uhr explodierten in der Großtankstelle des Benzolvertriebs Görlitz ungefähr 40 Liter Benzol. Durch die Explosion, die weithin vernehmbar war, wurde das Dach des Lagers abgedeckt und das aufkommende Feuer brannte den Schuppen vollkommen nieder. Die Sicherungsvorrichtungen, die die in der Erde befindlichen Tanks haben, setzten sofort ein und verhinderten damit ein noch größeres Unglück.

Görlitz. Selbstmord eines Liebespaares? Die 15jährige Handelsschülerin B. aus Görlitz wird seit vierzehn Tagen vermißt. Sie soll mit einem Herrn nach Hirschberg gefahren sein. Man vermutet, daß beide aus Liebeskummer ihrem Leben ein Ende gemacht haben.

Neisse. Ein Brunnen von 220 Meter Tiefe. Bei den städtischen Betriebswerken ist ein Brunnen von einer Tiefe von 220 Meter erbohrt worden. Die Wassersäule steigt artesisch etwa 12 Meter über die Erdoberfläche. Durch einen selbsttätigen Auslauf liefert der Brunnen in 24 Stunden 800 Kubikmeter Wasser. Dieser Brunnen, der wohl der tiefste in ganz Schlesien ist, wurde von dem Brunnenbaumeister O. H. Joppich in Neisse erbaut.

Oppeln. Vergiftung durch Kohlenoxyd. Der Rentenempfänger R., seine Ehefrau und ein siebenjähriges Kind wurden in ihrer Wohnung in der Nikolaistraße bewußtlos aufgefunden. Sie waren durch Kohlenoxydgas vergiftet. Die sofort alarmierte Sanitätskolonne nahm Wiederbelebungsversuche vor, die bei allen Vergifteten von Erfolg waren.

Aus der Umgebung

Marschwitz. Gemeindevertretersitzung. Sonnabend, den 14. März, abends 7 Uhr, findet in den Nebenräumen des Gastwirt Hilse eine Gemeindevertersitzung mit wichtiger Tagesordnung statt. Zahlreiches Erscheinen interessierter Parteifreunde ist erwünscht.

Rothsürben. Der Arbeiter-Bildungsausschuß machte am 10. März in Rothsürben den ersten Versuch mit einem Filmvortrag, der in jeder Beziehung als wohlgelungen betrachtet werden kann. Ueber 300 Besucher füllten den Rahnschen Saal. Genosse Seidel fand die rechten einleitenden Worte für den Film „Freie Fahrt“, der allgemeinen Beifall fand. Hierauf warb Genosse Blaubel mit Beispielen aus der Wirklichkeit und dem Trickfilm „Familie Knuff“ für die Arbeiterunternehmungen, insbesondere die Volksfürsorge. In heiterer Stimmung ging man auseinander, das mit Lachsalven begleitete Lustspiel „Liebe mit Schmerzen“ war ein schöner Abschluß unseres ersten Filmabends, dem bald andere folgen werden.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch

Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170–174
Telephon 59060, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9–13 u. 16–18 Uhr

Kobermitz. Sonntag, den 15. März, vormittags 9 Uhr, findet in Kobermitz im Lokal Stehr eine Teilkommunalkonferenz statt. Amts- und Gemeindevorsteher Kleinert hält das Referat. Alle Gemeindevertreter, -vorsteher und an Kommunalpolitik interessierte Genossen müssen daran teilnehmen. Mitgliedsbücher müssen am Saaleingang zur Kontrolle vorgezeigt werden.

Oltaschin. Am Sonntag, dem 15. März, vormittags 9 Uhr, halten wir im Lokal Läßig eine Teilkommunalkonferenz ab. Als Redner erscheint Amts- und Gemeindevorsteher Münchenberger. Gemeindevertreter, auch aus der Umgegend, sowie alle an Kommunalpolitik interessierten Genossen, erscheint recht zahlreich und pünktlich.

Gnichwitz. Sonnabend, den 14. März, 20 Uhr, bei Pätzold: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Lehrer Faulhaber.

Kanth. Sonnabend, den 14. März, 20 Uhr, bei Seidel: Mitgliederversammlung. Redner ist anwesend.

Oeffentliche Versammlungen finden in folgenden Orten statt:

Sonnabend, den 14. März:

Opperau: 20 Uhr, bei Nimitzki. Redner: Genosse Schiffer.
Kriegnitz, Kreis Breslau: 20 Uhr, bei Berndt. Redner: Genosse Hannak.
Olbern: 20 Uhr, bei Brunke. Redner: Genosse Fritsch.
Dürrjentsch: 20 Uhr, bei Müller. Redner: Genosse Steff n.
Peltschütz: 20 Uhr, bei Sonnabend. Redner: Gen. Alexander.

Sonntag, den 15. März:

Kurzwahne: 15 Uhr, bei Schirmacher. Redner: Genosse Kleinert (M.d.L.).

[...]en, Schl., Greiffenberger [Stra]ße 27, d. 17. 8. 30.

Früher waren mir meine [Bein]e so schwer wie Blei und [ich] konnte gar nicht weit [gehen.] Jetzt nach Gebrauch von [Fregal]in habe ich zeit meiner [...] eine 7 stündige Fußwanderung [...]. Ich hätte nie geglaubt, daß ich nochmals [eine] Gebirgswanderung unternehmen könnte.

Wilh. Neumann.

Göhlau (Guben Land N.-L.) den 26. 3. 30.

Fregalin wirkt wunderbar. Ich kann mit dankbarer Freude mitteilen, daß mir Ihr Fregalin außerordentlich gut geholfen hat. Ich hatte seit längerer Zeit heftige Magenschmerzen. Nach Gebrauch der Fregalin-Tabletten sind die Schmerzen ganz verschwunden und ich habe wieder Appetit.

[illegible]

Da man Anderen immer mehr glaubt,

halten wir es für richtig, uns jeder Anpreisung zu enthalten und lieber unsere Abnehmer sprechen zu lassen. Viele Tausende, die unser seit Jahren bekanntes

Blut- und Nerven-Regenerationsmittel „Fregalin“

bereits genommen haben, sind nicht enttäuscht worden.

Außerordentlich bewährt hat sich „Fregalin“ bei Nervosität, allgemeiner Schwäche, Mattigkeit, Schwindelanfällen und rheumatischen Leiden. Fragen Sie Ihren Arzt.

Lesen Sie bitte recht genau, was die hier Abgebildeten unaufgefordert über die Wirkung des „Fregalin“ schreiben, und Sie werden sich danach ein Urteil bilden.

In unserem Archiv sind noch viele tausend derartige Dankschreiben aus dem In- und Auslande, die unaufgefordert eingegangen sind und die Sie jederzeit in unserem Büro einsehen können.

Alle Dankschreiben sind notariell beglaubigt. – „Fregalin“ ist in allen Apotheken zu haben. – Versand durch die [...]-Apotheke, Bln.-Charlottenburg. – Wissenschaftliche Ueberwachung [...]. Auf Wunsch senden wir Ihnen umsonst und ohne jede Verbindlichkeit

1 Probepackung Fregalin

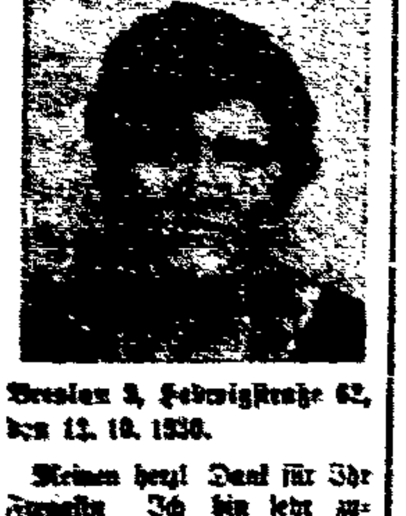
dazu das **Goldene Buch des Lebens.**

Schreiben Sie bald an:

Dr. med. H. [...] GmbH. Berlin-Charlottenburg 2/377

Name:
Stand:
Ort:
Straße:

[illegible]



Breslau 3, Hedwigstraße 62, den 12. 10. 1930.

Meinen herzl. Dank für Ihr Fregalin. Ich bin sehr zufrieden damit. Schon nach der ersten Sendung hatte ich keine Gelenkschmerzen mehr; ich kann jetzt noch so schwer arbeiten und spüre trotzdem keine Schmerzen.

Frl. Martha [illegible]

Brockau bei Breslau, Schl., den 6. 10. 1930.

Ich litt schon seit einem Jahr an Rückenschmerzen. Nachdem ich 9 Schachteln Fregalin verbraucht habe, fühle ich mich so munter wie ein Fisch im Wasser. Früher konnte ich meine Beine kaum schleppen, [...] und jetzt laufe ich den ganzen Tag. Ich bin froh, daß mir Fregalin so geholfen hat.

Franz [illegible]

GLORIA PALAST

Das Ereignis der Saison!

Taubers bezaubernde Stimme schlägt jeden Besucher in Bann 940

Heute Premiere!

3¹⁵ 5¹⁵ 7¹⁵ 9¹⁵

Die **„Frauenwelt"** den Frauen zum Lesen, Denken und Schauen!

Frauenwelt

eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis **35** Pf. Zu bestellen bei allen Zeitungsträgern

---

Zentral

Theater — Wendenstr. 52

Beginn tägl. 4,30 — Letzte Vorstellg. 8,45 Uhr
Bis Donnerstag, den 19. März bringen wir als
Erst-Aufführung für Breslau
das größte deutsche Tonfilm-Lustspiel

In Wien hab ich einmal ein Mädel geliebt

mit **Werner Fütterer, Grell Theimer, Ernst Verebes**

Mit diesem schönsten und lustigsten aller Tonfilme zieht der Frühling des goldenen Lachens u. des Frohsinns in d. Herzen aller ein

Im stummen Filmteil **Käthe von Nagy** in

Gaukler

8 Akte mit Orchesterbegleitung

Auf der Bühne: Der Illusionist von Weltruf

Fanta

in seinem verblüffenden Bühnenakt

WARTBURG

LICHTSPIELE
Gräbschenerstr. 94a

Nur bis Montag!

Wilhelm Dieterle
in dem großen Kriminal-Tonfilm

„Der Tanz geht weiter!"

Eine Episode aus der Unterwelt

Ferner: **Käthe v. Nagy**
in dem Großlustspiel

„Die Republik der Backfische"

Anfang: W. 6 Uhr, So. 4½ Uhr 949

Sonntag 3 Uhr: **Gr. Kindervorstellung**

„Sein Herzensjunge"

mit Grotesken.

Gut u. preiswert kaufen Sie in der **Fleischerei und Wurstfabrik Gustav Beyer** Fürstenstraße Nr. 33.

Primus

PALAST • HUBENSTR. 10

Vom 13. bis 19. März
Täglich ab 4¾, 7, 9 Uhr
Eintrittspreise ab 60 Pf.

Ein Sieg auf der ganzen Linie
Lachschlager
Melodien-Schlager

Der Herr auf Bestellung

Pikant, witzig
erhaschender Quell des Frohsinns
Alles singt die Schlager:
Die Mutter
braucht's ja nicht zu wissen
Hab' keine Angst vor dem ersten Kuß
Dein Hemdchen
ist aus Crêpe de Chine
Karte genügt — komme ins Haus
In Bombenrollen:
Willy Forst
Else Elster / Trude Lieske
Hörbinger, Bendow, Bender

Ufa-Wochenschau

Flick und Flock in Holland

Baby zieht um

Sonnabend u. Sonntag, 2¾ Uhr
Kinder-Vorstellung 30 u. 50 Pf.

Wildwest-Abenteuer

und toller Humor! 10657

Billiger...

Bohnenkaffee wird billiger,
Malzkaffee wird billiger,
Kornkaffee wird billiger,
Getreidekaffee wird billiger,

wenn er **mit**

Mühlen Franck

gewürzt ist ...

deshalb

die gute Kaffeewürze
Mühlen Franck
zu jedem Kaffee.

---

ziehen unsere

WERBETAGE

Seit Jahren sind sie beliebt und ganz Breslau wartet auf sie. Noch nie haben Prager-Qualitäten den Käufer enttäuscht, denn wir arbeiten nicht nach Schablonenschnitten. Jeder Anzug, jeder Mantel usw. muß sich der Person anschmiegen

Prager-Qualitäten

sind einfach fabelhaft. Nur erstklassige Stoffe in gediegener Verarbeitung. Wir schlagen alle Anpreisungen

Hier unsere Preise: **Anzüge,** nur moderne Stoffe:

22⁵⁰ 29⁵⁰ 36⁵⁰ 49⁵⁰ 58⁰⁰ 68⁰⁰

Mäntel für jeden Geschmack:

18⁵⁰ 27⁵⁰ 39⁵⁰ 49⁵⁰ 58⁰⁰ 68⁰⁰

Zahlungserleichterung durch die Kunden-Kredit G.m.b.H.
Beachten Sie bitte unsere Schaufenster

Gegründet 1860

L. Prager Albrechtstr. 51

Eingang nur Ecke Schuhbrücke

Deckbetten 1. Inlett
15.—, 20.—, 25.— u. 35.— Mk.
Kissen 5.—, 6.— u. 7.50 Mk
Leihhaus Oelsnerstr. 12 I.

Brot Semmel Kuchen
Bäckerei Wenzel
Hauptgeschäft: Matthiasstr. 58 Filiale: Matthiasstr. 26

Benutze die Buchkarte!
Für 50 Pf. wöchentlich
kannst Du Dir geistige Schätze von unermeßlichem Wert erwerben!
Wende Dich sofort an unsere
Buchhandlung
Neue Graupenstraße 5.

Kaufgesuche

Nähmaschinen
alte, kauft Winziers, Grüntscher Straße 27, I. Et.

Verkäufe

Händler bitte ich meine Dopp.-Garnituren für 1.50 Mk anzusehen Friedlaender, Sonnenstr. 30

Küchenschrank 5.—, Küchentisch 10.—, Schaukelstuhl 15.—, Küchenstuhl 15.—, Sofa 18.— u. 28.—, Sofa mit Umbau 30.—, Chaiselongue 30.—, Großer Spiegel 25.—
Brunner, Kaiserstraße 5

Kleiner Anzeiger

Eine Anzeige gesucht empfehlenswerter Angebote von Berufen, Kaufgesuchen u. a. nur vom Privatmann. Wort 3 Pfennige bei 4 Pfennige

Gelegenheitskauf! Haushalts-Nähmaschine, kaum gut erh., sofort zu verk. Schweidnitzer 48 (Hofhaus) 3. Treppe.

Gebrauchte Herrenfahrräder Preise 39—45. Preis 3 Mk. verkauft Hessel, Michaelisstraße 24, 1. Etage.

1 Herren-Rad, fast neu, nur 35 Mk., Reichle, Tauenzienstraße 137. 6266

Kleine Anzeigen sind in der **Volkswacht** billig u. erfolgreich